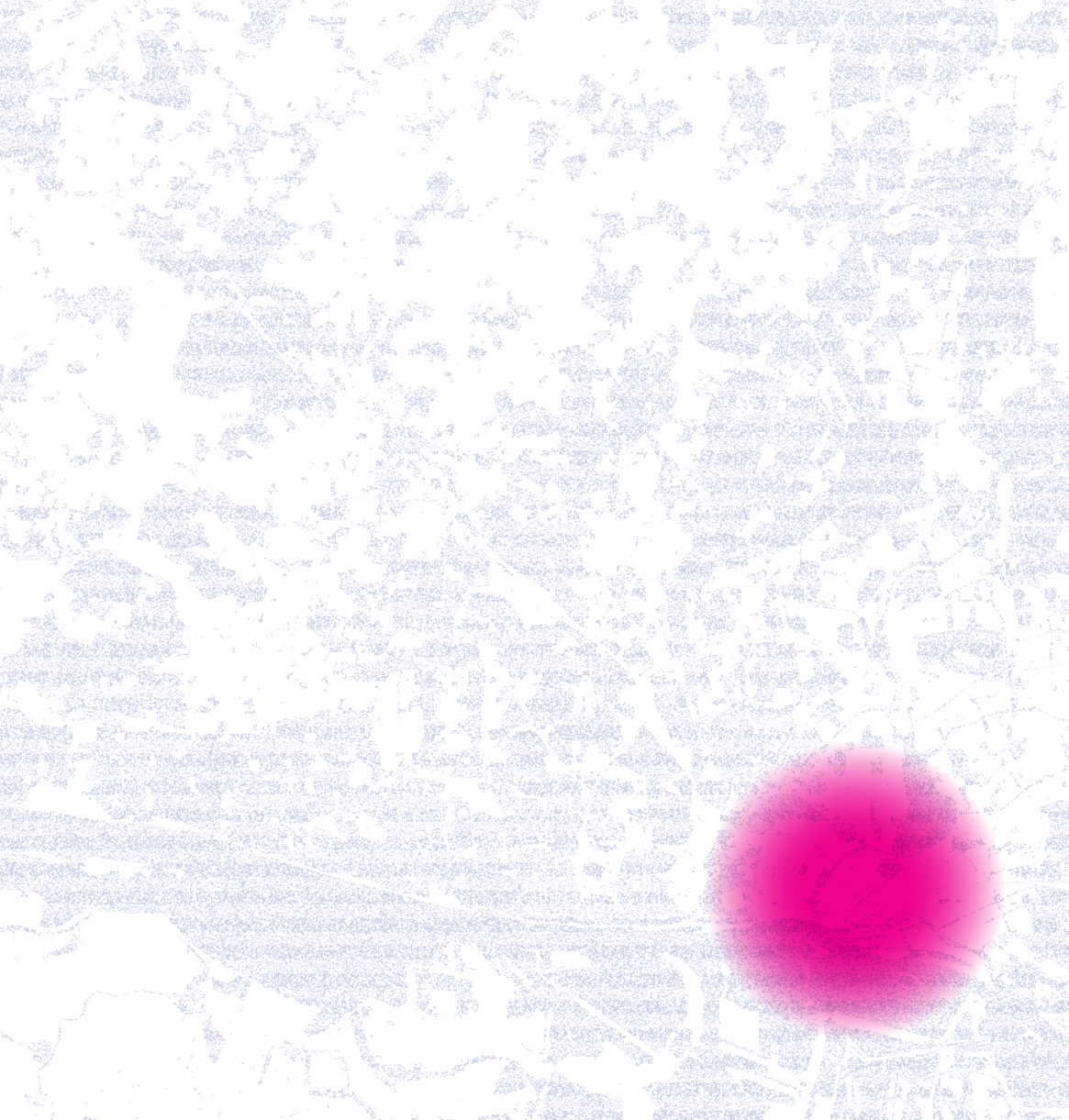


Eskalation

Dynamiken der Gewalt
im Kontext der G20-Proteste
in Hamburg 2017





Hamburger
Institut für
Sozialforschung

Das Projekt wurde gefördert von

**Hamburger Stiftung zur Förderung
von Wissenschaft und Kultur**



Kurzfassung

Die Ereignisse um den G20-Gipfel im Juli 2017 haben viele Menschen schockiert und die Hamburger Stadtgesellschaft gespalten. Sie stehen in starkem Kontrast zu dem Sicherheitsversprechen, das der Senat im Vorfeld abgegeben hat, ebenso wie zu der Ankündigung, der Gipfel werde ein „Festival der Demokratie“. Dass ein Gipfelprotest in Unruhen mit breiter Beteiligung überging aber auch das teils gewaltsame polizeiliche Vorgehen gegen Protestierende ist erklärungsbedürftig. In der anhaltenden Diskussion über die Hintergründe der Auseinandersetzungen werden zumeist entweder die Polizei oder „gewaltbereite Gruppen“ für das Ausmaß der Gewalt verantwortlich gemacht. Letzteres lässt sich jedoch nur bedingt aus Motiven und vorgefassten Plänen bestimmter Akteure ableiten. Ein großer Teil der Gewalt entsteht – dies gerät allzu oft aus dem Blick – maßgeblich in Prozessen der Eskalation, in denen die Handlungen der verschiedenen Beteiligten miteinander verflochten sind, insofern sie auf Grundlage ihrer Deutung vorangegangener Erfahrungen und ihrer Wahrnehmung des Gegenübers aufeinander reagieren. Situationen der Gewalt haben zudem ihre eigene, in manchen Fällen kaum steuerbare, Dynamik.

Der Bericht rekonstruiert, wie und warum die Gewalt in Hamburg in dieser Form eskalierte. Er enthält sich weitgehend einer moralischen Einordnung. Er beleuchtet konkrete Situationen des Aufeinandertreffens der Konfliktparteien und bettet sie in einen größeren Kontext ein, unter anderem in Hinblick auf die Konstitution der beteiligten Gruppen und in Hinblick auf die mediale Deutung des Geschehens.

Der Bericht fasst die ersten Ergebnisse eines Forschungsprojektes zusammen, an dem über acht Monate mehr als 20 Gewalt-, Protest- und Polizeiforscher*innen mitgewirkt haben. Er beruht auf einer Vielzahl unterschiedlicher Quellen: Interviews mit Beteiligten, Dokumente, Filmaufnahmen und Fotografien, die Kommunikation auf Twitter und die Berichterstattung in ausgewählten Tageszeitungen, Beobachtungsprotokolle aus der Protestwoche und danach.

Die Analyse gliedert sich in drei Teile.

(1) *Die Ausgangskonstellation*, in der sich die unmittelbar Beteiligten, Polizei und Protestierende, auf die Protestwoche einstellen und prägende Grundkonflikte sichtbar werden:

- Im Feld der Protestakteur*innen finden sich Vorbereitungen für eine Vielzahl unterschiedlicher Protestformen – von appellativem Protest bis zur angekündigten Störung des Gipfelbetriebs. Dabei geht es früh um die Frage, wie die Kritik an dem Treffen aussehen soll. Die interne Debatte reduziert sich zunehmend auf mögliche Gewalt, die von Protestierenden ausgehen könnte.

- Die Polizei erklärt den reibungslosen Gipfelablauf zur Priorität und legt sich gegenüber den Protestierenden auf eine Strategie der Härte fest. Dabei werden große Teile der Protestgruppen als „gewaltbereit“ markiert. Innerhalb der Polizei richtet sich die Wahrnehmung zunehmend auf die Erwartung von Gewalt aus; deeskalierende Maßnahmen, etwa die Kommunikation mit den Organisator*innen von als konfliktrichtig bewerteten Protestveranstaltungen, werden geringgeschätzt.
- Die Auseinandersetzung um die Protestcamps wird zur Ouvertüre der Protestwoche, in der Polizei und Demonstrierende das erste Mal aufeinanderprallen. Polizei und Innenbehörde haben sich auf die Position festgelegt, dass von Camps Gewalt ausgeht. Die politischen Funktionen von Protestcamps und ihr deeskalierendes Potenzial, die Möglichkeit zur Ruhe zu kommen und sich über die Proteste auszutauschen, werden in dieser Perspektive ausgeblendet. Die Verhinderung der Camps weitet den Konflikt aus und bringt weitere Menschen gegen die Polizeistrategie auf.

(2) *Schlüsselsituationen*, in denen Konflikte ausgetragen werden und die Muster der Eskalation im Kleinen sichtbar machen:

- Bei der „Welcome to Hell“-Demonstration entsteht die Eskalation als *self-fulfilling prophecy*: Alle Zeichen werden als Vorboten einer Konfrontation gelesen, die schließlich als Ende einer Kette von Interaktionen eintritt. Das Vorgehen bestätigt bei Protestierenden und Beobachter*innen das Bild einer den Protest verhindernden Polizei, weil sie deren Maßnahmen als hart und undifferenziert erleben.
- Die Ausschreitungen im Schanzenviertel entwickeln sich mit einer Eigendynamik, die zu einer Eskalation der Konfrontationen führt und sie auf vorher Unbeteiligte ausweitet. Gruppen von Vermummten greifen die Polizei massiv an, um einen polizeifreien Raum herzustellen. Mit den Angriffen wird wiederum in der Wahrnehmung der Polizei die Schwelle zur Gefährdung von Leib und Leben der Beamt*innen überschritten. Diese Gefahreinschätzung verzögert die Intervention und macht aus Polizeisicht den Einsatz von Spezialkräften erforderlich.
- Auf der Seite der Polizei bilden die an Räumungen geknüpften Auseinandersetzungen zusammen mit langen Einsatz- und Bereitschaftszeiten sowie einer „Dauerbeschallung“ mit Bedrohungsszenarien die Rahmenbedingungen für den Erschöpfungszustand vieler Beamt*innen. Im Einsatz verschiebt sich auch die normative Rahmung der Interaktionen; mit Gewalt vorzugehen erscheint ihnen mehr und mehr als geboten. Zusammen bilden diese Faktoren den Hintergrund für häufig beobachtete gewaltsame Übergriffe auf Protestierende, Journalist*innen und Umstehende.

(3) *Die mediale Deutung* und Formung der Ereignisse, über die der Fokus auf „Gewalt“ verstärkt und die jeweils eigene Wahrnehmung bestätigt wird:

- Die mediale Berichterstattung fokussiert zunächst auf mögliche und schließlich auf tatsächliche Gewalt. Protest wird in dem binären Code friedlich-gewalttätig dargestellt, die politische Dimension des Geschehens – auch der Gewalt – wird kaum mehr betrachtet. Auch hier zeichnet sich eine Polarisierung ab: auf der einen Seite steht eine bürgerrechtsorientierte Position, die die Einschränkung der Versammlungsfreiheit durch die Polizei und das demokratische Potenzial des Protestes herausstellt, auf der anderen Seite eine law-and-order-Position, die staatliche Maßnahmen gegen den Protest befürwortet und ihn primär als Sicherheitsproblem deutet.
- Die Kommunikation auf Twitter verändert sich dramatisch. Während die Twitter-Nutzer*innen zu Beginn der Protestwoche noch auf abweichende Positionen Bezug nehmen, bilden sich zum Ende der Woche zwei weitgehend getrennte Lager, die sich selbst bestätigen.
- In der Berichterstattung der Tageszeitungen wie – vermittelt durch Journalist*innen und große Medien – auch auf Twitter wird die Perspektive der Polizei zum Maßstab der Debatte. Damit verengt sich der Diskurs auf ein sicherheitspolitisch geprägtes Worst-Case-Szenario.

Am Ende erwies sich die Vorstellung von Polizei und Senat, das Geschehen durch hohen Einsatz von Menschen und Material kontrollieren zu können, als Illusion. Dabei war das Gewaltniveau der Protestwoche für Gipfelproteste nicht beispiellos, und auch die Aktionsformen des Protestes und die polizeilichen Vorgehensweisen waren an sich nicht neu. Dennoch stellt die Gewalteskalation in Hamburg einen Einschnitt dar – mit potenziell gravierenden Auswirkungen auf die Möglichkeiten von Protest und auf die Entwicklung polizeilicher Strategien. Auch wenn politische Forderungen nach den Ereignissen schnell zur Hand waren, ist doch die Auseinandersetzung mit den zugrundeliegenden politischen Konflikten auf der Strecke geblieben.

Für die Analyse der Entstehung von Gewalt ist der Fall ein eindrückliches Beispiel für die Verkettung von Ereignissen ebenso wie für die Eigendynamik situativer Konfrontationen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Planungen, Erwartungen und Entscheidungen der Handelnden keine Rolle spielen würden. Die Dynamik des Geschehens verwirklicht sich, im Gegenteil, gerade darin, dass die Beteiligten in der Verflechtung ihrer Handlungen ihre Kalkulationen verändern und Situationsdeutungen entwickeln, welche Gewalt möglich oder notwendig erscheinen lassen.

Vorwort

Die Proteste gegen den G20-Gipfel in Hamburg sind Teil einer langen Geschichte von „Gegengipfeln“, die verschiedene Formen des Widerspruchs gegen die Macht und Entscheidungen internationaler Organisationen einschließen. In den letzten 30 Jahren hat sich die Zahl solcher Ereignisse vervielfacht und sie haben sich auf alle Erdteile ausgebreitet. Erweitert hat sich auch das Ausmaß der Einflussnahme internationaler Organisationen – vom Diktat der Austeritätspolitik durch die europäischen Institutionen bis zu gemeinsamen Schritten gegen die sich abzeichnende Klimakatastrophe. Indem die Protestierenden diesen Organisationen Transparenz und demokratische Verantwortlichkeit absprechen, sind die Gegengipfel zu wichtigen Momenten der öffentlichen Debatte über globale Probleme und Lösungsansätze geworden – mit der nachdrücklichen Forderung, die Betroffenen bei Entscheidungen einzubeziehen. In diesem Sinne ist die Untersuchung von Gipfeln und Gegengipfeln höchst relevant für die Debatte über die (nachlassende) Qualität der Demokratie und die Herausforderungen der Globalisierung.












Gegengipfel, wie der gegen die G20 in Hamburg, sind komplexe Protestereignisse, bei denen verschiedene Aktionsformen eingesetzt werden – von klassischen Demonstrationen über öffentliche Diskussionen und Kunst-happenings bis zu zivilem Ungehorsam. Auch wenn der Großteil der Proteste ohne Konfrontationen bleibt, hat es immer wieder auch Eskalationen im Aufeinandertreffen von Polizei und Protestierenden gegeben. Dabei wurde Gewalt zur beherrschenden Erzählung rund um die Gipfel – auf Kosten der Kritik und Vorschläge aus den Reihen der Protestierenden. Gleichzeitig wurden immer aggressivere Taktiken der staatlichen Kontrolle der Gegengipfel entwickelt: Datenbanken „reisender Gewalttäter“, die Aufrüstung der Polizei mit „weniger tödlichen“ Waffen, der Einsatz von Spezialkräften und Militär im Kontext von Protesten, technische und rechtliche Mittel, die Rechte und die Bewegung der Protestierenden zu beschränken, insbesondere die von Aktivist*innen aus anderen Ländern. In diesem Sinn steht bei internationalen Gipfeln viel auf dem Spiel. Die Analyse der Interaktionen von Protestierenden und Polizei öffnet den Blick auf die Spannung zwischen der Aufrechterhaltung von Recht und Gesetz und dem Recht der Bürger*innen, ihren Widerspruch deutlich zu machen. Zu verstehen, wie Eskalationen während Gipfelprotesten ablaufen, wie sie sich räumlich entfalten und welche Geschichte sie haben, ist deshalb ein wichtiges Vorhaben. Mit diesem Bericht macht ein Netzwerk von Expert*innen mit unterschiedlichen disziplinären Perspektiven einen wichtigen Schritt in diese Richtung.

Donatella della Porta



Auf der Projektwebseite gehen weitere „Satelliten-Texte“ vertieft auf Teilaspekte und ergänzende Fragestellungen ein. Die ersten veröffentlichten Texte sind in der Randspalte dieses Berichtes mit dem Satellitensymbol gekennzeichnet und verlinkt.

<https://g20.protestinstitut.eu/>

-  [Die Gewalteskalation analysieren. Theoretische Hintergründe und Forschungsansatz von „Mapping #NoG20“](#)
Peter Ullrich, Philipp Knopp, Simon Teune
-  [Gewalteskalation bei Gipfelprotesten als methodische Herausforderung. Daten, Methoden, erkenntniskritische und forschungsethische Reflexionen von „Mapping #NoG20“](#)
Peter Ullrich
-  [Eine lange Woche im Juli. Chronologie der Konflikte um den G20-Gipfel in Hamburg \(2.–9. Juli 2017\)](#)
Peter Ullrich, Philipp Knopp, Fabian Frenzel
-  [Hamburger Wetter. Die lokalgeschichtliche Kontextualisierung des Protests](#)
Robert Matthies, Nils Schuhmacher
-  [Der G20 in Hamburg und die Geschichte des Gipfelprotests](#)
Donatella della Porta, Simon Teune
-  [Grenzen von Protest. Auswertungen von G20-Demonstrationsbefragungen](#)
Moritz Sommer, Sebastian Haunss
-  [In letzter Instanz? Die juristische Auseinandersetzung um das Antikapitalistische Camp](#)
Roman Thurn, Fabian Frenzel, Michael Plöse
-  [Hamburger Gitter. Entscheidungsräume über Freiheit und Gewahrsam](#)
Micha Plöse, Philipp Knopp, Peter Ullrich
-  [Mapping NoG20. Räumliche Dynamiken des G20-Protests](#)
Maren Heise, Philipp Knopp
-  [Policing in Emotion. Zur Emotionenkontrolle der Polizei bei Protesten](#)
Stephanie Schmidt
-  [Journalistische Spielräume. Unterschiede in der Berichterstattung zu #NoG20](#)
Moritz Sommer, Simon Teune, Corinna Harsch

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	1
Vorwort von Donatella della Porta	5
Mapping #NoG20 – das Projekt	10
Ein Festival der Demokratie?	11
Unsere Forschungsperspektive	12
Hintergründe	15
Zum Aufbau des Berichts	15
Wie nähert man sich den Ereignissen von Hamburg?	
Netzwerk und Methoden	16
Daten und Forschungsmethoden	17
Was können wir (nicht) wissen?	18
Eine lange Woche im Juli 2017. Die Ereignisse im Überblick	22
Analysen	26
Die Ausgangskonstellation	27
Eingespielte Handlungsmuster. Die Repertoires von Protestierenden und Polizei	41
<i>Umkämpfte Camps.</i>	
<i>Erste Konflikte um Grundsätzliches</i>	50
Situationsanalysen. Mikroskopische Untersuchung von Schlüsselereignissen	52
Mediale Zuspitzungen. Wie sich der Blick auf Gewalt verengt	66
Fazit	78
Anhang	86
Literatur und Materialien zu den G20-Protesten	86
Endnoten	87
Projektbeteiligte	90
Impressum	91

Das Forschungsteam (in alphabetischer Reihenfolge)

Projektleitung



Dr. Stefan Malthaner



Dr. Simon Teune



Dr. Dr. Peter Ullrich

Forschungsteam



Sabrina Arneth



Philipp Brendel



Meta Cramer



Madeleine Gebhardt

Ass.-Prof. Dr.
Fabian Frenzel

Fabian de Hair



Corinna Harsch



Dr. Eddie Hartmann

PD Dr.
Sebastian Haunss

Maren Heise



Thomas Hoebel



Dr. Julia Hörath



Philipp Knopp



Felix Lang



Robert Matthies



Michael Plöse



Chris Schattka



Stephanie Schmidt



Dr. Nils Schuhmacher



Moritz Sommer



Roman Thurn

**Kooperations-
partner*innen**

Dr. Daniela Hunold

Prof. a.d. PA Dr.
Astrid Jacobsen

Archiv des HIS (Leiter:
Reinhart Schwarz)

Projektbeirat



Prof. Dr. Rafael Behr



Prof.in Dr. Dr. h.c. mult.
Donatella della Porta




Prof. Dr.
Wilhelm Heitmeyer



Prof. Dr.
Wolfgang Knöbl



Prof. Dr.
Dieter Rucht



Mapping #NoG20 – das Projekt

Ein Festival der Demokratie?

Hamburg im Juli 2017 – Die Regierungschefs einiger der wirtschaftlich stärksten Länder der Welt treffen zusammen. Dagegen formiert sich Protest. Der Innensenator der Freien und Hansestadt spricht angesichts der zahlreichen Proteste von einem „Festival der Demokratie“. Doch in Erinnerung geblieben ist kein Fest, auch nicht der G20-Gipfel selbst oder der alternative „Gipfel für globale Solidarität“ oder die Großdemonstration „Grenzenlose Solidarität statt G20“. In Erinnerung geblieben sind vor allem Bilder von Gewalt.

Zu diesen Erinnerungen gehört für viele Hamburger*innen eine Stadt im Belagerungszustand, geprägt vom Kreisen der Hubschrauber und unterbrochenem Nahverkehr – für viele ein Grund zur Flucht aus der Stadt. Zur Erinnerung vieler gehört der Konflikt um die *Möglichkeit von Protest* angesichts einer großflächigen Versammlungsverbotzone und der Schwierigkeit, Protestcamps zu errichten. Dazu gehört die Massenpanik während der gewaltvollen Auflösung der Demonstration „Welcome to hell“ durch die Polizei. Dazu gehören die über soziale Medien verbreiteten Handyvideos von der Gruppe schwarz Vermummter, die in Altona reihenweise Autos anzündet. Dazu gehören ebenfalls die Straßenschlachten im Schanzenviertel. Der Gipfel hat sich nicht wie angekündigt geräuschlos abwickeln lassen.

Entgegen entsprechender Ankündigungen war eines der größten Polizeiaufgebote in der bundesdeutschen Geschichte zeitweise nicht in der Lage, die Situation unter Kontrolle zu bringen. Nachdem der Gipfel beendet war, wurden aus den Ereignissen unmittelbar politische Schlüsse gezogen, obwohl das Wissen für eine angemessene Bewertung zu beschränkt war. Die Skandalisierung polizeilicher Gewaltübergriffe setzte ebenso schnell ein wie diffamierende Schuldzuweisungen an die gesamte politische Linke.

Als Sozialwissenschaftler*innen, die die Protestwoche verfolgten und die sich seit vielen Jahren intensiv mit Protesten auseinandersetzen, sahen wir mehr Fragen aufgeworfen als beantwortet. Warum kam es zu einer Eskalationsdynamik, die in Straßenschlachten, Plünderungen und dem Einsatz von Spezialeinsatzkräften endete? Wer war daran beteiligt und warum? Warum waren Momente der Entspannung und Deeskalation so selten? In welchem Verhältnis stehen die teils schon ikonisch gewordenen Gewaltbilder und die Vielfalt der tatsächlichen Geschehnisse zueinander? Welche Rolle spielten in der Verkettung von Ereignissen Pläne und Strategien und wann dominierten eher situative Dynamiken?

Denn, das ist ganz offensichtlich und das Tragische der Ereignisse: Was von dieser Woche bleibt, hat *so* kaum jemand gewollt. Aus dem Geist dieser Fragen und Widersprüche entstand das Projekt „Mapping #NoG20“, welches sich zum Ziel gesetzt hat, *die Eskalation in der Protestwoche zu erklären*. Es wird getragen von einem Netzwerk von Forscher*innen, das sich in den Monaten nach dem Gipfel gebildet hat, um die Entstehung der Gewaltdy-

„Das Mittel der Telefonkonferenz können auch [...] zwanzig sogenannte ‚Größen‘ [...] nutzen – sie brauchen dafür nicht unsere Städte militärisch zu besetzen. Was bei uns in Genua zu beobachten war und was im Juli in Hamburg geschehen wird – ist nur eines: eine Machtdemonstration.“

Offener Brief von Haidi Giuliani (Mutter des 2001 beim G8-Gipfel in Genua von der Polizei erschossenen Carlo Giuliani) an Olaf Scholz, 8.6.2017

„Wir richten ja auch jährlich den Hafengeburtstag aus. Es wird Leute geben, die sich am 9. Juli wundern werden, dass der Gipfel schon vorbei ist.“

Olaf Scholz, Erster Bürgermeister Hamburg, shz.de, 26.6.2017

„Es ist ein Höchstmaß an krimineller Energie zu spüren. [...] Wir müssen davon ausgehen, dass Polizisten bei diesem Einsatz brennen werden.“

Ralf-Martin Meyer, Polizeipräsident, Pressekonferenz, 4.7.2017

namik zu untersuchen. Zugleich soll durch eine archivarische Sammlung von Dokumenten und Zeugnissen eine zukünftige Beschäftigung mit den Ereignissen rund um den G20-Protest ermöglicht werden.

Unsere Forschungsperspektive

Der Bericht entwickelt zwei alternative Deutungen. Zum einen ist das, was geschehen ist, nicht *zwangsläufig so* geschehen. Die Ereignisse im Juli 2017 stehen am Ende einer Entwicklung, in der Weichen gestellt wurden, die ein Eskalationsszenario immer wahrscheinlicher machten. Doch bestanden durchweg Handlungsspielräume für die Beteiligten, was sich nicht zuletzt daran zeigte, dass es auch zu Interaktionen ohne Konfrontationen kam. *Zum Zweiten* muss der Untersuchungsgegenstand auch als ein Prozess verstanden werden, der den Akteur*innen dann doch mehr als einmal entglitt. Wir untersuchen die Verkettung situativer Dynamiken, machtvoller Gruppenprozesse und konfrontativer Interaktionen. Diese vollzogen sich parallel sowohl als physisches Aufeinandertreffen in den Straßen Hamburgs als auch im Austausch darüber – in internen Debatten in den Straßen und Parks, in sozialen und professionellen Medien. Zentraler Ausgangspunkt unseres Ansatzes ist daher die Annahme, dass Gewalt nicht allein und nicht in erster Linie das Resultat von (vorgefassten) Motiven und langgehegten Plänen der Beteiligten ist, sondern das Ergebnis eskalativer Prozesse. Die Eskalation von Gewalt ist ein Resultat von – in Konflikten immer wieder beobachtbaren – Mustern von Aktion und Reaktion, in denen Gewalt den Beteiligten mehr und mehr als ein adäquates oder gar zwingendes Mittel der Konfliktaustragung erscheint und die Härte der zum Einsatz kommenden Mittel Schritt für Schritt erhöht wird. Unsere Analyse konzentriert sich entsprechend nicht auf jene Aspekte der Gipfelwoche, die der Logik der Eskalation enthoben waren (wie die Tanzdemonstration) oder einen strategisch herbeigeführten Eskalationsschritt markierten (wie die Autos in Brand setzende Gruppe in Altona).

Eskalation: „sukzessive Verschärfung von Schlägen und Gegenschlägen in der Auseinandersetzung zweier Konfliktparteien“

Hübner, D., 2013: „Über Eskalation“. Deutsche Zeitschrift für Philosophie 61, 1: 43–67.

Protestierende, Steinschmeißer, Publikum


Die Unterscheidung zwischen Protestierenden, den an den Ausschreitungen Beteiligten und Umstehenden/Publikum drängt sich auf, um Orientierung in der Vielfalt der Akteur*innen zu gewinnen, geht aber mit der Gefahr zu stark vereinfachender Zuordnungen einher. Dabei beschreiben die Begriffe eher in bestimmten Situationen u.U. dominierende Handlungsorientierungen. Die Grenzen sind jedoch – wie nicht zuletzt die Hamburger Ereignisse zeigen – fließend, die Rollen oft zeitgleich gegeben. Insbesondere politische Momente des Handelns bestimmen sich keineswegs allein aus der bewussten Entscheidung zur Teilnahme am *organisierten* Protest.

Im Kontext der G20-Proteste ist die Deutung der Entwicklungen als Eskalationsprozess schon wegen des zunehmenden *Ausmaßes* der Gewalt nahelegend. Nach begrenzten Konfrontationen haben sich die Auseinandersetzungen auf verschiedene Stadtbereiche verteilt, die Zahl der Beteiligten wuchs und die zum Einsatz kommenden Mittel wurden massiver – bis hin zur Straßenschlacht zwischen der Polizei, Teilen der Protestierenden und weiteren Gruppen.

Die Untersuchung von Eskalationen kann sich aber nicht auf diese vordergründig sichtbaren Ausdrücke beschränken. Zum Verständnis des gesamten Prozesses ist es notwendig, verschiedene miteinander verwobene Dimensionen in die Analyse aufzunehmen. Im Einzelnen untersuchen wir daher Eskalation (wie auch Deeskalation oder Wellenbewegungen) auf verschiedenen Ebenen:

- *Akteurskonstellation*: Welche Akteur*innen und Netzwerke werden (de-) mobilisiert? Wie bilden sich Gruppen? Wie verändern sich Gruppengrenzen? In welchen Konfliktlinien und mit welchen Feindbildern stehen sie zueinander?
- *Intensität der Auseinandersetzung*: Welche Stärke haben die Konfrontation und der Gewalteininsatz? Welche Mittel (Technik, Waffen et cetera) kommen dafür zum Einsatz?
- *Emotionalität*: Wie ist der Konflikt emotional aufgeladen? Inwiefern sind starke, durch den Konflikt mobilisierte Emotionen (Ohnmacht, Angst, Wut, Zorn, Lust, Euphorie) verbreitet?
- *Raum*: Wie verteilt sich die Eskalation im Raum? Kommt es zu Verdichtungen, Zerstreuung oder Ausweitung von Gewalthandeln? Entstehen unterschiedlich markierte (bspw. stigmatisierte) oder kontrollierte Räume?

In all diesen Dimensionen von Eskalation sind immer zwei Momente gleichzeitig von Bedeutung: einerseits die Interaktion im Raum, also das tatsächliche Aufeinandertreffen der Beteiligten, und andererseits die damit einhergehenden Deutungen. Doch diese Interaktionen finden nicht im luftleeren Raum statt, sondern sind auch geprägt von ihrem historischen und sozialen Kontext. Um auch dies in den Blick zu bekommen, strukturieren zwei weitere analytische Blickwinkel unsere Sicht auf den Gegenstand der Untersuchung: Die zu Beginn der Protestwoche bestehenden Voraussetzungen (Kontexte, Vorerfahrungen, Pläne, Strategien und so weiter) werden als zeitlicher Querschnitt zum 1. Juli 2017 erfasst. Diese *Ausgangskonstellation* umfasst also die Bedingungen, unter denen die Akteur*innen aufeinandertreffen. Dabei werden insbesondere die Vorbereitungen derjenigen untersucht, die schließlich im Verlauf der Woche mehr und mehr zu Konfliktgegner*innen wurden: Protestierende und Polizei. Welche Ziele verfolgen sie? Welche Aufgaben und Probleme müssen die Akteur*innen

 Mehr online unter „Theorie und Forschungsansatz“

bewältigen? Auf welche Handlungsrepertoires greifen sie zurück und welche Hintergründe haben diese? Der größte Teil der Untersuchung besteht dann in der analytischen Rekonstruktion der direkten sowie der über Medien vermittelten *Interaktionen* zwischen den Beteiligten. In diesem Teil werden besonders relevante Ereignisse, die das Geschehen einschneidend verändern, mikroskopisch analysiert.

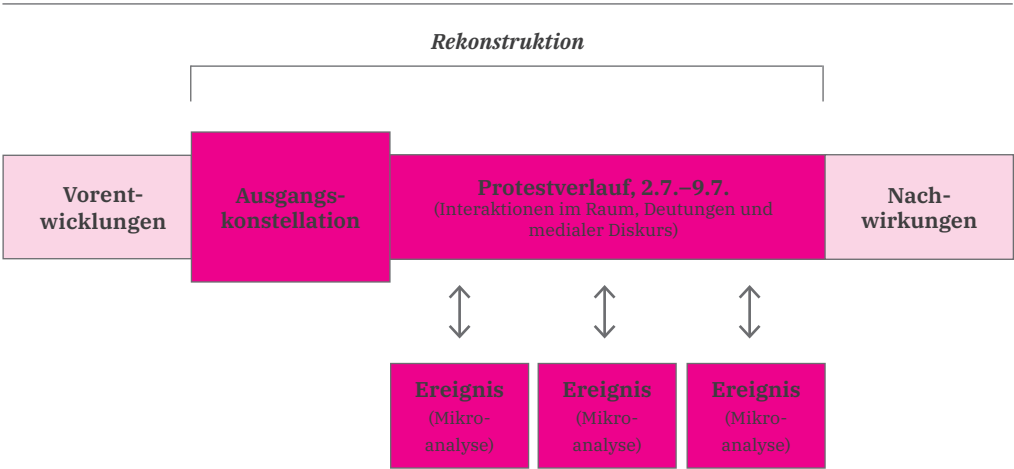



Abbildung: Der Forschungsansatz im Überblick

Hintergründe

Schon im Juli 2017 gab es von Bürger*innen Hamburgs, aus Bürgerrechtsorganisationen und aus der Forschung die Forderung nach einer unabhängigen Aufarbeitung der Ereignisse um den G20-Gipfel. Wir sind nicht diese Expert*innenkommission. Eine solche hätte mehr Zeit, Ressourcen und Kompetenzen erfordert. Doch wir begreifen unsere Untersuchung als Schritt in diese Richtung. Dazu folgen wir einem Ansatz, der verschiedene Perspektiven kombiniert, empirisch verankert ist und zugleich den aktuellen Stand theoretischen Wissens reflektiert. Damit liefern wir Material für eine Reflexion ‚mit Abstand‘, also auch für eine durchaus nötige politische Debatte über Bürgerrechte in der Demokratie und den Umgang mit radikalem Widerspruch.

Unser Forschungsnetzwerk konnte dank der unbürokratischen Förderung, ganz besonders durch die Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur, innerhalb weniger Monate seine Arbeit aufnehmen. Den Förderern und ebenso den Interviewten gilt unser ganz besonders herzlicher Dank.

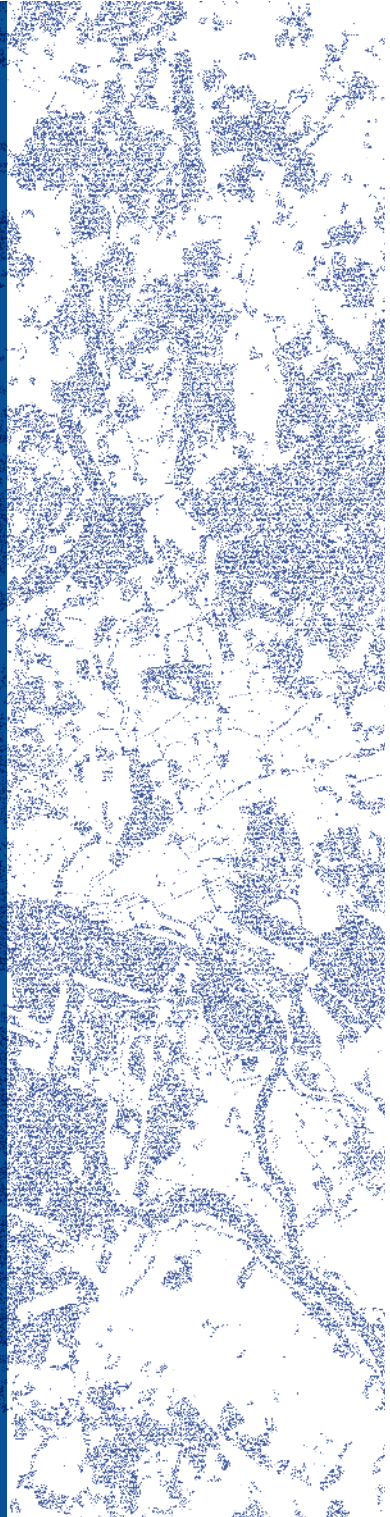
 Ausführliche Analysen, die den Rahmen dieses Berichtes sprengen, aber für das Verständnis der Eskalation wichtig sind („Satelliten“), sowie eine interaktive Karte der Protestwoche finden sich auf der Projektseite <https://g20.protestinstitut.eu/>

Zum Aufbau des Berichts


Im folgenden zweiten Kapitel wird dargestellt, auf welchen Daten die präsentierten Ergebnisse beruhen und welche Analysemethoden verwendet wurden. Dabei geht es auch um die Schwierigkeiten, in einem so umkämpften Feld ein ausgewogenes Bild zu gewinnen. Das kurze dritte Kapitel stellt den Anlass und in Form eines Zeitstrahls die wichtigsten Ereignisse der Protestwoche dar. Dieser Überblick setzt den Rahmen für die detaillierten Analysen im vierten Kapitel. Diese beleuchten im Detail die Organisation des Protestes und des Polizeieinsatzes, den medialen Diskurs und einzelne herausragende Gewaltsituationen. Das Fazit in Kapitel fünf schließlich rekapituliert die zentralen Ergebnisse.

Wie nähert man sich den Ereignissen von Hamburg?

Netzwerk und
Methoden



Der Erkenntnisprozess im Forschungsnetzwerk lebte vom produktiven, interdisziplinären Austausch unter Vertreter*innen der sozialwissenschaftlichen Protest-, Polizei-, Gewalt- und Medienforschung, Kriminologie, Rechtswissenschaft und des Archivwesens. Zwischen November 2017 und Juni 2018 haben wir uns in sieben Projektworkshops und einer Beiratsitzung über Fragestellungen und das Forschungsdesign verständigt, die Datenerhebung und unsere Ergebnisse kritisch diskutiert. Die Hauptlast der Arbeit lag bei neun Projektmodulen, die Teilbereiche eigenverantwortlich bearbeiteten (Bewegungsdebatten, Demonstrationsbefragungen, Gesamtreakonstruktion, Medien, Polizei, Recht, Situationsanalysen, Social Media, umkämpfte Camps). Nur zwei der beteiligten Wissenschaftler*innen konnten über Projektmittel für acht beziehungsweise sechs Monate regulär angestellt werden. Weitere Ressourcen wurden von den beteiligten Institutionen bereitgestellt; ein großer Teil der geleisteten Arbeit blieb ohne Vergütung. Die konzentrierte Zusammenarbeit in dem großen Netzwerk war trotzdem möglich, weil die Beteiligten von dem Ziel eines gemeinsam erarbeiteten Beitrags zur Debatte motiviert waren.

 Mehr online unter
[„Forschungsmethoden“](#)

Daten und Forschungsmethoden

Unsere Analysen fußen auf einer breiten Datenbasis. Zum einen wurden *vorliegende Daten* gesichert und aufbereitet, also Dokumente (unter anderem parlamentarische Anfragen, polizeiliche Einsatzbefehle, Ausschusssprotokolle, Protestaufrufe), Internet-Videos, die Twitter-Beiträge zum Thema G20 der gesamten Protestwoche und die Medienberichterstattung in fünf überregionalen und zwei Hamburger Zeitungen für die Zeit um den Gipfel.

Zum anderen baut unsere Analyse auf *selbst erhobenen* Daten auf. Dazu gehören eine vom Institut für Protest- und Bewegungsforschung in Kooperation mit dem Socium (Universität Bremen) und dem Göttinger Institut für Demokratieforschung durchgeführte Befragung von 1095 Teilnehmer*innen der „Protestwelle“ und der Großdemonstration „Grenzenlose Solidarität statt G20“, Protokolle von Protestbeobachtungen sowie 65 Interviews mit verschiedenen Akteur*innen (unter anderem Polizei, Protestorganisator*innen und Teilnehmende, parlamentarische Beobachter*innen, Journalist*innen, Anwalt*innen, Anwohner*innen, lokale Gewerbetreibende). Eine Vielzahl von Hintergrundgesprächen und die Begleitung öffentlicher Veranstaltungen ergänzt die Interviewquellen. Zudem bestand über die Projektwebseite die Möglichkeit, anonyme Erfahrungsberichte einzusenden. Die Auswertung der Daten erfolgte in den jeweiligen Modulen mit quantitativen (Twitter-Netzwerkanalysen, statistische Analysen der Befragungsdaten, Inhaltsanalysen der Presseberichte) und qualitativen Methoden (Inhalts- und Diskursanalysen von Interviews, Medienbeiträgen, Beob-

achtungsprotokollen und Videos). Die mikroskopischen Analysen einzelner Schlüsselereignisse basieren auf dem Verfahren der sequenziellen Ereignisrekonstruktion. Für diese wurden alle verfügbaren Datentypen, darunter hunderte Videos, etwa 1000 Fotografien, Interviews und Tweets, in eine multiperspektivische dichte Beschreibung einbezogen.

Die Ergebnisse sind dabei nicht immer widerspruchsfrei; teilweise kamen wir zu unterschiedlichen Sichtweisen und Bewertungen. Dies liegt auch an der Beschaffenheit des Forschungsgegenstands.

Was können wir (nicht) wissen?

Um dem Ziel einer Veröffentlichung zum Nutzen der aktuellen Debatte gerecht zu werden, mussten wir unsere Analyse einen engen Ausschnitt des Geschehens konzentrieren – die Analyse der Eskalationsdynamik und ihres Kontextes. Damit ist das Projekt in seiner thematischen Engführung auch Teil des Problems – einer unproportionalen Fokussierung auf ‚Gewalt‘. Die Fokussierung auf ‚Gewalt ereignisse‘ bedeutet für uns jedoch keinesfalls, ihnen einen politischen Gehalt abzusprechen.

Neben solchen nicht intendierten Effekten gibt es weitere Herausforderungen zu reflektieren, die mit dem Forschungsgegenstand selbst zu tun haben. So haben wir es im Kern mit Akteursgruppen zu tun, die für Forschung nur schwer zugänglich sind, und mit Asymmetrien aufgrund der unterschiedlichen Neigung und Fähigkeit, die eigene Situation zu dokumentieren oder öffentlich zu machen. Ein Beispiel dafür sind die medial verbreiteten, aber ohne Hintergrundwissen kaum aussagefähigen Zahlen zu Verletzten (siehe „Verletztenstatistiken – Die Macht der Zahlen“).

Probleme des Zugangs gab es bei den an den Krawallen und Angriffen auf die Polizei Beteiligten – aufgrund von Distanz gegenüber der Forschung, Angst vor Strafverfolgung und weil Ansprachemöglichkeiten fehlen. Unsere Analysen dieser Gruppe müssen aus Mangel an Selbstzeugnissen weitgehend auf Beobachtungen, Videobilder und Berichte Dritter zurückgreifen. Auf Zurückhaltung und Skepsis trafen wir auch bei organisierten politischen Gruppen. Doch schließlich waren hier viele Anmelder*innen, Organisator*innen, aber auch sonstige Beteiligte zur Auskunft bereit.

Schwierig ist der Zugang auch bei Akteur*innen des Sicherheitsbereichs, namentlich der Polizei. Dies zeigte sich schon im Zurückhalten oder weitgehenden Schwärzen wichtiger Unterlagen für den Sonderausschuss durch die Innenbehörde. Wir sind dankbar für die Kooperation der Hamburger Polizei, die uns Interviews mit ausgesuchten, vor allem hochrangigen Beamt*innen gewährte. Wir blieben aber weitgehend abhängig von der Steuerung durch die Behördenleitung. Dies führt zur Übergewichtung von organisationsfreundlichen, geglätteten Darstellungen. Diese Leerstellen der Forschung haben wir durch Nutzung von veröffentlichten Dokumen-

ten und eigene Beobachtungen vor Ort nur teilweise ausgleichen können. Erschwert hat die Forschung auch, dass die Auseinandersetzung um die G20-Proteste andauert. Stark sind die mit der Erinnerung an G20 verbundenen Emotionen, die auf eindrücklichen Erfahrungen basieren und die kollektiv tradiert und gefestigt werden. Angesichts hunderter laufender Strafverfahren und ausgesprochen harter Urteile sind die Deutungen des Geschehens von unmittelbarer Relevanz. Einschätzungen und Quellen müssen daher mit besonderer Sorgfalt geprüft und im Hinblick auf ihre motivationalen Hintergründe interpretiert werden.

Verletztenstatistiken – Die Macht der Zahlen

Statistiken über Verletzte sind ein fester Bestandteil der Protestberichterstattung und der polizeilichen Pressearbeit. Verbreitet ist die Deutung, dass an diesen Zahlen das Ausmaß der Gewalt ablesbar ist. Die vereinfachte Botschaft lautet: Verletztenzahlen der einen Seite entsprechen der Gewalt der anderen. Doch was sagen die kursierenden Zahlen wirklich aus?

Die gemeldeten **Verletztenzahlen der Polizei** steigen bis nach dem Gipfel an. Die höchste Ziffer verkündet Polizeipräsident Ralf Martin Meyer in einer Sitzung des Hamburger Innenausschusses am 5. April 2018: 797 Verletzte durch Fremdeinwirkung, 202 Erkrankte – insgesamt 999 Polizist*innen mit gesundheitlichen Schäden. Kurz nach dem Gipfel, am 17. Juli 2017, meldete der Hamburger Senat noch 709 verletzte und 227 erkrankte Beamt*innen (ohne Bundespolizei). Die Korrekturen liegen unter anderem an Nachmeldungen aus Versicherungsgründen sowie veränderten Zählweisen. Der Großteil der gemeldeten Verletzten ging unmittelbar nach einer ersten Behandlung wieder in den Dienst. Dies weist auf überwiegend leichte Verletzungen hin (700, Stand 17.7.2017). Allerdings berichten Polizist*innen in Interviews, dass Beamt*innen aus Loyalität gegenüber Kolleg*innen schneller wieder in den Einsatz gingen. Viele Erkrankungen betreffen den „erweiterten Einsatzzeitraum“, traten also teilweise schon vor Beginn des eigentlichen Einsatzes in Hamburg auf. Vorsicht ist auch hinsichtlich der Zuschreibung von Urheberschaft der Verletzungen geboten: Gemeldet wurden 182 Atemwegsreizungen.² Bei diesen sind die Polizei selbst (Trängas, Pfefferspray) und andere Akteur*innen mögliche Verursacher. Nachweisbar wurden mindestens 30 Landespolizist*innen und 39 Bundespolizist*innen *ohne* Fremdeinwirkung verletzt.³

Während die Polizei Statistiken über verletzte Beamt*innen vorlegt, gibt es kaum verlässliche Daten über **verletzte Demonstrierende**. In Hamburger Krankenhäusern und Notfallpraxen wurden 308 Verletzte als Demonstrierende eingestuft. Nach Auswertung aller vorliegenden Informationen ist davon auszugehen, dass die Zahl der tatsächlich Verletzten sehr viel höher liegt. Dies bestätigt auch die Hamburger Feuerwehr, die den offiziellen Rettungsdienst organisierte. Die selbstorganisierten Demonstrationssanitäter*innen – oft erste Anlaufstelle für Protestierende mit medizinischen Anliegen – ma-

chen grundsätzlich keine Angaben zur Zahl ihrer Erstversorgungen. Im Interview berichten Protestierende aber von einer Vielzahl schwerer Verletzungen, darunter häufig Schlagverletzungen am Kopf. Zudem bereiten sich viele Aktivist*innen vor und sind oft selbst in der Lage, leichtere Verletzungen, wie Augenreizungen durch Pfefferspray, zu behandeln. Dies dürfte nach den Videos und Bildern des G20-Gipfels eine bedeutende Verletzungsursache gewesen sein. Der Gang ins Krankenhaus wird auch durch Angst vor Strafverfolgung gebremst. Es gibt außerdem keine Informationen darüber, ob Protestierende in ihren Heimatorten Ärzt*innen aufsuchten. Die Aussagekraft der scheinbar harten Zahlen ist also begrenzt. Da sie sehr unterschiedlich zustande kommen, können sie kaum als Annäherung an ein realistisches Bild dienen.

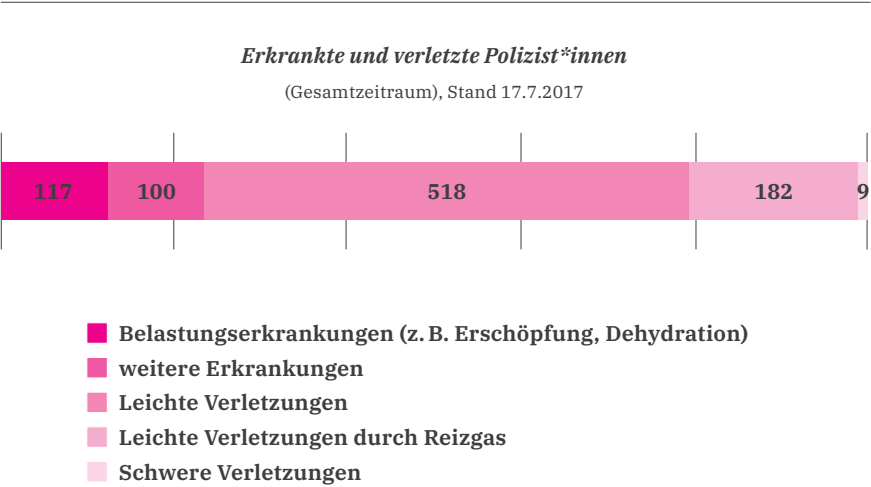
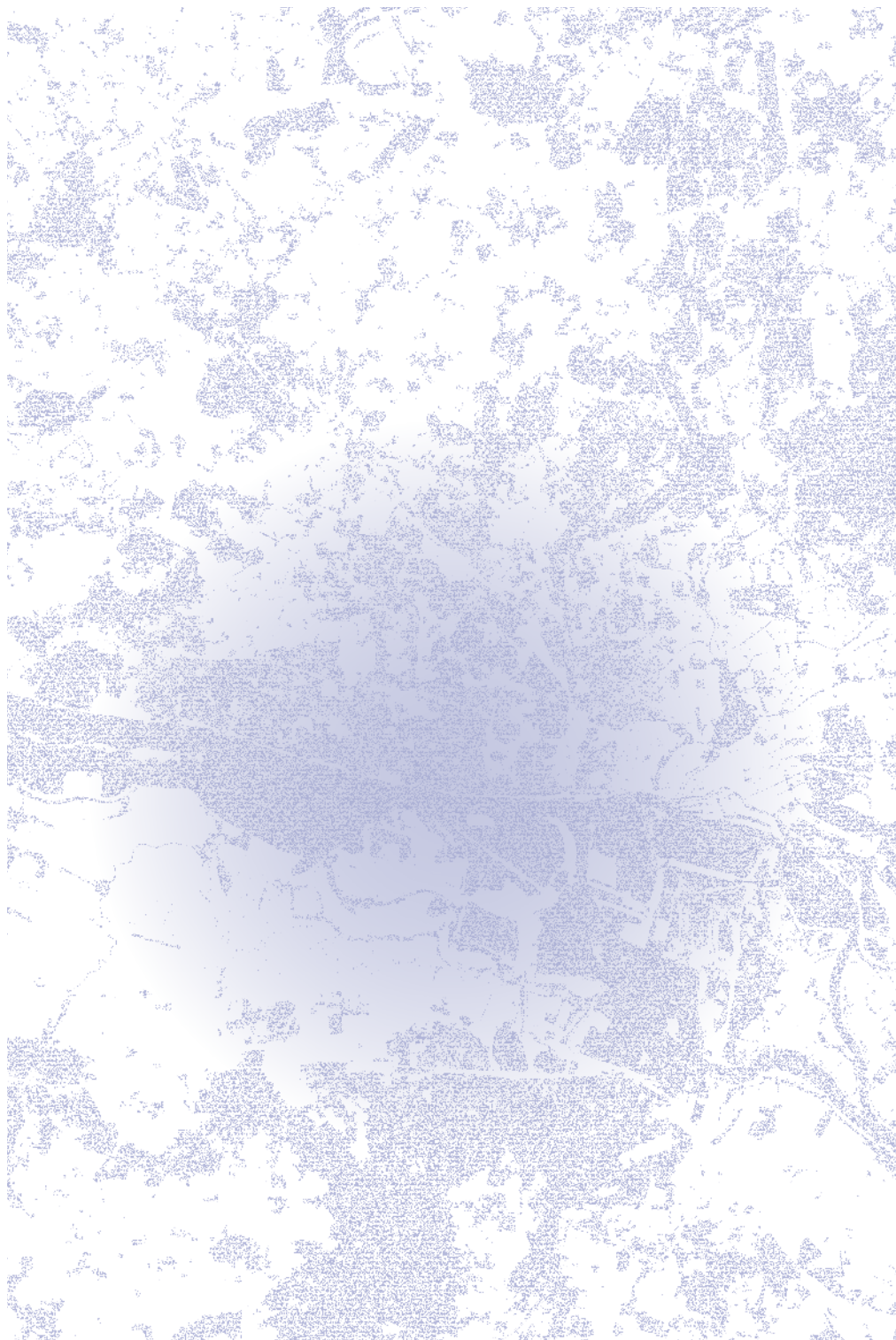


Abbildung: Erkrankten- und Verletztenzahlen Polizei



Eine lange Woche im Juli 2017

Die Ereignisse
im Überblick

Gegenstand der folgenden Analysen ist die Woche vom 2. bis 9. Juli 2017. In dieser treffen sich die Staats- und Regierungschefs der „Gruppe der 20“ für zwei Tage (7. und 8. Juli) zu ihrer jährlichen Zusammenkunft – diesmal in den Hamburger Messehallen. Im Februar 2016 wird Hamburg als Austragungsort bekanntgegeben. Dies verspricht nach der gescheiterten Olympiabewerbung der Hansestadt eine neue Chance auf Sichtbarkeit in der globalen Städtekonkurrenz. Auch logistische Gründe spielen bei der Ortswahl eine Rolle. Nur wenige deutsche Großstädte bieten die notwendige Infrastruktur wie Hotelbetten für die 36 Delegationen mit ihren ca. 6.500 Mitgliedern, tausende Medienvertreter*innen und über 30.000 Polizist*innen. Auf der Agenda des Treffens stehen unter anderem Welthandel, Terrorismus, Hunger und Entwicklung in Afrika und – nach dem angekündigten Ausstieg der USA aus dem Pariser Abkommen – der Klimawandel. Die Kritik an dem Gipfel wird auch durch die Politik einzelner Gipfelteilnehmer befeuert, darunter US-Präsident Trump, der russische Präsident Putin und der türkische Präsident Erdoğan.

Internationale Treffen wie das der G20 werden seit den 1980er Jahren von Protesten begleitet. Kritik kommt von einer Vielzahl politischer Akteur*innen aus Hamburg, Deutschland und anderen Ländern, die Proteste gegen das Treffen organisieren. Über 100 Versammlungen mit einer Vielzahl unterschiedlicher Anliegen werden angemeldet. Zehntausende beteiligen sich. Die Proteste dauern die gesamte Woche an, eingerahmt von zwei großen Demonstrationen am 2. und am 8. Juli.

Senat und Polizei bereiten sich ab Bekanntgabe des Gipfelortes auf einen der größten und komplexesten Einsätze in der bundesdeutschen Geschichte vor. Teile der Protestierenden wollen in Camps übernachten, sich versammeln und austauschen, doch die Camps werden von den Behörden lange Zeit blockiert. Auch sind in einem fast 38 km² großen Gebiet, das große Teile der Innenstadt umfasst, Versammlungen behördlich untersagt. Die Konflikte um diese Beschränkungen des Protests weiten sich im Verlauf der Woche aus. Immer wieder stoßen Polizei und Demonstrierende aneinander; bei den Ausschreitungen in der zweiten Wochenhälfte werden auch viele zunächst Unbeteiligte in die Auseinandersetzungen hineingezogen. Im Zuge der gewaltsamen Auflösung der von autonomen Gruppen organisierten Demonstration „Welcome to Hell“ durch die Polizei kommt es erstmals zu größeren Konfrontationen, am Folgetag auch zu Plünderungen im Schanzenviertel.

„Die Bundeskanzlerin hat sich zum Ziel gesetzt, dass der G20-Gipfel ein Signal der Entschlossenheit aussenden sollte. Die 20 führenden Industrie- und Schwellenländer müssten demonstrieren, dass sie ihre große Verantwortung für die Welt verstanden hätten und diese übernehmen.“

Regierungserklärung zu G20, 29.6.2017

„Wer sich solche Gäste in seine Stadt einlädt, hat sich selbstverständlich auch den internationalen Widerstand ... eingeladen.“

Jan van Aken (Die Linke), shz.de, 17.11.2016



Mehr online unter
„Chronologie“

**2.7.2017**

Demonstration „Protestwelle“, Teilnehmer*innen:
25.000 (lt. Veranstalter*innen), 8.000 (lt. Polizei)

**2.7.2017**

Aufbau des antikapitalistischen Camps Entenwerder;
am späten Abend Räumung von Schlafzelten durch die Polizei

**4.7.2017**

Nach der Aufgabe des Camps Entenwerder Aufruf
zu Besetzungen und Camps in der ganzen Stadt.
Räumungen verschiedener Alternativ-Camps

**4.7.2017**

„Hedonistisches Massencorner“ gegen G20 & Räumung

**5.–6.7.2017**

Alternativgipfel „Gipfel für globale Solidarität“ auf Kampnagel
(über 2000 Teilnehmende)

**5.7.2017**

Kunstaktion „1000 Gestalten“

**5.7.2017, abends**

Nachttanzdemo „Lieber tanz' ich als G20“; Teilnehmer*innen:
über 25.000 (lt. Veranstalter*innen) / 11.000 (lt. Polizei)

**5.7.2017**

Das Camp im Altonaer Volkspark bietet nach langem Rechtsstreit
nun 300 Schlafzelten Platz

**6.7.2017**

„Welcome to Hell“ – Kundgebung, Demonstration und
gewaltsame Auflösung, zwei anschließende Spontandemonstrationen;
Teilnehmer*innen: mehr als 10.000

**6.7.2017, nachmittags und abends**

die frühe Anreise erster Staatsgäste führt zu Sperrungen

**7.-8.7.2017**

G20-Gipfeltreffen in den Messehallen

7.7.2017, morgens

Zerstörungen in Altona: schwarz gekleidete Gruppe zündet Autos in der Elbchaussee an, verübt weitere Sachbeschädigungen und greift ein Polizeifahrzeug an



7.7.2017, morgens

Polizei stoppt gewaltsam eine Demonstrierendengruppe am Rondenberg, Flüchtende nach Zusammenbruch eines Geländers teils schwer verletzt



7.7.2017, ganztägig

Über 40 Versammlungen und Kunstaktionen kritisieren die Politik der G20



7.7.2017, ganztägig

dezentrale Aktionen und Blockaden in zwei Wellen, zum Teil schwere Zusammenstöße zwischen Demonstrierenden und Polizei



7.7.2017, abends

„Colourful Mass“ – Fahrraddemonstration gegen G20, einige tausend Teilnehmer*innen



7.7.2017, abends

Konzert für die Gipfelteilnehmer*innen in der Elbphilharmonie



7.7.2017, abends & nachts

Ausschreitungen und Plünderungen im Schanzenviertel, ein Zivilbeamter gibt einen Warnschuss ab, Einsatz des SEK



8.7.2017

Großdemonstration „Grenzenlose Solidarität statt G20“, Teilnehmer*innen: 76.000 (lt. Veranstalter*innen), 50.000 (lt. Polizei)



8.7.2017, abends

Weitere Zusammenstöße im Schanzenviertel, erneuter SEK-Einsatz und ein Warnschuss eines Zivilbeamten

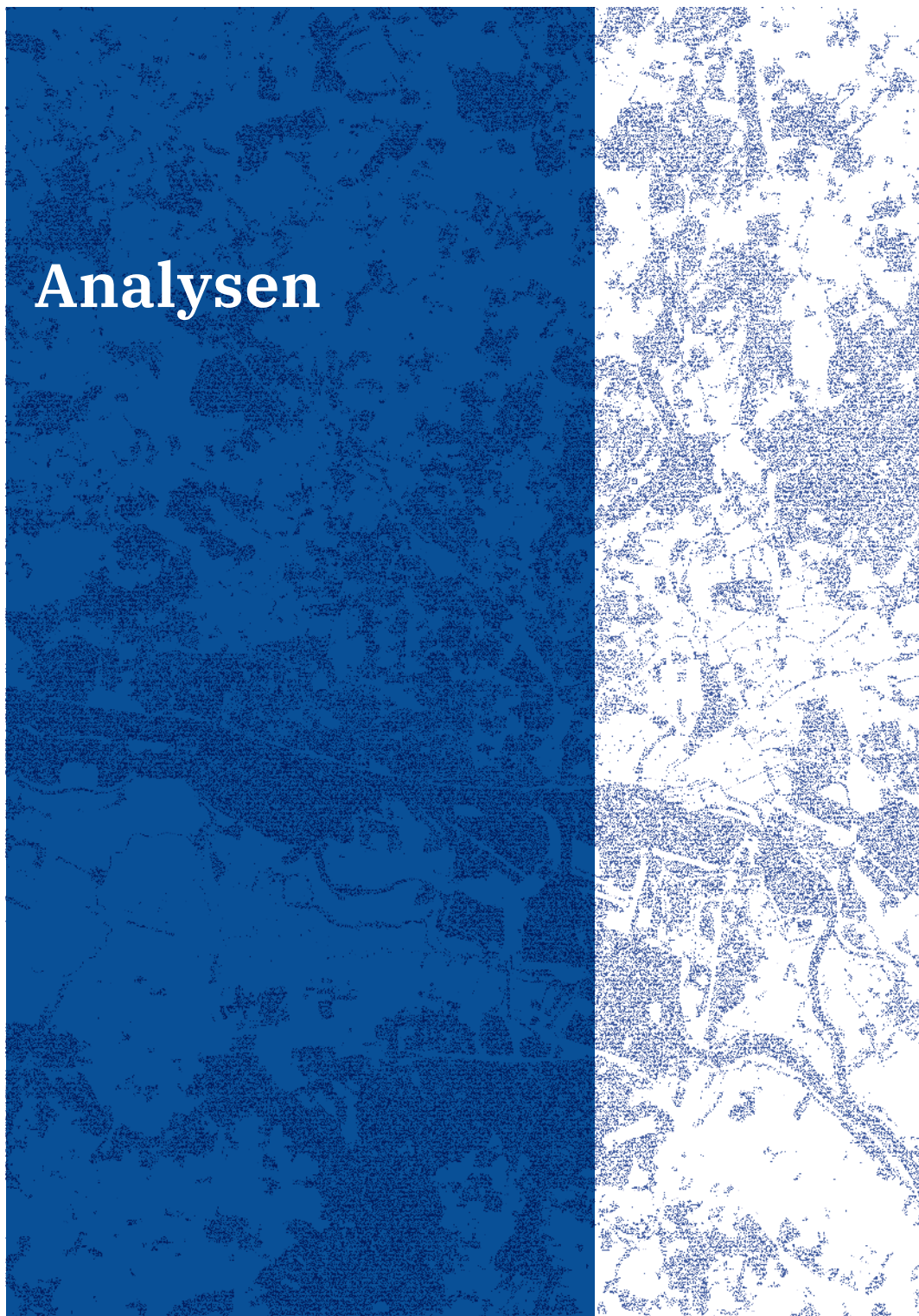


9.7.2017

Solidaritätsdemonstration für die Festgenommenen „Nobody forgotten, nothing forgiven!“ mit etwa 1.500 Teilnehmer*innen



Analysen



Die Ausgangskonstellation

Der Protest

Die Protestaktionen im Zusammenhang mit dem Gipfel werden von verschiedenen Gruppen und Bündnissen mit teils unterschiedlichen Zielen und Adressat*innen organisiert. Absprachen und Koordinierung verhindern, dass die Angebote in direkter Konkurrenz zueinander stehen. So entsteht eine inklusive Protestchoreografie.

Anatomie einer Gipfelmobilisierung

Die Vorbereitungen auf die Proteste beginnen mit der Benennung Hamburgs als Austragungsort. Ab Frühsommer 2016 finden Beratungen vor allem unter Organisationen und Netzwerken statt, die unter anderem bereits die Mobilisierungen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm im Jahr 2007 getragen haben. Schon zu diesem Zeitpunkt wird ein Protestszenario entworfen, das aus einem „Dreiklang“ (Yavuz Fersoglu) von Gegengipfel, Aktionen des „zivilen Ungehorsams“ und abschließender Großdemonstration besteht und so an das typische Repertoire von Gipfelprotesten anschließt. Es bildet sich ein organisatorischer Rahmen heraus, der später als „G20-Plattform“ auftritt.

Die letztendliche Struktur des Protests ergibt sich aus einer Reihe von Konsolidierungen und Polarisierungen. Bereits kurz nach Beginn der Planungen entscheidet ein Teil der beteiligten NGOs, sich ausschließlich auf die Gestaltung des „Gipfels für Globale Solidarität“ zu konzentrieren. Kurze Zeit später ziehen sich andere NGOs aus der „G20-Plattform“ zurück und widmen sich den Planungen für eine Demonstration im Vorfeld des Gipfels. Die Spaltung erklärt sich aus inhaltlichen und strategischen Differenzen. Strittig sind die Reichweite der Kritik an den G20 und die Frage, inwieweit ‚störend‘ in die Abläufe des Treffens eingegriffen werden soll. In einem Interview mit der MOPO bringt Campact-Geschäftsführer Christoph Bautz die Grenzziehung auf den Punkt: Sitzblockaden seien gegen die G20 nicht zu rechtfertigen (MOPO, 20.6.2017).

Im Ergebnis werden ab Ende 2016 zwei voneinander unabhängige Protestszenarien vorbereitet. Auf der einen Seite steht – als *appellativer Protest* – die Demonstration „Protestwelle“ am Wochenende vor dem Gipfel. Das dahinter stehende Bündnis aus etablierten NGOs wie Campact, Greenpeace, NABU und Oxfam stellt die Legitimation der G20 nicht in Frage. Es richtet an das Treffen konkrete Forderungen in Bezug auf Umweltschutz, Demokratie und soziale Gerechtigkeit.

Auf der anderen Seite vereint die Demonstration der G20-Plattform unter dem Motto „Grenzenlose Solidarität statt G20“ die unterschiedlichen Facetten einer grundsätzlichen und delegitimierenden Kritik an den G20. Das Bündnis betont deren Verantwortung für Krieg, Rassismus, Klimawandel

und soziale Spaltung.⁴ Die von einem Bündnis aus über 100 Organisationen getragene Demonstration, darunter die Partei Die Linke, Attac sowie Migrant*innen-, Friedens-, Umwelt- und linksradikale Gruppen, nimmt darüber hinaus positiv Bezug auf ein breites Feld von Aktionsformen, die – als *intervenierender Protest* – im Rahmen der G20-Plattform zur Behinderung und Störung des Gipfels vorbereitet werden.

Zentrale Akteur*innen der Plattform verfolgen das Ziel, den Gipfelprotest in seiner Vielfalt als „gemeinsames Projekt“ zu realisieren.⁵ Praktisch werden jedoch bald bescheidenere Ziele verfolgt. Sie bestehen darin, die Aktionen der verschiedenen Bündnisse „zueinander in Kontakt“ zu setzen, den Aufbau einer Infrastruktur für die Proteste im Allgemeinen zu bewältigen⁶ und Informationsaustausch zu gewährleisten. Diese pragmatische Haltung resultiert aus verschiedenen Herausforderungen: aus Erfahrungen des Gipfelprotestes von Heiligendamm mit seinen Zerwürfnissen entlang der ‚Gewaltfrage‘;⁷ aus dem Umstand, dass die vertretenen Positionen und praktischen Optionen nicht gleichermaßen konsensfähig sind; schließlich auch daraus, dass der intervenierende Protest bereits früh mit politischen und polizeilichen Diskreditierungen konfrontiert ist und mit dem Näherücken des Ereignisses zunehmend grundsätzliche Fragen der Versammlungsfreiheit und des Rechts auf Protest als gemeinsame Themen und Herausforderungen in den Vordergrund treten.⁸

Trotz der – durch Toleranz auf der einen und äußeren Druck auf der anderen Seite erzeugten – ‚Einheit‘ finden sich auch innerhalb der G20-Plattform unterschiedliche, zum Teil gegensätzliche Vorstellungen von Protest. Betrachtet man die unterschiedlichen Verständnisse innerhalb der intervenierenden Proteste hinsichtlich ihrer Motive, ihres Ausdrucks und der Setzung oder Infragestellung von Grenzen, so bietet es sich an, idealtypisch zwischen vier Logiken zu unterscheiden. Differenziert werden kann zwischen einer *Logik der Kundgabe*, in der die Demonstration der Meinung im Vordergrund steht, einer *Logik des Ausdrucks*, in der symbolisch-expressive Elemente weniger Mittel zum Zweck sind, sondern den Kern der Inszenierung darstellen, einer *Logik der Störung* durch Besetzungen und Behinderungen und einer *Logik der Zerstörung*, wie sie in Gewaltakten zum Ausdruck kommt. Wie sich an den Ereignissen in Hamburg zeigt, kommen diese Logiken je nach Situation, Dynamik, taktischen Erwägungen und Bereitschaften, ein persönliches Risiko einzugehen, in unterschiedlichen Mischungsverhältnissen zum Ausdruck und manifestieren sich in den fünf Protestformaten, die in Hamburg zu beobachten waren: Demonstrationen, begrenzte Regelverletzungen, Eröffnung von Szenarien des Kontrollverlusts, militante Aktionen sowie Camps/Orte des Austauschs.

Es entwickeln sich diverse Vorbereitungskreise und Bündnisse. Die über die G20-Plattform vernetzten Akteur*innen mobilisieren im Sinne eines gemeinsamen Ausdrucks zur Abschlussdemonstration, sind in Teilen in die Kongressvorbereitung eingebunden, planen daneben aber unabhän-

gig voneinander eigene Aktionen, mit denen sie ihr jeweiliges politisches Profil schärfen und unterschiedliche praktische Zielsetzungen im Kontext von ‚Störung‘ verfolgen. In der Plattform finden sie einen gemeinsamen Rahmen, der gefüllt wird mit koordinierenden Absprachen, der Schaffung eines Infoportals, der Erstellung eines Newsletters und der Möglichkeit, gemeinsam an Öffentlichkeit und Medien zu treten. Die sich zuspitzenden Entwicklungen im unmittelbaren Vorfeld des Gipfels und während der Gipfeltage führt dazu, dass sich eine täglich tagende Koordinierungsrunde konstituiert.

Die damit bereits hohe Komplexität der Protestchoreografie steigert sich noch dadurch, dass zusätzlich, in mal loser, mal engerer kommunikativer Verbindung mit der „G20-Plattform“ stehend, weitere Zusammenschlüsse und Initiativen eigene Aktionen planen. Darüber hinaus entsteht eine protestunterstützende Infrastruktur, die in gewisser Weise ‚Service‘-Funktionen besitzt, zugleich aber auch symbolischer Ausdruck des Protests selbst ist. Schließlich wird das Mobilisierungsgeschehen noch begleitet durch den Aufbau einer militanten Kulisse seitens revolutionärer und autonomer Strömungen, die auf Plakaten und in Videos Bilder eines unkontrollierbaren Szenarios entwerfen. Vermummung, Flammen und Pflastersteine sind wesentliche Elemente dieser Bildsprache. Sie zielt auf die Mobilisierung des eigenen Spektrums und soll zugleich eine Drohkulisse eigener Handlungsmacht aufbauen. Aus dieser Richtung stammen auch allgemeine Aufrufe zu maximalen Störungen,⁹ Aufrufe zu einer „militanten Kampagne“¹⁰ und Anschläge, die sich auf diesen Rahmen beziehen. In den Monaten vor dem Gipfel kommt es nach Polizeiangaben zu über 100 Brandanschlägen mit Gipfelbezug.

Drohung

Protest als Kommunikationsakt zielt auf Resonanzen bei Gegner*innen, Publikum und eigenem Lager. Weil bei Gegner*innen nur selten Zustimmung zu erwarten ist, kann er neben Mitteln wie Präsenz und Druck auch auf Provokationen und Drohungen setzen. In diesem Zusammenhang ist die Präsentation „starker Bilder“ zu verstehen, die gerade im Zusammenhang mit den Protesten gegen den G20-Gipfel implizit das subversive und auch hedonistische Potenzial von sub- und popkulturellen Motiven abrufen. Bedrohliche Posen und Gebärden beschwören ein Szenario der Unwägbarkeit herauf. Im Gegensatz zum Zwang setzt es die Entscheidungsfähigkeit des Bedrohten voraus, von dessen Verhalten sich Drohende auf diese Weise abhängig machen. Eine Drohung ist damit eine Form der Machtausübung, die ihre Macht zugleich riskiert: Drohungen sind dann am machtvollsten, wenn sie das in ihnen liegende Potenzial von Handlungen nicht ausspielen müssen.¹¹

Hauptakteur*innen der Protestorganisation

„Protestwelle“

Alternativgipfel „Solidarity Summit / Gipfel für Globale Solidarität“

„G20-Plattform“:

- „Grenzenlose Solidarität statt G20“, (Bündnisdemonstration am 8.7.)
- „Block G20 – colour the red zone!“ (Blockaden Protokollstrecken am 7.7.)
- „Welcome to Hell – autonomous & anticapitalist alliance against the G20-summit in Hamburg“, 6.7
- „Shut Down The Logistics of Capital“ (Hafenblockaden am 7.7.)
- „G20 entern“ (u. a. Demonstration am 7.7.)
- Bildungsstreik „Jugend gegen G20“ (Demo am 7.7.)
- ein Bündnis, das sich mit ‚Cornern‘ und ‚Nachtanzdemo‘ auf kulturelle Protestformen konzentrierte sowie
- die Vorbereitungskreise für zwei Camps (ein Camp des autonomen Spektrums und ein, von einem breiteren Kreis linker und linksradikaler Gruppen getragenes Camp)

Weitere Zusammenschlüsse:

- Petition gegen den Gipfel
- Kunstperformance „Tausend Gestalten“
- Musikkundgebung „One world – one vibe“
- Protestfußballturnier „Football vs. G20 Tournament“
- Fahrraddemo „Colourful Mass“ am 7. Juli
- „G20 entern“ (u.a. Kundgebung 7.7.)
- „Antiimperialistisches Bündnis“

Protestunterstützende Infrastruktur

- Versorgungsinfrastruktur an verschiedenen Orten (für Informationen, Essensausgabe, Erholung, Schlafplatzbörse)
- öffentliche Treffpunkte, bspw. „Arrivati-Park“
- Demosanitäter*innen
- Ermittlungsausschuss
- Anwaltlicher Notdienst
- durchgehende Berichterstattung des Radiosenders „FSK“
- „Internationales Medienzentrum FC/MC“ als alternative Medien-Plattform
- parlamentarische Beobachter*innen

„Militante Kampagnen“

- u.a. „In Hamburg sagt man tschüss“, „Das Ruder rumreißen“

Die interne Mobilisierung zu den Protesten umfasst regionale, bundesweite und internationale Treffen der Bündnisse und Netzwerke sowie (bewegungs-)öffentliche Mobilisierungsveranstaltungen. Die öffentliche Mobilisierung umfasst viele weitere Formate: Veranstaltungen thematisieren die Kritik an den G20 und der globalen politischen Lage, die Webseite der ‚Plattform‘ berichtet ab Herbst 2016 über die Planungen, postet Einladungen, Pressemitteilungen und einen Newsletter. Daneben erstellen die Bündnisse eigene Webseiten und Aufrufe. Plakate, Aufkleber und Mobilisierungsvideos vermitteln inhaltliche Positionen und entwickeln eine den einzelnen beteiligten Spektren entsprechende Bildsprache des Protests. Zudem wird mit offenen Briefen, die internationale Aktivist*innen an die Hamburger Bevölkerung¹² und Organisator*innen einer Blockadeaktion an die Hamburger Hafenarbeiter*innen richten,¹³ ein eher seltenes Format der Protestkommunikation genutzt, das auf Unterstützung und Verständnis zielt.


Insgesamt lässt sich der Protest weder als homogene Einheit noch als Ansammlung völlig unabhängiger Akteur*innen fassen, sondern als ‚Choreographie von Choreographien‘. In diesem Kontext gegenseitigen Tolerierens und gleichzeitiger Distanzierung von Verantwortlichkeiten für Aktionen anderer sowie einem abgestimmten Zeitplan wird ein Nebeneinander verschiedener und zum Teil widersprüchlicher Protestformen erst möglich. Zugleich ist diese Ausgangskonstellation fragil und entwicklungs offen. Bereits vor Beginn der Proteste erfährt das Protestlager – vor allem aufgrund der Konflikte um die Camps und das Versammlungsrecht – Solidarität von außen. Durch den Fokus der öffentlichen Debatte auf Gewalthandlungen steigt der Druck, sich in Bezug auf die ‚Gewaltfrage‘ erklären und positionieren zu müssen – und damit das Potenzial für interne Spannungen.

Warum auf die Straße gehen?

Wie ein Protest verläuft, hängt auch davon ab, welche Personen faktisch mobilisiert werden, aufgrund welcher Motive dies geschieht und wer im tatsächlichen Geschehen prägend ist. Zwischen Organisator*innen und Teilnehmenden besteht dabei keine zwingende Einigkeit.

In interventionsorientierten Protestaufrufen beispielsweise finden sich über politische Strömungen hinweg starke Übereinstimmungen in der inhaltlichen Beurteilung der politischen Gesamtsituation als globaler Krise des Kapitalismus – zum Ausdruck kommend in Krieg, Flucht, Rassismus, ökologischer Zerstörung und zunehmender sozialer Spaltung – sowie der G20 als den „politisch Verantwortlichen für dieses menschliche und soziale Desaster“. ¹⁴ Das Treffen selbst wird mehrheitlich als „Repräsentationsevent“ kritisiert, „das Legitimation durch Spektakel erzeugen soll“ ¹⁵ und die „Stadt als Kulisse für ein inszeniertes Schauspiel der Macht missbrauchen“ ¹⁶ werde. Dies unterscheidet sich deutlich vom Appell an die Lösungskompetenz der G20, wie er von den Organisator*innen der „Protestwelle“ formuliert wird.

Den in diesen Anliegen zum Ausdruck kommenden normativen Orientierungen entsprechend zeigt die Befragung der Teilnehmer*innen der beiden Demonstrationen am 2. Juli und 8. Juli auch deutlich ihre politische Verortung links der Mitte (89,4%). Dies bildet sich auch in den Parteipräferenzen ab. 46,5% tendieren zur Partei Die Linke, 22,7% zu den Grünen. Bei allen internen Differenzierungen fungiert Kritik am Kapitalismus als ein einigendes Band. Eine Mehrheit der Befragten beider Demonstrationen ist der Ansicht, dass dieser überwunden werden muss. Signifikante Unterschiede zwischen den Demonstrationen zeigen sich eher im Grad der Bestimmtheit als in der generellen Ausrichtung.

 Mehr online unter
„Demonstrationsbefragungen“

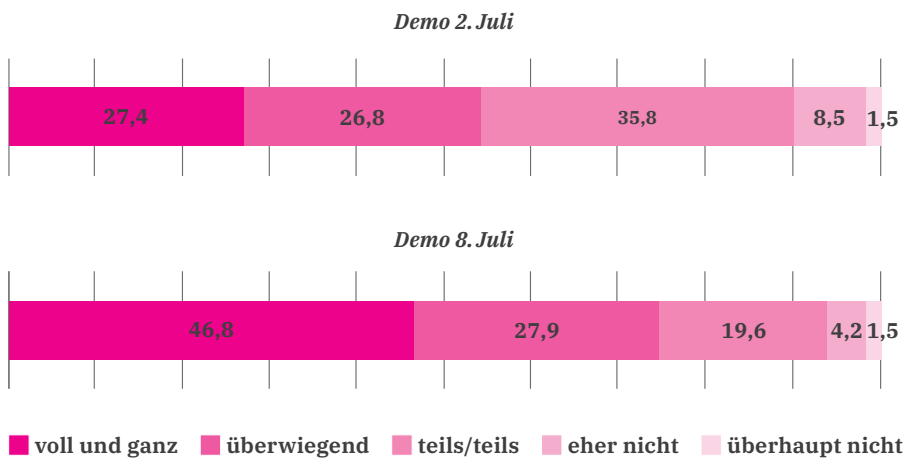


Abbildung: Zustimmung zur Aussage „Der Kapitalismus muss überwunden werden“, in %; N1 (2.7.) = 477; N2 (8.7.) = 595 (Cramers V = 0,236*** / *** p < .001)

Wer geht auf die Straße?

Zur Zusammensetzung des Protestspektrums kursieren Mutmaßungen, geprägt auch von Stereotypen über „jugendliche“ oder „ausländische“ Krawallmacher. Sie beziehen sich auf unsystematische Beobachtungen in einzelnen Szenarien während der Protestwoche und sind nicht für Verallgemeinerungen geeignet. Die Zahlen, die – trotz fehlender Repräsentativität für das gesamte Protestspektrum – Annäherung bieten, stammen aus den Demonstrationsbefragungen. An ihnen deutet sich an, dass bei beiden Demonstrationen eine starke lokale Prägung vorliegt (siehe Grafik). Hinsichtlich des Alters der Demonstrierenden gibt es eine relativ breite Streuung. Zumindest die Großdemonstrationen sind nicht von Jugendlichen und jungen Erwachsenen dominiert.

Die Polizei

Die Planungen der Polizei beginnen im April 2016 mit der Einrichtung des Vorbereitungsstabes OSZE/G20. Der OSZE-Gipfel im Dezember 2016 ist ein Praxistest für die „Besondere Aufbauorganisation Michel“ (BAO Michel), so der Name der Polizeistruktur für den Gipfel unter Leitung von Hartmut Dudde. Die BAO erprobt die Kommunikation zwischen den verschiedenen Sicherheitsbehörden und die neue Lagebildsoftware. Von Beginn an äu-

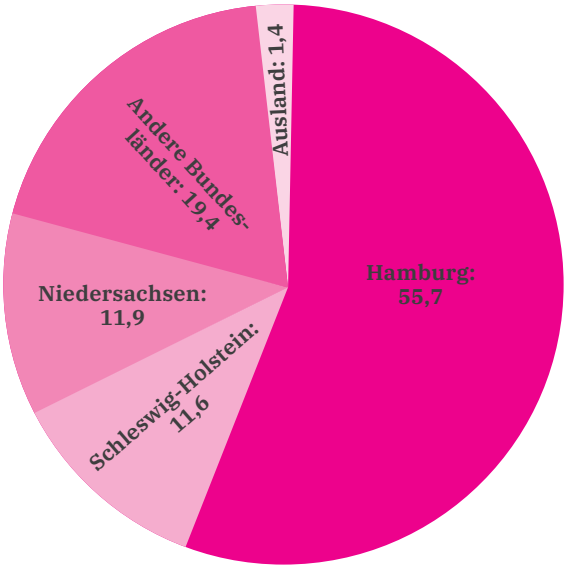


Abbildung: Weltpolitisches Ereignis mit stark lokaler Prägung: Die Wohnorte der Demonstrierenden „Protestwelle“ (2.7., N1=481) und „Grenzenlose Solidarität statt G20“ (8.7., N2=596)

ßern auch Vertreter*innen der Polizei aufgrund der Erfahrung konfrontativer Gipfelproteste Zweifel an der Eignung Hamburgs als Austragungsort. Auch eine abstrakte Terrorgefahr und die Anwesenheit verschiedenster Sicherheitsdienste der anreisenden Staatsgäste werden als Risiken gesehen. Im Interview kündigt die Polizei einen Einsatz im „für Hamburg bislang nie dagewesenen Bereich“ an,¹⁸ der einer Null-Toleranz-Strategie folgen soll. So genannte „Störer“ sollen „sofort identifiziert und festgenommen“¹⁹ werden. Diese unverzügliche und „niedrige Einschreitschwelle“ ist typisch für die sogenannte „Hamburger Linie“.

Das Wissen der Polizei und die Ordnung des Protests

Welche Maßnahmen für den G20-Gipfel konkret vorbereitet werden, entscheidet die Polizei auf Basis einer Gefahrenprognose. Diese baut auf organisationsspezifischen Routinen und erfahrungsbasierten Stereotypen gegenüber Protestgruppen und einzelnen Anmelder*innen auf. Der Staatsschutz im Landeskriminalamt Hamburg erstellt anlassbezogen eine Lagebeurteilung.²⁰ Sie dokumentiert die polizeilichen Erwartungen in Bezug auf Protestgruppen, -formen und allgemeine Charakteristika des zukünftigen Ereignisses. So wird die zentrale Gefahrenprognose an die Einsatzkräfte weitergegeben und bereitet diese einsatztaktisch und mental vor. Soweit sie nach außen kommuniziert wird, dient sie auch der Legitimierung des Einsatzhandelns.

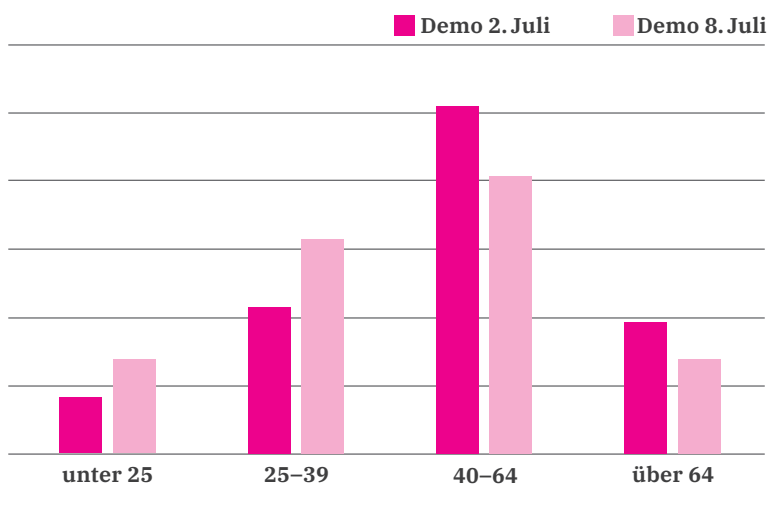



Abbildung: Kein Jugendprotest: Altersstruktur der Demonstrierenden bei „Protestwelle“ (2.7., N1=481) und „Grenzenlose Solidarität statt G20“ (8.7., N2=596)

„Der Verlauf des Aufzugs [„Welcome to Hell“] wird maßgeblichen Einfluss auf den Verlauf der an den Folgetagen stattfindenden Versammlungen haben. Dies ist abhängig vom Vorgehen der Polizei, der Anzahl der Verletzten auf der Seite der Demonstrierenden sowie der Anzahl und Dauer der freiheitsentziehenden Maßnahmen.“

Polizei Hamburg: Lagebeurteilung, G20-Gipfel vom 7. bis 8.7.2017 in Hamburg, S. 25.

 Mehr online unter „Hamburger Gitter“

Ereignisbezogene Informationen erlangt die Polizei durch Überwachung der Protestmobilisierung, Datenbanken inländischer und ausländischer Polizeibehörden und Geheimdienste sowie durch die Zusammenarbeit im Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ), in dem sich der Bund und die Länder über verdächtige Gruppen und Personen austauschen. Dabei gehen auch die militanten Vorfeldaktionen und Aufrufe in die Bewertung ein. In der Lagebeurteilung finden insbesondere militante Aktionen Erwähnung, die die Polizei direkt als Konfliktgegner adressieren. Die Polizei nimmt sich schnell als primäres Angriffsziel des militanten Protests wahr.²¹ Dieser Deutungsrahmen wird die Wahrnehmung auch während der Gipfeltage stark prägen. Fundstücke von Hausdurchsuchungen oder Festnahmen (z. B. Feuerlöscher, Stahlseile) werden unter dem Einfluss der Vorfeldprognose interpretiert und erlangen so ihren Sinn als Angriffswerkzeuge gegen Polizeibeamt*innen. Diese Deutung verdichtet sich letztlich in der Erwartung geplanter und koordinierter Hinterhalte bei den Riots im Schanzenviertel, was den Einsatz der Spezialeinsatzkräfte am 7. Juli begründen wird.

Die Lagebeurteilung ordnet die Protestgruppen vor allem zwei Kategorien zu: Einerseits erwartet man „bürgerlich-linksalternative Gruppierungen“. Sie gelten als friedfertig und als Vertreter*innen eines Protests ‚im Sinne der Polizei‘. Andererseits erwartet man „linksextremistische/autonome Klientel“, deren Beteiligung als Gefahr gesehen wird. Zu den Veranstaltungen, bei denen die Polizei als „linksextremistisch“ deklarierte Teilnehmer*innen erwartet, gehören vor allem die beiden Camps, die „Welcome to Hell“-Demonstration, „G20 entern“ und etwas abgestuft die Großdemonstration „Grenzenlose Solidarität statt G20“. Hier setzt sich die Praxis der Hamburger Polizei fort, ganze Versammlungen nach einem reduktionistischen Ampelschema zu kategorisieren, welche schon 2011 vom Verwaltungs- und Oberverwaltungsgericht Hamburg gerügt wurde.²²

Die „Welcome to Hell“-Demonstration gilt in der Lagebeurteilung der Polizei bereits vorab als Schlüsselereignis, bei dem die Weichen für die kommenden Tage gestellt wurden. Die Camps werden von der Polizei vor allem als Orte für die Koordination militanter Aktionen beschrieben und nicht zuletzt auf polizeiliches Betreiben weitgehend be- und verhindert.

„**Hamburger Linie**“ bezeichnet eine polizeiliche Einsatzphilosophie bei Demonstrationen. Dabei geht die Polizei mit hohem Kräfte- und Ressourceneinsatz vor. Auch kleinen Regelverletzungen wird unverzüglich nachgegangen und die ganze Demonstration wird durch die Polizei gestoppt. In den vergangenen Jahren führte die Konfrontation zwischen Polizei und stadtpolitischen Demonstrationen oftmals zu – im deutschen Kontext – ungewöhnlich heftigen Ausschreitungen. Emblematisch für die „Hamburger Linie“ ist der Wasserwerfer, der besonders häufig und vielseitig eingesetzt wird.

Ein weiterer polizeilicher Aufmerksamkeitsfokus sind die für den Freitag der Protestwoche geplanten Blockadeaktionen, die Aufrufe zu militanten „dezentralen Aktionen“ und das Schanzenviertel. Für das linksalternative Viertel, das in Hamburg seit Jahrzehnten konfliktträchtiges Territorium ist, nimmt die Polizei bereits vorab eine Vermengung von Umstehenden, Feindenden und militanten Protestierenden an. Ausschreitungen und schwere Angriffe auf Polizist*innen gelten in den polizeilichen Prognosen bereits vorab als sicher. Interviewte berichten, dass schon im Vorfeld intern von einer Lebensgefahr für Polizist*innen ausgegangen wurde.

Die ihr zur Verfügung stehenden Wissensquellen bezieht die Polizei hochgradig selektiv in die Beurteilung der Einsatzlage ein. Vorfeldaktionen in Hamburg, die nach ihren eigenen Angaben fast ausschließlich störungsfrei verlaufen sind, spielen im Szenario für den Gipfelprotest keine Rolle mehr. Den von verschiedenen Sicherheitsbehörden in das Schema gefährlich/ungefährlich überführten Informationen über die Proteste wird von der Hamburger Polizei ein größerer Wert beigemessen als direkten Kooperationsgesprächen und Verhandlungen zwischen Einsatzleitung und Anmelder*innen von Versammlungen. Die Quelleninterpretation ist damit stereotypisierend und von einem starken Negativismus geprägt. Die Gefahrenprognose erschließt die Gipfelproteste vor allem über das Thema Gewalt und schafft so einen normativ aufgeladenen Deutungsrahmen für die Öffentlichkeit wie auch für die eingesetzten Beamt*innen.

Gegen die aus Polizeisicht problematischen Gruppen und Proteste wird auf eine Demonstration von Stärke durch hohes Personal- und Technikaufgebot gesetzt, wohl wissend, dass diese starke Polizeipräsenz als Provokation wahrgenommen werden kann.

Im Rahmenbefehl werden die Leitlinien für den zukünftigen Einsatz festgelegt. Die Besondere Aufbauorganisation benennt darin explizit den störungsfreien Ablauf des G20-Gipfels als wichtigstes Einsatzziel und gibt ihm somit Vorrang vor der Durchsetzung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit und dem Schutz der Bevölkerung.²³ Diese bei internationalen Gipfeltreffen und Staatsbesuchen regelmäßig vorzufindende Gewichtung polizeilicher Aufgaben sollte den Verlauf der folgenden Tage maßgeblich prägen.

G20 und Terror

Die Vorbereitungen, insbesondere die zur Sicherung der Unversehrtheit der Staatsgäste, stehen auch im Kontext der Terrorabwehr, womit sich das Bundeskriminalamt (BKA) in einer gesonderten Lageeinschätzung befasst. Besonders der Einsatz (quasi-)militärischer Mittel, wie des Panzerfahrzeugs „Survivor R“ und der Spezialkräfte (SEK und die österreichische Cobra), wird durch die Terrorgefahr legitimiert und entsprechend medial inszeniert. Diese Mittel setzt die Polizeiführung auch mehrfach im Kontext der Proteste ein.

„An einem Fenster der Universität Hamburg haben Wissenschaftler*innen aus Post-Its ein ‚No G20‘-Zeichen angebracht. Eine Woche vor dem Gipfel betreten Polizist*innen, teilweise in Schutzausrüstung, die Büros und wollen von der einzigen zufällig Anwesenden erfahren, wer dafür verantwortlich sei (obwohl sie zugestehen, dass das Zeichen nicht illegal ist). Sie nehmen die persönlichen Daten der verunsicherten studentischen Mitarbeiterin auf. Anscheinend wird später im benachbarten Hotel US-Außenminister Tillerson untergebracht.“

Hamburger Forscherin,
Erinnerungsprotokoll
(12225-DOK)

Polizeiliche Kommunikation mit und über Protest: Diplomatie oder Deutungskampf?

Öffentlichkeitsarbeit ist bei Gipfelprotesten ein zentraler Teil der Polizeiarbeit. In Hamburg sind 41 Beamt*innen in der G20-Pressestelle eingesetzt,²⁴ dazu kommen 34 im Social Media Team.²⁵ Die Entscheidung für eine offensive Öffentlichkeitsarbeit geht auch zulasten der polizeilichen Kapazitäten zur Deeskalation. Geschulte Kommunikationsbeamt*innen versteht die Einsatzleitung in Hamburg nicht als ein taktisches Mittel, um im Konfliktfall bei Protesten zu vermitteln, sondern als Teil der Öffentlichkeitsarbeit. Anstatt in solchen Situationen polizeiliche Maßnahmen zu erklären und Spannungen abzubauen, werden sie vielfach weitab der Proteste eingesetzt, etwa zur Information über Sonderrechtszonen.

Die Polizei legt ihre Medienstrategie darauf an, vor dem Gipfel Stärke und Entschlossenheit zu demonstrieren. Die Ankündigung eines resoluten Einsatzes mit niedriger Einschreitschwelle wird von Protestierenden als (Be-)Drohung verstanden. Die Kommunikation zwischen Polizeiführung und Protest findet vorrangig medial vermittelt statt – mitsamt Missverständnissen, Übertreibungen und wechselseitigen Provokationen.

Die kommunikativen Orte, in denen Probleme und potentielle Konflikte besprochen werden könnten, sind Kooperationsgespräche. Sie wurden vom Bundesverfassungsgericht im Brokdorf-Beschluss von 1985 zu einer behördlichen Verfahrenspflicht erklärt und dienen dazu, Perspektiven auszutauschen und sich abzustimmen. Die Hamburger Einsatzleitung setzt dieses Mittel der Diplomatie zwischen Protest und Polizei lediglich rudimentär ein. Anmelder*innen und einsatzleitende Beamt*innen begegnen sich in keinem Kooperationsgespräch (Leitende*r Beamt*in, Bereitschaftspolizei Hamburg, 32009-INT). Auch die Versammlungsbehörde hält sich mit Informationen weitgehend zurück. Die Gespräche finden teilweise erst spät oder nur aufgrund beharrlichen Insistierens der Anmelder*innen statt.

Die Verzögerung von persönlichen Kontakten führt insbesondere bei den Veranstalter*innen der Versammlungen „Welcome to Hell“ und „Grenzenlose Solidarität statt G20“ bereits vorab zu Unsicherheiten und Spekulationen über die Einschränkung ihres Protestes. Zudem erfahren sie die Aussagen der Polizei in den Medien und die Aussagen der Versammlungsbehörde als widersprüchlich und legen sie zum Teil als Finte aus. So bestärkt die Abwesenheit direkter Kommunikation in diesen Fällen wechselseitiges Misstrauen. Im Gegensatz dazu berichtet ein Veranstalter, der aus Polizeisicht „bürgerlich-linksalternativen Gruppierungen“ zugeordnet wird, von ausgesprochen guten Kooperationsgesprächen. Die Einteilung der Protestgruppen in eine ‚gefährliche‘ und eine ‚ungefährliche‘ Kategorie schlägt sich so schon im Vorfeld unmittelbar in ihrer polizeilichen Behandlung nieder und verstärkt so Konflikte zwischen Polizei und Teilen der Protestierenden.

Die Polizei rüstet sich: Eine Stadt auf dem Weg zum Gipfel

Die Strategie der Stärke baut vor allem auf den Einsatz einer großen Menge von Personal und das Prinzip „überall, wo wir Technik einsetzen können, die auch zum Einsatz [zu] bringen“.²⁶ Dazu gehört insbesondere der umfangreiche Einsatz von Wasserwerfern.

Ein Teil der erwarteten ‚Störer‘ wird präventiv von der Teilnahme am Protest abgehalten. Einige Landespolizeien führen im Vorfeld der Proteste „Gefährderansprachen“ durch und erteilen potentiellen Protestierenden Meldeauflagen in ihren Heimatstädten. Die Bundespolizei erteilt 62 Personen Einreiseverbote. Die Hamburger Polizei spricht 12 Aufenthaltsverbote und 50 präventive Platzverweise aus.²⁷

Die Gipfelvorbereitung ist zu guter Letzt mit raumbezogenen Maßnahmen verbunden. Teile der Hamburger Innenstadt und insbesondere das Messegelände werden durch bauliche Objektschutzmaßnahmen, eine Allgemeinverfügung zur Schaffung von Sonderrechtszonen und Absperungen seit April 2017 in einen für die Polizei funktionalen Einsatzraum²⁹ verwandelt, der dem Hauptziel eines reibungslosen Gipfelablaufs und polizeilichen Einsatzstrategien angepasst wird. Die Einschätzung, angesichts der militanten Vorfeldaktionen selbst primäres Ziel von Angriffen zu sein, materialisiert sich in der Sicherung eigener Gebäude. Die Gefangenen-sammelstelle „Neuland“ mit 400 Plätzen wird eingerichtet, um mit der erwarteten hohen Zahl an Festnahmen umzugehen.

Die Anpassung des Stadtraums an polizeiliche Sicherheitserwägungen erfolgt auch durch die Allgemeinverfügung der Versammlungsbehörde vom 1. Juni 2017, die mit weitgehenden Einschränkung von Freiheits- und Grundrechten der Bürger*innen verbunden ist. Aus Sicht der Protestorganisator*innen handelt es sich insbesondere bei den 38 km² großen Transferkorridoren für die Fahrten der Gipfeldelegationen um eine „demokra-

„[...] dann will ich noch einmal sagen, dass wir es hier mit einem Antragsteller zu tun hatten, mit einer Struktur hinter diesem Camp, die aus unserer Sicht so deutlich sich mit den Gefährdungs- und Risikopotenzialen verbunden hat, die hier dargestellt wurden, ... dass hier eine Möglichkeit zur Kooperation, zur sinnvollen Kooperation nicht gesehen wurde.“

Innensenator Andy Grote im Sonderausschuss zu G20, 8.2.2018

„Und das Dilemma natürlich auch bei solchen Vorfestlegungen durch großflächige Versammlungsverbote und die Campverbote ist, dass man ja eigentlich erst gar nicht in die Kooperation reinkommt, [...]“

Leitender Polizeidirektor a.D. Udo Behrendes im Sonderausschuss zu G20, 5.4.2018



Abbildung: Zu den ‚Sicherheitszonen‘ 1 (pink, ab dem 2. Juli) und 2 (gelb, ab dem 5. Juli) um Messehallen und Elbphilharmonie ist der Zutritt nur den Staatsgästen, ihren Delegationen, akkreditierten Journalist*innen und Anlieger*innen erlaubt

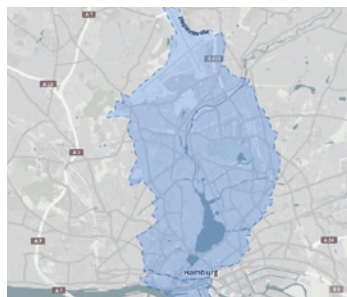


Abbildung: In den Transferkorridoren 1 (7.–8. Juli, 38 km²) und 2 (7. Juli, 16–24 Uhr, 2 km²) für die Staatsgäste sind Demonstrationen vollständig untersagt

Einsatzstärke und Einsatzmittel der Polizei²⁸

Personalstärke (insgesamt über 31.000)

- 23.169 unter Leitung von Hartmut Dudde, davon 16.723 auswärtige Kräfte
- über 5.500 Bundespolizist*innen, unterstützt von 101 Beamt*innen der österreichischen Bundespolizei, 40 Bediensteten der Bundeswehr sowie 17 Mitarbeiter*innen des Technischen Hilfswerks
- 2.541 Beamt*innen des Bundeskriminalamts (BKA), davon von 2.457 der Abteilung Sicherungsgruppe (SG), 23 Mitarbeiter*innen des Polizeilichen Staatsschutzes (ST-BAO G20)
- 115 Polizist*innen aus Österreich (WEGA und Cobra)
- 55 Polizist*innen aus Dänemark, den Niederlanden und Frankreich

Einsatzmittel

- 213 Schutz- und Sprengstoffhunde
- 52 Dienstpferde
- 48 Boote, 2 Seeschiffe, 2 Hafenschlepper
- 48 Wasserwerfer
- 28 Sonderwagen
- 11 Hubschrauber
- 1 Flugzeug
- 10 Bildübertragungsfahrzeuge
- 5 Unimog
- 1 Radlader
- 1 Survivor R
- 400 Meter Absperrketten im Wasser


tiefreie Zone“. Demonstrationen und Kundgebungen sind innerhalb dieses Gebietes, das einen Großteil der Stadt zwischen Elbe im Süden und Flughafen im Norden umfasst, verboten. Die Raumstrategie der Absperrungen und Sonderrechtszonen erzeugt, abgeleitet von der Priorisierung der Einsatzziele, Räume mit unterschiedlichen Graden polizeilicher Kontrolle. Räume umfangreicher Kontrollmöglichkeiten (insbesondere die „Sicherheitszonen“/zonen) stehen Räumen herabgestufter Bedeutung und Kontrolle gegenüber. Diese Raumstrategie wird im Verlauf der Proteste auch zu einer Verdrängung vieler Proteste aus dem zentralen Innenstadtbereich und von der Messe in die westlichen Innenstadtviertel St. Pauli, Altona und Sternschanze beitragen. Die Protestierenden richten ihre Aktionen mitunter dezidiert an der polizeilichen ‚Raumplanung‘ aus. Sie greifen die Sonderrechtszonen symbolisch und provokativ an oder sehen ihre Chancen in der Umgehung der hochgradig kontrollierten Stadtgebiete.

Eingespielte Handlungsmuster. Die Repertoires von Protestierenden und Polizei

Was Polizei und Protestierende während der Hamburger Gipfeltage tun, entwickeln sie nicht spontan. Beide Seiten haben über Jahre ihre Handlungsweisen in mehr oder minder bewussten Lernprozessen aufeinander eingestellt. Sie haben Repertoires von Aktion und Reaktion entwickelt, Handlungsmuster, die beim Aufeinandertreffen variiert und eingeübt werden. Diese Repertoires gehören zu einer Art ‚Allgemeinwissen‘ von Protestgruppen und Einheiten der Bereitschaftspolizei. Das kollektive Wissen sorgt dafür, dass die Beteiligten eine Vorstellung davon haben, worauf sie sich einlassen. Beide Seiten können so oftmals gut einschätzen, wie die jeweils andere Seite auf eigene Aktionen reagieren wird – selbst wenn diese Reaktionen Unverständnis hervorrufen. Daher sind auch Eskalationen und Gewalthandlungen in vielen Fällen kalkulierbar.

Das gilt insbesondere für die Polizei, die als „Organisation mit Gewalttätigkeit“³⁰ mit Mitteln und Rechten der Ausübung unmittelbaren Zwangs ausgestattet ist und den Einsatz von Zwangsmitteln trainiert. Trotz aller wechselseitigen Anpassungen folgen polizeiliche Taktiken und Protestpraktiken im Grunde jedoch sehr unterschiedlichen Motivationen und Logiken. Die Polizei hat die Funktion, gesellschaftliche Ordnung zu wahren. Im Fall des G20-Gipfels bedeutet das vor allem, die Sphäre der internationalen Spitzenpolitik vom Protest auf der Straße zu trennen, dabei das Protestgeschehen zu kontrollieren sowie Bilder von Ausschreitungen zu verhindern. Ihre Praktiken zielen daher im Kern auf die Kontrolle von Situationen, Menschen und ihren Bewegungen. Der Protest hingegen ist Ausdruck von politischem Dissens. Er lebt davon, Alternativen innerhalb oder auch jenseits einer existierenden gesellschaftlichen Ordnung sichtbar zu machen. Die Protestierenden eint also eine politische Grundmotivation. Dieser erste grundlegende Unterschied zwischen Protest und Polizei prägt die verschiedenen Perspektiven auf das Geschehen und daher auch auftretende Konflikte.

Ein zweiter fundamentaler Unterschied liegt in der Organisation von Polizei und Protest. Die Polizei ist eine an rechtlichen Befugnissen und eigenen Dienstvorschriften orientierte, stark hierarchisch aufgebaute Organisation mit relativ klaren Verantwortlichkeiten. Der linke Protest hingegen trifft Entscheidungen meist horizontal in demokratischen Willensbildungsprozessen, an die sich die Teilnehmenden freiwillig halten können oder nicht. Unkonventionalität und Spontaneität spielen eine wichtige Rolle für den Ablauf des Protests. Die Steuerbarkeit durch Weisungen ist beschränkt. Protestpraktiken müssen sich nicht nur gegenüber einer breiteren Öffentlichkeit, sondern auch intern immer wieder als legitim erweisen.

 Mehr Online unter
„Geschichte des Gipfelprotests“

„Ein Wasserwerfer hat
keinen Rückwärtsgang.“

Einsatzleiter Hartmut Dudde,
SPIEGEL, 15.7.2017

Polizeipraktiken: Zwischen „deeskalativer Stärke“³¹ und kontrollierter Eskalation

Für die Polizei sind große Proteste und internationale Gipfeltreffen zwar keine alltägliche, aber durchaus eine wiederkehrende Aufgabe. Entsprechend hat sie Einsatztaktiken entwickelt, um damit umzugehen. Insbesondere demonstrationserfahrene Einheiten benötigen kaum besondere Trainings vor Gipfelprotesten. Für sie ist das „*Protest Policing*“, die polizeiliche Kontrolle von Protest, eine trainierte und routinemäßig wiederkehrende Aufgabe. Diese Routine ermöglicht es, auch in angespannten Situationen „schnell und pragmatisch“ (stellv. Hundertschaftsführer*in, 32014-INT) zu entscheiden. Aber auch erfahrene Einheiten können Situationen falsch einschätzen. Im Folgenden stehen die polizeilichen Praktiken im Vordergrund, die in angespannten Situationen oder bei Auseinandersetzungen angewendet werden.

Bei aller Routine müssen auswärtige Einheiten in die Hamburger Situation eingeführt werden. Deswegen verteilt die Hamburger Polizei ein Einsatzhandbuch und stellt Einheiten aus anderen Bundesländern ortskundige „Scouts“ zur Seite. Gleichwohl bemerken auswärtige Polizist*innen mitunter Unterschiede in den Herangehensweisen oder dass „die Hamburger, [...] die die auch für die Einsatzphilosophie verantwortlich sind, dass die anders ticken [...]“ (Kommunikationsbeamte*r, 32006-INT).

Für die Wahl der Einsatztaktiken ist besonders entscheidend, wie die Polizei ihr Gegenüber bewertet. Für die Hamburger Polizei gilt die Regel, „[...] je mehr Straftaten von einer Versammlung ausgehen, desto dichter gehen wir ran.“ (stellv. Hundertschaftsführer*in, 32014-INT). Zeigen sich aus Sicht der Polizei aggressive Tendenzen in der Versammlung, wird Druck ausgeübt. Dadurch sollen Demonstrierende von Regelverstößen abgeschreckt werden, ohne dass die Polizei direkt in die Versammlung eingreift oder unmittelbar Gewalt ausübt. Der hohe Einsatz von Personal und Technik ist insofern oft als „deeskalative Stärke“ gemeint. Wenn sich Teilnehmer*innen verummern, stoppt die Hamburger Polizei Demonstrationen. Die seitens der Polizei demonstrierte Übermacht führt aber oft zu wechselseitigen Provokationen und Konflikten, die nicht selten in Eskalationen münden.

Besonders der Vorlauf zu den Auseinandersetzungen der „Welcome to Hell“-Demonstration veranschaulicht die taktische Ausrichtung auf Demonstration von Stärke. Vor der Demonstration werden Wasserwerfer und Räumpanzer an Zugangspunkten der als gefährlich eingeschätzten Versammlung platziert und umfangreiche Polizeikräfte im Umfeld zusammengezogen. Auch das SEK operiert bei den Ausschreitungen in der Freitagnacht zum Teil nach der Logik „deeskalativer Stärke“. Das Sondereinsatzkommando baut „langsam und kontinuierlich eine Bedrohungslage auf“, wie es die normalen Hundertschaften nicht könnten – „Damit dann auch alle wissen: Jetzt wird's ernst!“ (SEK-Beamte*in, 32002-INT). Die umfangreiche seitliche Begleitung bestimmter Blöcke bei der Großdemonstration am 8. Juli ist ebenso als Teil dieser Strategie zu verstehen. Neben der symbolischen Funktion starker

„Ich habe dann deutlich gemacht, dass man das nicht verharmlosen sollte, dass wir natürlich, wenn wir einen Aufzug haben, der prägend ist mit Vermummung, mit Straftaten, mit schweren Ordnungswidrigkeiten, diesen Aufzug dann nicht einfach laufen lassen würden.“

Leiter der Bereitschaftspolizei
Ferk, Protokoll Innenausschuss,
19.7.2017, S. 96

Polizeipräsenz kontrollieren solche Einsatztaktiken auch die Bewegungen von Demonstrationen. So bildet ein Spalier verummter und behelmter Bereitschaftspolizist*innen eine Grenze zwischen der „Bildungsstreik“-Demonstration und der „Blauen Zone“ der Transferkorridore, da offenbar angenommen wird, dass die Jugendlichen in diese eindringen wollen.³²

In Hamburg vermischt sich die Demonstration von Stärke mit der Erwartung militanter Aktionen. Viele Beamt*innen tragen Sturmhauben – teils freiwillig, teils auf Anweisung –, um sich vor Brandanschlägen zu schützen. Es wird früh zu den Helmen gegriffen. Deutsche Polizeien setzen Helme meist vor Eingriffen in die Versammlung oder bei unmittelbar erwarteten Auseinandersetzungen auf. Das Aufsetzen kann Konfliktsituationen ankündigen und wirkt daher auf Demonstrierende oft bedrohlich.

Kontrollierte Eskalationen und Eingriffe in Versammlungen zählen zum Grundstock des polizeilichen Umgangs mit Protest. Polizist*innen greifen dabei direkt physisch in Demonstrationen ein. Meist sollen dabei „Störer“ festgesetzt werden. Es gibt dafür zwei wichtige Verfahrensweisen, die für den Verlauf der Proteste in Hamburg entscheidend sind: das gezielte Herausgreifen von Einzelpersonen aus einer Menschenmenge und die Einkesselung mehrerer als Störer definierter Personen durch eine größere Anzahl von Polizist*innen. Aufgrund des situativen Kräfteverhältnisses ist die Polizei für gewöhnlich in der Lage, das Gewaltniveau punktuell und kontrolliert zu erhöhen. Insbesondere für gezielte Festnahmen hat die deutsche Polizei mit den Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten (BFE) speziell geschulte Einsatzkräfte hervorgebracht. Sofern es einsatztaktisch von Vorteil ist, ergreifen Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten Personen nicht unmittelbar im Zusammenhang mit Straftaten, sondern erst dann, wenn sich eine günstige Gelegenheit bietet. Solche Festnahmen sorgen allerdings auf Seiten der Demonstrierenden oft für Empörung, da die Gründe nicht ohne Weiteres erkennbar sind. Hinzu kommt, dass Protestierende das Eintreten von Polizeieinheiten und insbesondere BFE in den grundrechtlich geschützten Versammlungsraum – sei es für Festnahmen oder wenn Polizeigruppen durch Versammlungen laufen – in der Regel als Bedrohung ihrer Rechte und als Provokation empfinden.

Vom Einkesseln oder Festnehmen von Demonstrierenden, bei denen auch die weitere Bewegung der Protestierenden kontrolliert wird, ist das *Räumen und Zerstreuen von Menschenmengen* zu unterscheiden. Wie die ersten beiden Einsatzmaßnahmen ist auch das Zerstreuen durch eine Erhöhung des Gewaltniveaus gekennzeichnet. Ziel ist, „die Lage zu bereinigen“, indem Protestierende dazu gezwungen werden, einen bestimmten Ort zu verlassen (Leiter*in Einsatzabschnitt, 32008-INT). Oft sind entsprechende Situationen durch Bewurf der Einsatzkräfte aus einer größeren Menschenmenge heraus gekennzeichnet, die aber territorial schwer einzugrenzen ist. Darüber hinaus werden auch Sitzblockaden und Menschenansammlungen bei der Räumung gewissermaßen zerstreut.



Polizeikräfte setzen zur „Sprint-Räumung“ bei Protesten vor der Elbphilharmonie an, Landungsbrücken am Freitag-nachmittag

Bei der Räumung eines Ortes werden verschiedene Geschwindigkeiten eingesetzt. Bei der „Welcome to Hell“-Demonstration geht die Polizei zwar mit hohem Zwangsmittleinsatz, aber relativ langsam vor.

Eine Menschenmenge, aus der heraus die Polizei am Freitagnachmittag im Rahmen von Protestaktionen vor der Elbphilharmonie massiv angegriffen wird, zerstreut die Polizei hingegen mit einer „Sprint-Räumung“ (Leiter*in Bereitschaftspolizei, 32009-INT). Das bedeutet ein höheres Tempo und ein hohes Risiko für Beamt*innen und Demonstrierende. Wer sich nicht entfernt, läuft Gefahr zum Ziel polizeilicher Gewaltanwendung zu werden. Bei den Demonstrierenden löst das Heranstürmen der Polizist*innen Gruppen- und Fluchtdynamiken aus. In den umliegenden Parks und Straßen von St. Pauli kommt es nach der Räumung der Protestaktionen vor der Elb-


Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten (BFE)

Durch ihre leichtere Ausrüstung sind BFE flexibler und schneller als normale Polizeihundertschaften. Sie sind speziell dafür geschult, aus großen Menschenmengen einzelne Personen herauszugreifen und ‚beweissicher‘, das heißt auf der Grundlage gerichtsverwertbar dokumentierter Straftaten, festzunehmen. Verdeckte Tatbeobachter*innen in Zivil ergänzen die uniformierten Einheiten. Sie beobachten und verfolgen Verdächtige, um dann in einem günstigen Moment die Festnahme zu ermöglichen.

40%

der Befragten der „Protestwelle“ vom 2. Juli halten Widerstand gegen Polizeigewalt für legitim.

Bei der Großdemonstration am Samstag sind es 56%.

 Mehr online unter „Emotionenkontrolle“

philharmonie immer wieder zu anlasslosen polizeilichen Übergriffen auf Protestierende, aber auch zu schweren Angriffen auf Polizeibeamt*innen. Die Räumung setzt eine Bewegung vieler Protestierender in das Schanzenviertel in Gang, wo es später abermals zu schweren Ausschreitungen kommen wird.

Die Räumungsaktionen und daran geknüpfte Auseinandersetzungen sind kräftezehrend. Extrem lange Bereitschafts- und Einsatzzeiten sowie eine „Dauerbeschallung“ mit Schreckensszenarien über den Einsatzfunk und andere Medien (wie auch der zeitweiser Ausfall der Funkkommunikation (Polizist der WEGA)) sind wichtige Faktoren für den mitunter extremen Erschöpfungszustand vieler Polizist*innen. Es ist anzunehmen, dass die physischen Anstrengungen und die Verschiebung der Maßstäbe für gerechtfertigte Gewalt einen wichtigen Hintergrund für eine hohe Zahl gewaltsamer Übergriffe auf Protestierende darstellen.

Dass Polizist*innen bei solchen Räumungs- und Zerstreutaktiken kaum zwischen als ‚gefährlich‘ und ‚ungefährlich‘ erachteten Gruppen unterscheiden und zielgerichtet vorgehen können, trägt zur Eskalation bei. Umstehende und Journalist*innen werden zum Teil in Mitleidenschaft gezogen. Selten hingegen kommt es bei Räumungen in Hamburg unmittelbar zu Festnahmen.

Einsatzmedien und Medieneinsatz

Die Polizei nutzt Medien nicht nur um ihre Einsatzstrategie zu begleiten und zu legitimieren, sondern auch als Kommunikationsmittel untereinander. Neben der in Funkkreisen organisierten offiziellen Kommunikation, die bereits eine „Dauerbeschallung“ auslöst (Bereitschaftspolizist*in, 32003-INT), beziehen viele Beamt*innen ihr Wissen über die Ereignisse aus sozialen Medien, Online-Nachrichtenportalen sowie internen WhatsApp-Gruppen. Und auch die Aufklärungsabteilung verfolgt die spektakulären Bilder im Live-Stream (Beamt*in Aufklärung, 32012-INT). Meldungen über vermeintlich lebensgefährliche Verletzungen bei Polizeibeamt*innen prägen die Erwartungen und damit auch Angstbilder von Freitagnacht.

Protestrepertoires: Diversität und Veränderung

Auch die Protestierenden greifen auf bekannte und erprobte Handlungsweisen zurück. Protestrepertoires sind beeinflusst von verschiedenen Vorstellungen darüber, was Protest erreichen soll, und wie das Zusammenspiel mit Polizei, professionellen Medien und anderen Akteur*innen gedacht wird. Insofern gibt es eine unmittelbare Verknüpfung mit den zuvor genannten Logiken von Protest. Die Wahl einer bestimmten Aktionsform unterliegt also einer Reihe von Abwägungen zwischen politischer Strategie, Erwartungen an die Polizei und das Publikum des Protests. Auch gruppenspezifische Gewohnheiten und Selbstverständnisse spielen eine wichtige Rolle.

Während des G20-Gipfels steht der intervenierende Protest im Zentrum der Aufmerksamkeit. Das Leitmotiv intervenierenden Protests ist die ‚Störung‘ des Gipfelgeschehens. Diese kann sich auf das Erzeugen starker Bilder des Widerstands, die Besetzung des öffentlichen Raumes, die Behinderung (etwa durch Blockaden) oder auf militante Aktionen gegen das Gipfelgeschehen beziehen.

Die Bündnisse setzen auf eine gewisse Transparenz und Verbindlichkeit ihrer Vorhaben. Sie entwickeln „Aktionsbilder“, in denen sie Absichten, Grenzen und Risiken der jeweiligen Protestformen beschreiben. Sie sind überwiegend nicht aus ihrer eigenen Logik heraus eskalativ. Das Eskalations- und Deeskalationspotenzial ergibt sich vielmehr aus dem Zusammenspiel mit der Polizei und dem Publikum.

In Hamburg werden offene und für alle Seiten kaum kontrollierbare Protestformen in Reaktion auf Einschränkungen der Polizei ein integraler Bestandteil des Protestrepertoires. Das bedeutet ein teilweises Abrücken von versammlungsrechtlich institutionalisierten Formen. Für die Interaktion mit der Polizei und die Möglichkeiten der Selbstorganisation des Protests ist auch zentral, dass dieser sich – im Gegensatz zur hierarchisch organisierten Polizei – deutlich horizontaler und dezentraler organisiert. In der Planung und Umsetzung von Aktionsformen betrachtet der Protest Spontaneität als produktives Element – ganz anders die Polizei, für die Unkalkulierbarkeit vor allem Unsicherheit bedeutet.

„Wir werden eine gemeinsame Demonstration haben. Wir werden gemeinsam losgehen und werden gemeinsam ankommen. Wir werden niemanden zurücklassen.“

Werner Rätz (Attac), 5. Pressekonferenz im Mediencenter
FC/MC, 8.7.2017

Etwa **90%**
der G20-Demonstrant*innen haben sich in den letzten fünf Jahren vor dem G20-Gipfel bereits an Demonstrationen beteiligt.

Insgesamt lassen sich im Repertoire des Protests gegen den G20-Gipfel fünf grundlegende Formate unterscheiden, die in der Dynamik der Ereignisse – teils eingeplante, teils unvorhersehbare – Veränderungen erfahren.

Demonstrationen

Demonstrationen sind niedrigschwellige Formate, die sich in einem festgelegten und kontrollierten Rahmen bewegen. Demonstrationen eskalieren zwar auch in Hamburg, stellen aber von ihrer Anlage her ein beteiligungs-offenes Angebot mit vergleichsweise geringem Risiko dar. Die Ankündigung, gemeinsam ankommen zu wollen, ist ein Signal an die Teilnehmenden, den geplanten Ablauf nicht zu gefährden, wie auch an die Polizei, dass man sich durch Eingriffe in die Demonstration nicht spalten lassen wird. Demonstrationen unterscheiden sich jedoch in Ausdruck und Adressat*innen. Die Bündnisdemonstration „Grenzenlose Solidarität statt G20“ will Kritiker*innen des Treffens in ihrer ganzen Breite versammeln. Andere Veranstaltungen dienen eher dem Zweck, das politische Profil einer bestimmten Strömung sichtbar zu machen und deren politische Handlungsfähigkeit zu zeigen. Wie eine Demonstration letztlich abläuft, ist in hohem Maße vom polizeilichen Gegenüber abhängig.

Während bei der Tanzdemonstration „Lieber tanz‘ ich als G20“ und den Großdemonstrationen am 2. und 8. Juli polizeiliche Eingriffe in die Versammlung weitgehend ausbleiben, gilt dies für andere Veranstaltungen nicht. Die Demonstration des „G20 entern“-Bündnisses am Freitag wird von den Veranstalter*innen vorab abgesagt und nur als stationäre Kundgebung durchgeführt. Das Bündnis begründet diese Entscheidung mit den Erfahrungen auf der „Welcome to Hell“-Demonstration und anderen Polizeiaktionen gegen das erwartete Teilnehmer*innenspektrum. Die Organisator*innen der „Welcome to Hell“-Demonstration selbst orientieren sich in ihren Planungen an den erwarteten polizeilichen Einschränkungen. Sie wollen einem Verbot ihrer Versammlung entgegenwirken und orientieren sich daher bei der Routenwahl an einer von ihnen erwarteten Demonstrationsverbotszone.

Ihr strategisches Ziel, starke Bilder des Widerstands zu produzieren, verfehlt die „Welcome to Hell“-Demonstration auch wegen der nach dem Eindruck vieler Beteiligter missglückten Routenwahl, wie Teile des Vorbereitungskreises nach dem Gipfel mitteilen.³³ Die Demonstration eigener Handlungsfähigkeit sei gescheitert; man habe sich trotz entsprechender Befürchtungen und Vorbereitungen als unfähig erwiesen, Alternativszenarien zu entwickeln.³⁴ Tatsächlich sind es nach der Auflösung der Demonstration Entscheidungen anderer, die Folgedemonstrationen ermöglichen und dadurch auch zur Entspannung der Situation auf St. Pauli beitragen. An anderen Orten kommt es zu Auseinandersetzungen und militanten Aktionen.

Begrenzte Regelverletzungen

Begrenzte Regelverletzungen wie die Blockadeaktionen am Freitag sind ebenfalls beteiligungs offen konzipiert. Sie unterlaufen das Interesse der Polizei, den Raum zu kontrollieren, und bergen damit im Gegensatz zu Demonstrationen ein höheres Konfrontationsrisiko. Sie bringen den Körper im Rahmen von „ungehorsamen Massenaktionen“ als bewegliche Blockade ins Spiel. Indem sie die Grenzen des von der Polizei gesetzten Rahmens bewusst überschreiten und damit den als polizeiliches Einsatzziel priorisierten geordneten Ablauf des Gipfels gefährden, setzen sie die Polizei unter Handlungsdruck.

Der Aktionskonsens der Blockaden ist auf Störung und Provokation, jedoch – im Unterschied zu militanten Aktionen – explizit nicht auf gewaltvolle Konfrontation gerichtet. Gleichwohl wird im „Aktionsbild“ das Recht auf Schutz vor Polizeigewalt reklamiert.

Vor allem die Blockadeaktionen mit Zielrichtung „Rote Zone“ sehen sich in Hamburg einer polizeilichen Sichtweise gegenüber, die Regelverletzungen in Teilen als Angriffe interpretiert beziehungsweise sie in den Kontext militanter Auseinandersetzungen rückt. Aus diesem Missverständnis resultiert eine gesteigerte Härte im Vorgehen gegen Blockierer*innen und die polizeiliche Reaktion trägt zur Entgrenzung des Szenarios bei.

Die Konzentration der Polizei auf die Blockadeversuche in der Hamburger Innenstadt schafft auch Freiräume für andere Aktionen. Die Blockaden im Hafen setzen mit der Perspektive auf die „Logistik des Kapitals“ einen eigenen inhaltlichen Akzent. Ihr Fokus ist nicht mehr vorrangig die „Selbstinszenierung der Macht“ und damit die Infrastruktur des Gipfels, sondern der alltägliche Ablauf des globalen Kapitalismus. Zugleich setzen diese Blockaden auch räumlich einen anderen Akzent, da sie weit entfernt von den konfliktbehafteten Innenstadtbereichen und Sonderrechtszonen angesiedelt sind. Die Blockadeaktionen in Hamburg sind in der Lage, ihre Ziele teilweise zu erreichen. „Shut down the Logistics of Capital“ blockiert den Hafen und „Block G20“ stört an mehreren Stellen das Gipfelgeschehen.

Offene und schwer zu kontrollierende Szenarien

Offene und schwer zu kontrollierende Szenarien sind von Beginn an Teil der strategischen Planungen einzelner Protestgruppen. Der Aufruf zu solchen Szenarien zielt nicht notwendigerweise auf Eskalationen, sondern – wie auch bei begrenzten Regelverletzungen – spekuliert darauf, dass die Polizei durch ihr Reagieren ungewollt Dynamiken erzeugt, die dem Protest nutzen. Das Charakteristische an diesen Protestvarianten ist, dass sie beteiligungs offen sind – auch weil sie Alltagsroutinen in einen politischen Kontext einbinden. Zugleich haben sie eine starke Eigendynamik. Sie treten in Hamburg dann in den Vordergrund, wenn stärker reglementierte Protestformen sich nicht durchsetzen lassen. Denn in den Planungen werden Verbote und polizeiliche Einschränkungen mit den offenen, schwach reglementierten Protestformen

„Unsere Aktionsform sind angekündigte Massenblockaden, die aus Menschen bestehen werden, sowie Materialblockaden. Wir werden dabei der Selbstinszenierung der Macht die Bilder eines kreativen und bunten Widerstands entgegen setzen. ... Von uns wird dabei keine Eskalation ausgehen. ... Wo es nötig wird, werden wir Barrieren überwinden und Polizeiketten durchfließen. Wir werden uns schützen, damit wir nicht geschlagen werden, damit das Reizgas uns nicht die Augen verätzt und das Atmen verunmöglicht. Wir suchen die politische Auseinandersetzung, aber nicht den körperlichen Angriff.“

Aktionsbild von „Block G20 – Colour the red zone“

Knapp **59%** der befragten Teilnehmer*innen der „Protestwelle“ unterstützen Blockaden gegen den G20-Gipfel. Bei der Demonstration „Grenzenlose Solidarität statt G20“ sind es 81,4 %.

Schwarzer Block

Der Begriff „Schwarzer Block“ bezeichnet eine Aktionsform auf Demonstrationen. Teilnehmende haken sich teilweise unter. Sie sind einheitlich in schwarz gekleidet und bilden einen eigenen Block. Dieser ist nach außen, aber auch gegenüber dem Rest der Demonstration optisch und durch Transparente oder manchmal auch Seile physisch abgegrenzt. So werden die Teilnehmenden als kollektive Akteur*innen kenntlich. Eine Reduktion auf Gewalt ist insofern verkürzt, als dass in einem Schwarzen Block nicht notwendigerweise und in erster Linie eine konkrete Gewaltabsicht zum Ausdruck kommt. Die Aktionsform unterstreicht eine grundlegende Unversöhnlichkeit, ‚Widerstandsbereitschaft‘ sowie durch die häufige Positionierung an der Spitze eine Avantgardefunktion. Dazu kommen weitere Funktionen: erstens soll Vermummung vor Identifizierung schützen, zweitens soll der Schwarze Block Zusammenhalt und Entschlossenheit stärken, drittens soll er Aufmerksamkeit generieren und viertens bei polizeilichen Interventionen Schutz bieten. Dies beinhaltet auch Posen, deren Bedrohungspotenzial nicht zwingend realisiert werden muss.

„Es gab eine Situation zum Beispiel beim Cornern, da war ... eine auswärtige Einheit unterwegs, die einfach ein falsches Bild hatte. Die kannten das nicht aus ihrem Bundesland. ... Es befanden sich einfach ein paar Leute im Einmündungsbereich im Schanzenviertel und wir haben denen gesagt, nee das ist keine ... da solltet ihr jetzt an der Ecke nicht weiter vorgehen.“

Stellv. Hundertschaftsführer*in
(32014-INT)

antizipiert und nach Möglichkeit umgangen. Die ‚Planung‘ beschränkt sich vor allem auf die Eröffnung eines Möglichkeitsraumes und beansprucht nicht, das Geschehen zu kontrollieren. Das „Cornern“, die gemeinschaftliche Aneignung des öffentlichen Raumes mit Musik und Getränken, ist eine solche diffus gehaltene Aktionsform, für die zunächst nur ein Aufruf existiert. Es vermag weniger protektorfähige Bevölkerungskreise und insbesondere Anwohner*innen einzubinden. Die Situation am Dienstagabend ist mitunter auch für die Polizei schwer einzuschätzen und zu kontrollieren, was die Eskalation im Aufeinandertreffen mit der Polizei begünstigt.

Derartige unwägbare Szenarien prägen den Verlauf der Proteste in Hamburg immer wieder. Das liegt auch an der polizeilichen Vereitelung stärker verregelter Formen. So wird auf die Verbote beziehungsweise Einschränkungen der Camps mit neuen Aufrufen zum dezentralen Camping reagiert, die den vorher räumlich begrenzten Konflikt ausweiten.

Militante Aktionsformen

Militante Aktionsformen drücken sich bereits im Vorfeld aus in allgemein gehaltenen Aufrufen zu massiven Störungen, in Drohungen sowie in Anschlägen im Rahmen „militanter Kampagnen“. Sie richten sich gegen unterschiedliche Objekte, die in Zusammenhang mit dem G20-Gipfel oder dem globalen Kapitalismus gebracht werden sowie direkt gegen die polizeiliche Infrastruktur. Im Kontext der Protesttage kommt es zu Aktionen dieser Art unter anderem am Freitagmorgen in Altona, als eine schwarz gekleidete Gruppe Autos in Brand setzt und Schaufensterscheiben einschlägt, am Donnerstagabend in Folge der Auflösung der „Welcome to Hell“-Demonstration sowie am Freitagnachmittag und -abend an verschiedenen Stellen im westlichen Innenstadtbereich.

Inwieweit es sich dabei um eine strategisch vorbereitete Militanz handelt, ist jedoch nicht eindeutig zu klären. Denn selbst eine organisiert erscheinende Aktion wie in Altona kann ein Ergebnis kurzfristiger Entscheidungen sein, mit denen auf vorangegangene Ereignisse reagiert und lediglich vorbereitete Optionen aktiviert werden. Zumindest die Ausschreitungen der Freitagnacht im Schanzenviertel lassen sich in ihrer Gesamtdynamik kaum aus strategischen Planungen ableiten.

Insgesamt folgen viele der dezentralen militanten Protestformen dem sogenannten „Out of Control“-Prinzip. Diese Variante militanter Protestformen hat sich ab den 2000er-Jahren entwickelt, als der klassische Schwarze Block auf Demonstrationen aufgrund neuer polizeilicher Kontroll- und Überwachungspraktiken als Protestform immer weniger den Ansprüchen militanter Protestierender entsprach. Die dezentralen Aktionen entziehen sich dabei räumlich der polizeilichen Kontrolle und suchen Orte mit geringerer Kontrolldichte auf. In Hamburg sind die militanten Aktionen in Altona auch vor diesem Hintergrund einer Verdrängung von Protesten aus dem zentralen Innenstadtbereich zu interpretieren.

Camps und Orte des Austauschs

Camps und andere Orte des Austauschs übernehmen als Kommunikations-, Gemeinschafts- und Schlaforte eine zentrale politische und logistische Funktion innerhalb des Protestgeschehens. Gerade bei mehrtägigen Protesten mit zahlreichen Gruppen und Einzelpersonen helfen sie bei der Koordination und dem inhaltlichen Austausch über Protestformen, Ziele und Strategien. Sie eröffnen Räume der demokratischen Selbstorganisation und politischen Willensbildung. Zudem ermöglichen Protestcamps die konkrete Vorbereitung von kollektiven Massenaaktionen des zivilen Ungehorsams wie der Fingertaktik. Camps fungieren als Rückzugsorte für Protestierende. Sie sind auch Orte, an denen temporär Utopien und politische Ideale umgesetzt werden sollen. Oft sind sie zudem auch ein räumliches Element des Protests und zielen durch strategische Raumbesetzung auf die Behinderung des Protestgegenstands, sei es ein Kohletagebau, ein Pipeline-Projekt oder ein Gipfeltreffen.

Fingertaktik

Um an die Blockadepunkte zu kommen, werden im Rahmen von „Block G20: Colour the red zone“ sogenannte Finger gebildet. Protestierende teilen sich in Gruppen, um möglichst unter Umgehung von Polizeiabsperungen an einen Ort zu gelangen. Die Taktik stammt von Aktionen zivilen Ungehorsams gegen Castortransporte und wurde beim G8-Gipfel 2007 ins Repertoire des Gipfelprotestes eingeführt.

7%
Rund
der Demonstrierenden
vom 8. Juli halten Gewalt
für ein legitimes Mittel,
um dem Protest Gehör
zu verschaffen. Am 2. Juli
sind es knapp 3%.

„Wir haben keine
Führung die ausgeschaltet
werden kann, unser
Widerstand hängt nicht
am Kaderverhalten
einzelner Personen.
Wenn du, der/die diesen
Text gerade liest, nicht
aktiv wirst, findet viel-
leicht gar nichts statt. Er-
warte nicht, dass andere
etwas für dich vorbereiten
und du nur noch aufsprin-
gen musst.“

Anarchistischer Aufruf,
April 2017



Umkämpfte Camps: Erste Konflikte um Grundsätzliches

In Hamburg werden die Protestcamps im Volkspark Altona und im Elbpark Entenwerder von Anfang an zu einem zentralen Konfliktfeld. Wie bei anderen großen Gipfeltreffen gibt es auch hier frühzeitig Planungen. Die Polizei macht hingegen deutlich, dass sie keine Camps tolerieren werde. Die Auseinandersetzungen darum werden juristisch, zunehmend aber auch in der Öffentlichkeit ausgetragen. So entsteht schon vor Beginn des Gipfels und der Proteste ein Konflikt um Grundsatzfragen. Die Akteur*innen greifen diese Auseinandersetzung in Symbolen, Reden und Bildern im Folgenden immer wieder auf.

Zunächst verweigern die Behörden eine Anerkennung der Camps als versammlungsrechtlich geschützte politische Veranstaltungen. Gleichzeitig verzögern sie Entscheidungen über eine Sondernutzungsgenehmigung oder lehnen entsprechende Anträge ab. Es folgt eine juristische Auseinandersetzung, über die das Bundesverfassungsgericht am 27. Juni in einem Eilverfahren entscheidet. Die Stadt Hamburg muss die Camps nun als Versammlungen behandeln. Die Interpretation des Gerichtsbeschlusses in Bezug auf Schlaf- und Küchenzelte wird jedoch selbst zum Streitfall.

Am Wochenende vor dem Gipfel beginnt der Aufbau. Am Freitag werden in Altona unter strenger Polizeibewachung Versammlungszelte aufgestellt. In Entenwerder soll das Camp ab Sonntagmittag errichtet werden. Als rund 50 Aktivist*innen dort eintreffen, verwehrt die Polizei den Zutritt zur Wiese. Aus Solidarität kommen im Laufe des Nachmittages weitere Protestierende nach Entenwerder. Aus ihrer Sicht gibt es für die Behinderung durch die Polizei keine Rechtsgrundlage, denn das Verwaltungsgericht hatte am Vortag ein Campverbot der Versammlungsbehörde aufgehoben. Der Anwalt des Camps spricht von einem „Putsch der Hamburger Polizei gegen die Justiz“.

Gegen 18:00 Uhr trifft eine neue schriftliche Verfügung der Versammlungsbehörde ein. Sie gestattet den Aufbau des Camps, verbietet jedoch weiterhin explizit Schlaf- und Versorgungszelte. Trotzdem gibt die Polizei die Wiese erst um 20:30 Uhr frei. Der Aufbau des Camps beginnt. Währenddessen zieht die Polizei umfangreiche Einsatzkräfte zusammen. Stein des Anstoßes sind kleinere Schlafzelte, die Aktivist*innen neben den Versammlungs Zelten errichtet haben. In der einsetzenden Dunkelheit laufen mehrere Hundertschaften auf die Wiese. Protestierende stellen sich Beamten*innen in den Weg. Es kommt zum Einsatz von Zwangsmitteln, unter anderem Pfefferspray. Mehrere Aktivist*innen werden verletzt, eine Person schwer. Die Polizei beschlagnahmt nach Angaben der Camp-Organisator*innen die 12 Schlafzelte. In derselben Nacht schlafen mindestens 50 Menschen in den größeren zugelassenen Versammlungs Zelten, was von der Polizei geduldet wird.

 Mehr online unter
„In letzter Instanz“

„Wir hatten eine positive Entscheidung, die uns das klar erlaubt, da auf das Gelände zu gehen und dann sagt die Polizei ihr dürft aber doch nicht. So, und das geht in einem Rechtsstaat nicht.“

Rechtsanwalt des Antikapitalistischen Camps (42005-INT)

Am Montag setzen die Organisator*innen den Aufbau der Camps in Entenwerder und Altona fort. Dabei bleibt die Lage angespannt. Die Polizei kontrolliert alle Personen, die in die Camps gehen, auf vermeintliches Campingzubehör (Zelte, Essen und Kochutensilien). Sie kontrolliert auch Journalist*innen, die das Camp besuchen; eine NDR-Reporterin muss in Entenwerder zwei Pakete Kekse abgeben.

Aufgrund der Bilder von der Räumung der Schlafzelte in Entenwerder und der umstrittenen Auslegung richterlicher Entscheidungen durch die Polizei solidarisieren sich viele mit den Camps. Nicht nur Protestgruppen unterschiedlicher Spektren nehmen Anteil, sondern auch Hamburger Bürger*innen und die hiesige Zivilgesellschaft. Während der Abschlusskundgebung der Demonstration „Protestwelle“ am Abend des 2. Juli errichten Demonstrierende kleine Zelte vor dem Hamburger Rathaus, um symbolisch gegen den Umgang mit den Camps zu protestieren. Die Polizei räumt und konfisziert die Zelte sofort. Berichte über die Ereignisse in Entenwerder und Altona dominieren am Montag und Dienstag die Pressebeichterstattung über den anstehenden Gipfel. Am 4. Juli kocht der Fernsehkoch Ole Plogstedt bei einem von Attac organisierten „Sleep In“ und unterläuft damit das von der Polizei verhängte Kochverbot im Camp Altona vor laufenden Kameras. In sozialen Medien wird unter #yeswecamp breit für die Unterstützung der Kampierenden geworben. Die Polizei steht in der Kritik; auch Medien, die dem Protest nicht nahe stehen, betrachten sie als Konfliktpartei, die die Lage eskaliert.

Im Laufe der Woche treffen die Protestierenden in Entenwerder und in Altona gegensätzliche Entscheidungen. In Altona geht der Aufbau mit Einschränkungen weiter und nach der vorerst letzten Gerichtsentscheidung des Oberwaltungsgerichts am 5. Juli werden 300 Schlafzelte explizit erlaubt. In Entenwerder geben die Beteiligten das Camp am 4. Juli unter Verweis auf die „inakzeptablen polizeilichen Schikanen“ auf und rufen zu Besetzungen in der ganzen Stadt auf.

Angesichts des Konfliktes um die Camps organisiert die Initiative „Schlaflos in Hamburg“ bereits seit Sonntag via Twitter und mit einem improvisierten Telefondienst Schlafplätze in Privatunterkünften. Viele Hamburger*innen und Institutionen in der Stadt (zum Beispiel der FC St. Pauli und das Schauspielhaus) bieten Schlafräume. Protestierende besetzen Kirchenareale für Alternativcamps. Die Kirchen dulden, dass Protestierende ihre Flächen nutzen – wie im Falle der Johanniskirche, der St.-Pauli-Kirche und der Trinitatiskirche.

Zusammen mit dem harten polizeilichen Vorgehen gegen das „Hedonistische Massencorner“ am Abend des 4. Juli lösen die Auseinandersetzungen um die Camps die ersten eskalativen Dynamiken der Protestwoche aus. Sie etablieren eine zusätzliche Konfliktebene neben dem Konflikt um

„[...] also ich bin in Genua gewesen, ich bin in Heiligendamm gewesen, also ich weiß was so ein Staatsapparat einfach ausführen kann. [...] Ich war mir aber dessen nicht bewusst, dass es so zu Beginn, bevor überhaupt irgendwas passiert ist, schon so krasse Aktionen geben kann.“

Campaktivist (02004-INT)

„Die [Polizeikräfte] haben vorher auch nicht das gesamte Essen auf das Gelände gelassen, [...] die Leute durften rein und raus, aber kein Essen. Dann sind ein paar einzelne Leute zum Essen hin und haben einzelne Kartoffeln über die Polizeiketten geworfen.“

Aktivistin Camp Altona (00014-INT)

„Die Verweigerung von Übernachtungscamps ist geeignet, in einer ohnehin angespannten Situation zusätzlich zu eskalieren.“

Brief der Probste des ev.
Kirchenkreises Hamburg-Ost,
4.7.2017

G20. Zwei Themen, die mit der Auseinandersetzung um die Camps verbunden sind, ziehen zusätzliche Akteur*innen in das Geschehen hinein: 1) die Auseinandersetzung um das Recht auf die Nutzung des städtischen Raums (Recht auf Stadt) und 2) die grundrechtliche Auseinandersetzung um die Rahmenbedingungen politischen Handelns (Recht auf Protest). Die Hamburger Polizei wird dadurch für einen wachsenden Teil der Protestierenden und für Beobachter*innen zur Konfliktpartei.

Ihr steht ein breites Lager aus angereisten Protestierenden, Hamburger*innen und einem Teil der liberalen Stadtöffentlichkeit gegenüber, die gegen die Polizeistrategie protestieren. Den Ruf „Ganz Hamburg hasst die Polizei!“ hört man im Laufe der Auseinandersetzungen immer häufiger. Gleichzeitig verschieben sich die Räume des Protests. Durch die Auflösung des Camps in Entenwerder sind die meisten Protestierenden nun in kleineren Camps in den Bezirken St. Pauli und Altona sowie im Schanzenviertel untergebracht.

Situationsanalysen. Mikroskopische Untersuchung von Schlüsselereignissen

Der Konflikt um die beiden Protestcamps prägt das Geschehen in Hamburg zu Beginn der Gipfelwoche. Er wird in den kommenden Tagen wiederholt aufgegriffen. Gleichwohl hat jede der weiteren Begegnung ihre eigene situative Dynamik. Selbst wenn die Zeichen augenscheinlich auf Konfrontation stehen, hängt es maßgeblich von der spezifischen Konstellation der Beteiligten (unter anderem ihren Kräfteverhältnissen) und von räumlichen Gegebenheiten sowie von der Emotionalität und dem zeitlichen Ablauf konkreter Interaktionen ab, ob und in welchem Ausmaß Gewalt stattfindet.

Im Folgenden analysieren wir drei besonders prägnante Gewaltereignisse: (1) die gewaltsame Auflösung der Demonstration „Welcome to Hell“ am Donnerstag, (2) die „Blockadefinger“ am Freitagmorgen und (3) die Ausschreitungen am Freitagabend im Schanzenviertel. Die Untersuchungen basieren auf sequenziellen Ereignisrekonstruktionen (SeqER) – einer minutiösen Rekonstruktion des Geschehens auf Grundlage von Bild- und Videomaterial, unterschiedlichsten Dokumenten und Berichten, und Gesprächen mit Beteiligten. Ihr Augenmerk richtet sich auf situative Interaktions- und Eskalationsmuster, aber auch darauf, wie bestimmte Situationen im Kontext des breiteren Protestgeschehens entstehen.

Die „Welcome to Hell“-Demonstration als selbsterfüllende Prophezeiung

Der Donnerstag (6.7.2017) steht im Zeichen der „Welcome to Hell“-Demonstration (im Folgenden „W2H“). Sie beginnt mit einer straßenfestähnlichen Auftaktkundgebung auf dem Fischmarkt. Es herrscht eine gelöste Stimmung. Die Konfrontationen der Vortage haben die Anwesenden nicht davon abgehalten, sich aktiv oder als Publikum an der Demonstration zu beteiligen. Die große Zahl von Zuschauenden zeigt an, dass der Verlauf mit Spannung erwartet wird. Die Erfahrungen der bisherigen Interaktionen zwischen Polizist*innen und Protestierenden sind gleichwohl präsent. Redner*innen auf der Kundgebungsbühne und – im weiteren Verlauf – Sprecher*innen auf den Lautsprecherwagen der Versammlung bringen die Behinderung der Camps und die Geschehnisse rund um das „Cornern“ immer wieder in Erinnerung. An den Zugängen zum Versammlungsort stehen je zwei Wasserwerfer und ein Räumpanzer. Einsatz- und Versammlungsleitung besprechen sich um 16:00 Uhr und erneut gegen 18:30 Uhr. Der Einsatzleiter macht deutlich, dass beim Umgang mit verummten Personen die übliche (Hamburger) Linie gilt. Er geht jedoch nicht darauf ein, welche Kopfbekleidungen er und seine Kolleg*innen tatsächlich als Vermummung werten. Die Versammlungsleitung aus dem Umfeld der „Roten Flora“ teilt mit, dass sie die Demonstration vor den Hafenstraßenhäusern aufstellen möchte. Während sich der Demonstrationzug nun langsam zu formieren beginnt, kommuniziert die Polizei intern, dass ein Schwarzer Block aus der Mitte des Aufzugs eine Eskalation plane. Es ist 18:40 Uhr.

Der erste von insgesamt vier Lautsprecherwagen passiert gegen 18:55 Uhr das Flutschutztor in Richtung Hafenstraße. Die Polizei schätzt die Menge auf 12.000 Personen. Vor und zwischen den Wagen sammeln sich schwarz gekleidete Personen, die polizeiliche Aufklärung meldet starke Vermummung. Der Zug soll angehalten werden. Polizeihundertschaften positionieren sich auf Höhe der „Park Fiction“-Brücke. Alle Polizeikräfte am Versammlungsort beginnen damit, ihre Helme aufzusetzen.

Warten

Kurz nach 19:00 Uhr stoppt die Polizei den sich formierenden Zug, der nun zwischen der Flutschutzmauer, welche die Hafenstraße zur Elbe hin begrenzt, und häuslicher Bebauung steht. Auf Höhe des „Park Fiction“ entsteht ein Korridor zwischen Polizei und Demonstrierenden, auf dem sich vor allem Journalist*innen, Fotograf*innen und andere Demonstrationsbeobachter*innen bewegen. Die Personen in den vorderen Reihen sind schwarz gekleidet, sie halten ein Transparent mit dem Demonstrationsmotto. Der Einsatzleiter teilt mit, dass die Demonstration nur dann losgehen könne, wenn die Vermummung abgenommen wird. Die Rede ist von 1.000 verummten Personen in zwei Blöcken. Mindestens vier verummte Personen gehören der Polizei an.³⁷

„Es ist 19:30 Uhr und die Demo steht immer noch. Ich habe den Eindruck, dass der Zwischenraum einen wichtigen Puffer-effekt hat. So bleibt eine direkte Konfrontation der Polizei mit der Demo vorerst aus. Mir fällt ein CS-Gastank bei einem Beamten auf. Die Atmosphäre wird angespannter. Einzelne Journalisten verlassen den Zwischenraum und klettern die Wand der [Flutschutz-mauer] hoch.“

Beobachtungsprotokoll
(32015-FP)

Es entwickelt sich eine Situation mit sechs synchronen Handlungssträngen. Erstens schließen sich weitere Menschen der Demonstration an. Zweitens sammeln sich viele Personen auf der Flutschutzmauer, die den Aufstellungsort zur Elbe hin begrenzt. Drittens gruppieren sich die Polizeikräfte um. Gegen 19:05 Uhr fahren Wasserwerfer von vorne auf den Zug zu. Eine Polizeihundertschaft setzt sich vom Elbufer in Richtung „Park Fiction“-Brücke in Bewegung. Viertens besprechen sich Einsatz- und Versammlungsleitung. Die Versammlungsleitung wertet die Gespräche als Verhandlung, die Einsatzleitung dagegen als Kooperation, bei der sie vorschreibt, wie sich die Demonstrierenden zu verhalten haben. Fünftens spricht die Versammlungsleitung die verummten Personen im vorderen Teil des Zugs persönlich an, sich anders zu kleiden. Die Polizei sagt durch, dass die Vermummung abzulegen sei. Viele Personen entmummen sich, was die Polizei anerkennt und öffentlich kommuniziert. Sechstens beraten die Polizeiverantwortlichen ab 19:13 Uhr, wie sie die schwarz gekleideten Blöcke von den übrigen Teilnehmenden abtrennen können. Aufklärungseinheiten berichten, dass Latten in die Demonstration gereicht werden.

Gegen 19:30 Uhr entscheidet die Polizei intern, die schwarz gekleideten Blöcke zu separieren, die aus ihrer Sicht zu diesem Zeitpunkt aus insgesamt 1.500 Personen bestehen. Während ein großer Teil der insgesamt 12.000 Teilnehmer*innen einen Demonstrationzug gebildet hat und wartet, bewegt sich eine Polizeieinheit aus Berlin in Richtung Zugmitte. Der Einsatzleiter weist darauf hin, dass sich hier weiterhin vermummte Personen befinden. Einer der Versammlungsleiter geht los, um die betreffenden Demonstrierenden anzusprechen.



Legende:

- Menschenansammlung
- Konfrontation
- Polizeigruppen
- Wasserwerfer
- ⊠ Lautsprecherwagen

Abbildung: Situation bei „Welcome to Hell“, 6.7.2017, 19:47 Uhr

Es ist im Nachhinein umstritten, wer in der Konfrontationssituation auf der Straße St. Pauli Fischmarkt als erstes die Gegenseite attackiert. Warum laufen die Polizist*innen um 19:47 Uhr in den Demonstrationszug hinein? Polizeiintern melden die seitlich postierten Polizist*innen kurz zuvor, dass sie von Teilnehmenden angegangen werden. Reporter*innen vor Ort berichten dagegen nahezu in Echtzeit, dass von den Demonstrant*innen zunächst keine Gewalt ausgegangen sei (ndr.de, 6.7.2018).

Eskalation

Dann kommt Bewegung in die Situation. Eine Polizeihundertschaft geht hinter dem dritten Lautsprecherwagen durch den Zug. Indem sie eine Kette aus drei bis vier Reihen bildet, schneidet sie den vorderen Demonstrationsteil von den übrigen Teilnehmenden ab, die noch aus Richtung Fischmarkt nachkommen. Die Umstehenden reagieren lautstark, greifen die Polizeikräfte aber nicht physisch an. Wenige Sekunden später laufen etwa zehn bis zwölf Polizist*innen einer Berliner Einheit auf einen Block von Demonstrierenden zu, der vor dem dritten Lautsprecherwagen steht und Teil der eingeschlossenen vorderen Blöcke ist. Ein Demonstrant sprüht ihnen mit einem Feuerlöscher entgegen. Weitere Polizist*innen folgen, gemeinsam drängen sie die Demonstrierenden, die sich in der Nähe des Wagens aufhalten, in Richtung Flutschutzmauer, schlagen dabei auch auf sie ein. Es ist 19:47 Uhr.

An der Spitze des Zuges stehen in diesem Moment Einsatz- und Versammlungsleitung zusammen. Ein Polizist meldet, dass Kolleg*innen angegriffen werden. Der Einsatzleiter erkundigt sich per Funk über die Lage. Augenzeugen haben den Eindruck, dass er von den Vorgängen überrascht ist. Ebenso überrascht ist der Versammlungsleiter, dem es nicht mehr gelingt, die verummumten Personen zu erreichen. Er kehrt direkt zur Einsatzleitung zurück, ein Gespräch kommt jedoch nicht mehr zustande.

Kurz nachdem die ersten Berliner Polizist*innen in den Demonstrationszug laufen, fangen Demonstrierende an, die Flutschutzmauer hochzuklettern. Rund um den zweiten Lautsprecherwagen gehen weitere Polizeikräfte in die Menge. Sie drängen die Teilnehmenden zusammen. Personen auf und hinter der Flutschutzmauer, vereinzelt auch aus dem Zug, werfen Gegenstände, darunter einige explodierende Böller. Glas klirrt, Menschen schreien, an manchen Stellen ist der Lärm ohrenbetäubend. Gleichzeitig entsteht ein Raum, in dem sich die Polizist*innen neu formieren und danach in zwei Wellen auf die zurückweichenden Demonstrierenden zulaufen, sie bedrängen, teilweise auf sie einschlagen.

Während viele Demonstrierende über die Flutschutzmauer fliehen und Gegenstände fliegen, bleibt die Spitze des Zuges stehen. Um 19:50 Uhr läuft zunächst eine Hundertschaft auf sie zu und stoppt direkt vor ihnen ab. Weitere Einsatzkräfte laufen vorbei und sammeln sich auf Höhe des



Protestierende flüchten vor der Auflösung ihrer Demonstration durch die Polizei auf die Flutschutzmauer, Hafenstraße am Donnerstagabend

„Keine Ahnung, wo die Leute hinsoll'n.“

Lautsprecheransage aus dem Demonstrationszug, Abendblatt.tv



Polizist*innen kreisen den ersten Block der Demonstration ein, bevor sie ihn auflösen, Hafenstraße am Donnerstagabend

ersten Lautsprecherwagens. Zwei Polizist*innen lösen sich aus der Menge, attackieren einige Demonstrierende mit Schlägen und Pfefferspray und ziehen sich wieder zurück. Wasserwerfer fahren zur Spitze des Zuges vor, eine Lautsprecherdurchsage kündigt gegen den Lärm die Räumung an. Ein leitender Polizist gibt den Beamt*innen vorne ein Handzeichen. Die Demonstrierenden weichen leicht zurück, als die Polizeikräfte nun langsam auf sie zugehen und unter Einsatz von Pfefferspray und Faustschlägen in Richtung Flutschutzmauer drängen. Die Wasserwerfer fahren vor und sprühen auf Personen auf der Flutschutzmauer. In gemäßigtem Tempo räumt die Polizei nun die Straße, wobei sich immer wieder Personen passiv oder aktiv widersetzen. Auf der Flutschutzmauer und rund um den Fischmarkt ist das Tempo ein anderes. Kleinere Polizeieinheiten verfolgen minutenlang vor allem schwarz gekleidete Personen. Auch aus Richtung der Fischauktionshalle gehen Wasserwerfer gegen Personen auf dem Platz vor. Der Polizeieinsatz scheint sich hier vor allem auf eine Zerstreuung der Menschenmenge zu richten. Augenzeugen berichten rückblickend von chaotischen und panikartigen Zuständen. Ein*e protestverfahren*e Fotograf*in und zwei langjährig aktive Demonstrierende schildern unabhängig voneinander, dass sie ein solches Maß an polizeilicher Gewalt und Panik in der Interaktion zwischen Polizist*innen und Demonstrierenden bis dato noch nicht kannten.

Selbsterfüllende Prophezeiung

Die gewaltsame Eskalation der Versammlung ist das Resultat einer „selbsterfüllenden Prophezeiung“³⁸. Am Anfang steht die Prophezeiung kommenden Ereignisse, die eine kritische Masse der involvierten Personen für wahr hält. Im Fall von W2H handelt es sich um die Vorhersage, dass es während der Versammlung zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kommen wird. Die Polizei rechnet in ihrer Gefahrenprognose damit, dass die Personen, die an W2H teilnehmen, mehrheitlich gewaltbereit sind. Sie bewertet die Veranstaltung im Vorfeld als Schlüsselereignis, das die kommenden Tage prägen wird. Organisierte Demonstrierende wiederum deuten vor allem die fehlenden behördlichen Auflagen für W2H als ein Zeichen dafür, dass die Demonstration gar nicht erst loslaufen darf oder die Polizei sie mit Zwang stoppen wird. Der „Anwaltliche Notdienst zum G20-Gipfel“ fordert die Polizei per Presseerklärung zur Zurückhaltung auf. Die Hamburger Morgenpost schlägt dagegen einen anderen Ton an. Als Event „für Krawallmacher“ kündigt sie W2H am 4. Juli in ihrem steckbriefartigen „Protestnavigator“ an.³⁹ Die W2H zieht schließlich auch Personengruppen aus umliegenden Stadtteilen an, die mit den Protestierenden sympathisieren, auch wenn sie nicht zwingend oder explizit deren politische Ziele teilen. Einige suchen die Konfrontation mit der Polizei um der Konfrontation willen (Protestierende, 00001-INT).

„Es ist tatsächlich so, dass ich den Hamburgerinnen und Hamburgern empfehlen würde, an der Versammlung heute Abend natürlich nicht teilzunehmen, denn die wird mit allergrößter Wahrscheinlichkeit einen gewalttätigen Verlauf nehmen.“

Andy Grote, Innensenator
der Stadt Hamburg, welt.de,
6.7.2018

Das zweite Element selbsterfüllender Prophezeiungen besteht darin, dass die Beteiligten die Situation, in der sich die Prophezeiung schließlich erfüllt, in wechselseitiger Reaktion aufeinander herbeiführen – indem sie ihr Handeln an den (Gewalt-)Erwartungen ausrichten, als wäre der Verlauf eine mit Sicherheit eintretende Tatsache. So ist die Polizei infolge ihrer Gefahrenprognose mit einem Großaufgebot vor Ort. Dadurch wiederum sehen viele Teilnehmende ihre Erwartung bestätigt, als sie nachmittags am Fischmarkt eintreffen. Es werde „auf’s Maul geben“, schildert ein Demonstrant aus dem vorderen Block die Stimmung (00008-INT). Beide Seiten sind hochsensibel für das Handeln der jeweils anderen Partei. Nahezu jede Aktivität der Gegenüber deuten sie als Bestätigung ihrer Prophezeiung. Die Polizei hat ein rigides Verständnis von Vermummung. Die Demonstrierenden reagieren wiederum empfindlich darauf, wenn Polizist*innen ihrer Meinung nach zu nah an den Zug herantreten.

Das dritte Element ist, dass die Beteiligten schließlich kaum noch die Möglichkeit sehen, sich nicht gemäß der als schicksalhaft empfundenen Prophezeiung zu verhalten. Im Fall von W2H ist dieser „point of no return“ gegen 19:00 Uhr erreicht. Die Polizei hat sich durch ihr Aufgebot in eine Situation gebracht, in der sie tatsächlich Stärke zeigen muss, will sie ihr Gesicht wahren. Zusätzlich verknappt sie den Platz durch weit vorgerückte Polizist*innen und Wasserwerfer. Sie versperrt den Demonstrierenden damit symbolträchtige Bilder vor den Hafenstraßenhäusern und hebt Schritt für Schritt die Möglichkeit auf, die Demonstration an einer Stelle zu beenden, an der alle Beteiligten zumindest symbolische Teilerfolge hätten vorweisen können. Die Polizei hätte ihre Linie durchgehalten, die Demonstrierenden politisch wertvolle Bilder erzielt. Stattdessen entsteht ein Territorium, auf dem die Polizei nur noch die Option sieht, die schwarz gekleideten Blöcke vom Rest der Versammlung zu trennen. Diese machen gleichsam keine Anstalten, den Ort zu verlassen. Der Vorschlag von Seiten der Versammlungsleitung, nach vorne etwas mehr Raum zu geben, wird sofort verworfen. Infolge von Enge, Dauer des Stopps und wechselseitiger Sensibilität für Provokationen entwickelt sich ein Spannungsniveau, das die Eskalation begünstigt. Die jüngere Gewaltforschung zeigt, dass kleine, oftmals belanglose Gesten, Blicke oder Äußerungen dazu führen können, dass Beteiligte ihre Anspannung mit Angriffen gegen diejenigen bearbeiten, von denen sie sich provoziert fühlen.⁴⁰ Die Berliner Polizist*innen, die um 19:47 Uhr in die Demonstration vordringen, während die vorderen Teile der Demonstration bereits separiert sind, erinnern ebenso an dieses Muster, wie die Personen, die kurz darauf Gegenstände auf die Einsatzkräfte werfen.

„Viele hatten das Gefühl, dass da auch jemand von uns hätte liegen bleiben können. ... Bei dem Einsatz hatten viele von uns das Gefühl, es gibt keine Grenzen mehr.“

Demonstrant*in aus Spitze der Demonstration im Interview (24008-INT)

„Naja, ich hab’ schon viele Demos in meinem Leben begleitet. Und ich habe noch nie irgend-etwas in dieser Richtung gesehen, was dieser Panik entsprach.“

Fotograf*in im Interview (00007-INT)

Vier bunte Finger und ein „schwarzer“

Am Freitagmorgen beginnen unter dem Titel „Block G20 – Colour the Red Zone“ Protestaktionen, die darauf abzielen, den Gipfelablauf mithilfe von Sitzblockaden auf den Transferwegen der Delegationen zu stören. Dafür teilen sich die Protestierenden in verschiedenfarbige Blockadefinger auf (rot, grün, lila, blau), die sich von unterschiedlichen Treffpunkten aus in Richtung des Transferkorridors in der Innenstadt bewegen. Um kurz nach 6:00 Uhr starten am Volksparkstadion der blaue und der grüne Finger. Der rote Finger trifft sich um 7:00 Uhr am Berliner Tor, der lilafarbige Finger zur gleichen Zeit an den Landungsbrücken.

Die Auflösung der W2H am Vorabend hat bei vielen Protestierenden einen bleibenden Eindruck hinterlassen. Einige Teilnehmende der Blockadeaktionen haben Angst vor möglichen Konfrontationen mit der Polizei und davor, von ihr verletzt zu werden. Sie gehen mit einem unguuten Gefühl in die Aktionen des Freitagmorgens. Im Zuge der Protestaktionen beziehen sich Teilnehmer*innen mehrfach auf die Ereignisse des Vortages. „Könnt ruhig den Helm abnehmen [...], dann entstehen auch nicht so hässliche Szenen wie gestern Abend oder bei unserm Camp“⁴¹, ruft eine Person aus einer Sitzblockade den Polizist*innen per Megafon zu.

Auch wenn manche Protestierende bereits am Donnerstag an der Demonstration beteiligt waren und teilweise die gleichen Polizeieinheiten im Einsatz sind, sind die Blockadeaktionen jedoch keine Fortsetzung der am Vortag aufgelösten Versammlung. Es handelt sich um Konfrontationssituationen mit eigenem Charakter. Während W2H offiziell angemeldet ist, sind die Blockadeaktionen zwar angekündigt, aber nicht versammlungsrechtlich angemeldet. Hinzu kommt, dass sowohl Demonstrierende als auch Polizei ein geringeres Eskalationspotential prognostizieren als für W2H. Gemäß ihres zuvor verabredeten Aktionskonsenses wenden die Demonstrierenden keine Gewalt gegen Personen an, schützen sich aber mit selbstgebauten Plastikvisieren, Schaumstoffmatten und aufblasbaren Gummitiesen vor den Schlagstöcken und dem Pfefferspray der Polizei.

Der „schwarze Finger“ am Rondenbarg

Zusätzlich zu den farbigen Fingern verlässt um ca. 6:00 Uhr eine weitere Gruppe mit etwa 200 Personen das Camp am Volksparkstadion. Die Polizei identifiziert die Gruppe, von denen viele verumumt seien, als „schwarzen Block“. Sie bewertet die Gruppe als gewaltbereit und ruft um 6:16 Uhr eine Hundertschaft zum Volksparkstadion, um sie zu „überprüfen“.⁴² Im vorderen Teil des Demonstrationzugs dominiert die Farbe schwarz. In der Mitte und im hinteren Teil tragen die Demonstrierenden teilweise bunte Kleidung, sie rufen antikapitalistische Parolen und verkünden über ein Megafon, dass die Staats- und Regierungschefs die Gegner*innen sind und nicht die Polizei. Die Demonstrierenden folgen allerdings nicht geschlossen dem Aktionskonsens des Bündnisses „Block G20 – Colour the red Zone“, der Angriffe

„Wir sind nicht hier,
um gegen die Polizei
Gewalt anzuwenden.“

Demonstrant, ndr.de, 28.11.2017

auf die Polizei ausschließt. Einige Demonstrierende der Gruppe zerstören die Scheiben einer Bushaltestelle, sprühen „NoG20“ auf die Fahrbahn oder ziehen Material einer Baustelle auf die Straße. Andere versuchen, sie davon abzuhalten, und missbilligen die Aktionen via Megafon.

Die Wagenkolonne der alarmierten Hundertschaft trifft um 6:27 Uhr an der Kreuzung Schnackenburgallee/Rondenbarg auf den Protestzug. Die Demonstrierenden laufen in den Rondenbarg, passieren eine Kurve und sehen vor sich weitere Einsatzfahrzeuge. Sie bewegen sich auf die Fahrzeuge zu, während die Polizist*innen aus ihren Fahrzeugen steigen. Ein Demonstrant wirft ein rotes Rauchelement zwischen Polizist*innen und die erste Reihe der Protestierende. Sie bleiben stehen. Einer von ihnen wirft einen Stein, ein Böller explodiert zwischen Protestzug und Polizist*innen. Die vordere Reihe des Zuges geht rückwärts, weg von den Polizist*innen. Es kommt zu fünf weiteren Steinwürfen.

Nachdem ein Polizist eine Winkbewegung macht, gehen die Polizist*innen die ersten Schritte auf die Demonstrierenden zu, die sich immer noch rückwärts bewegen. Die Polizist*innen sind über die gesamte Fahrbahn und beide Bürgersteige verteilt. Über den Funk ruft einer von ihnen: „Hin da!“ Sie rennen nun schreiend auf die Demonstrierenden zu, die mittlerweile durcheinanderlaufen. Ein Böller explodiert und weitere Gegenstände werden auf die Polizist*innen geworfen.

Während die Polizist*innen auf die Demonstrierenden zulaufen, flüchten einige einen Hang hinauf oder klettern über ein Geländer, das an einen tiefer gelegenen Parkplatz grenzt. Der Weg zurück ist durch Einsatzfahrzeuge versperrt. Die Polizist*innen treffen auf die Demonstrierenden und es kommt zu tumultartigen Szenen, in denen die Polizist*innen auf die weglaufenden Demonstrierenden einschlagen, nach ihnen treten und sie zu Boden werfen, wobei es zu Verletzungen kommt. Gleichzeitig besprüht sie ein Wasserwerfer. Auf dem Geländer befinden sich ungefähr 20 Demonstrierende. Es bricht aus der Verankerung und fällt mit ihnen auf den ca. drei Meter tiefer gelegenen Parkplatz. Dadurch werden Demonstrierende zum Teil schwer verletzt. Es kommt zu 53 Festnahmen. Die Polizei stellt zudem 41 schwarze Sturmhauben, 38 Steine, drei Stahlseile, zwei Hämmer, einen Feuerlöscher und eine Zwillie sicher.

Der rote Finger

Die Demonstrierenden des roten Fingers treffen bis 7:00 Uhr aus verschiedenen Richtungen am Berliner Tor ein, wo Polizist*innen sie umringen. Die Stimmung ist entspannt. Wenig später entfernen sich die Polizist*innen und fahren mit ihren Einsatzfahrzeugen in Richtung Innenstadt. Ein Demonstrant teilt per Megafon mit, dass im vorderen Teil des Zuges Menschen mit Fahnen vorangehen, die ortskundig sind und denen zu folgen ist. Um kurz nach 7:00 Uhr gehen sie los. Auf der großen Kreuzung Wallstraße/Lübecker Straße treffen Polizist*innen und die mehreren Hundert

„Die schwarz verummte Gruppe zeigte ein Verhalten, das als unfriedlich bezeichnet werden muss.“

Ralf Martin Meyer, Polizeipräsident Hamburg, welt.de, 8.8.2017

„Die Frage ist halt wie man Gewaltfreiheit definiert. [...] Es gab quasi keinen Plan [...], Gewalt gegen die Polizei einzusetzen.“

Demonstrant aus der schwarzen Gruppe am Rondenbarg, daserste.de



Legende:
 ● Demonstrationszug
 ● Konfrontation
 ■ Polizeigruppen
 ■ Wasserwerfer

Abbildung: Situation am Rondenbarg, 7.7.2017, 6:28 Uhr

„Wir sind jetzt auf
der Protokollroute!“

Demonstrant des roten Fingers,
Freundeskreis Videoclips

„Aber die wollten gar
nicht zum Strand, denn
so etwas ist gedacht, um
Zwangsmiteinsatz der
Polizei wirkungslos zu
machen.“

Jan Hieber, Leiter des Soko
„Schwarzer Block“,
im Sonderausschuss zu G20,
8.2.2017, S. 49

„Wir haben versucht, die
Polizeikette zu durch-
brechen,[...]. Und ja, dann
kam gleich massiver Ein-
satz mit Knüppelstöcken.“

Verletzte Demonstrantin,
SPIEGEL TV, 14.7.2017

Demonstrierenden aufeinander. Die Demonstrierenden laufen auf der gesamten Breite der Kreuzung in Richtung Alster und die Polizist*innen versuchen, sie daran zu hindern. Die Polizist*innen stoßen sie, rufen „Halt!“ und benutzen Pfefferspray. Einige Polizist*innen schwingen ungezielt den Schlagstock und fordern die Demonstrierenden auf, zurückzugehen.

Die Spitze des roten Fingers passiert die Kreuzung in Richtung Alster. Auf dem rechten Teil der Fahrbahn bewegen sich mehrere Fahrzeuge der Polizei, die beschleunigen und die Demonstrierenden überholen. Ein Einsatzfahrzeug erfasst dabei eine Demonstrantin, die verletzt wird, und fährt weiter. An der nächsten Kreuzung laufen die Demonstrierenden vom Bürgersteig über die Fahrbahn, zwischen den hupend ankommenden Einsatzfahrzeugen hindurch, in Richtung Ackermannstraße.

Dort hält ein Polizeiwagen. Mehrere Polizist*innen steigen aus, laufen auf die Demonstrierenden zu und benutzen ihre Schlagstöcke, treten, stoßen und sprühen Pfefferspray. Die Polizist*innen kesseln einige Hundert Demonstrierende ein. Es kommt zu Verhandlungen, der Kessel wird gewaltlos aufgelöst. Einige der Demonstrierenden im hinteren Teil des Zuges erreichen über Nebenstraßen die Sitzblockaden auf der Protokollroute nördlich und südlich der Schwanenwik-Brücke. Anrückende Polizist*innen räumen in den folgenden Stunden nach und nach die Sitzblockaden auch unter Einsatz von Wasserwerfern.

Der grüne Finger

Die Demonstrierenden des grünen Fingers werden ungefähr sechs Kilometer von ihrem Startpunkt am Altonaer Volkspark entfernt von Polizist*innen in der Leunastraße gestoppt. Die Polizist*innen schlagen, nachdem sie aus ihren Fahrzeugen aussteigen, auf die Demonstrierenden in den ersten Reihen ein. Diese versuchen, sich mit aufgeblasenen Schwimmtieren und dem mitgebrachten Schaumstoff zu schützen. Sie kehren um und gehen in südlicher Richtung in die Schützenstraße.

Dort gehen die Demonstrierenden schnellen Schrittes auf ungefähr 20 Polizist*innen zu, die auf der Fahrbahn und den beiden Bürgersteigen verteilt sind. Wenige Meter vor den Polizist*innen, laufen ca. 30 Demonstrierende in den vordersten Reihen auf die Beamt*innen zu und lösen sich von dem nachsetzenden Protestzug. Die Polizist*innen schlagen mit ihren hochgehaltenen Schlagstöcken auf sie ein. Die Demonstrierenden in dritter und vierter Reihe schieben vergebens. Die Polizist*innen drängen sie innerhalb von Sekunden zurück und kesseln sie danach ein. Mehrere Demonstrierende werden verletzt.

Konfrontationsmuster

Die Blockadeaktionen der farbigen Gruppen gehören zum Protestrepertoire des zivilen Ungehorsams, das sich durch begrenzte, angekündigte Regelübertritte auszeichnet. In den von der radikalen Linken organisierten

Sachbeschädigungen an der Elbchaussee und in Altona

Um 7:27 Uhr kommt es zu den ersten Sachbeschädigungen auf der Elbchaussee durch eine Gruppe von etwa 220 schwarz gekleideten und vermummten Personen. Sie zünden Autos an, ziehen Bauzäune auf die Straße und schlagen Scheiben ein. Die Gruppe geht schnellen Schrittes mitten auf der Straße. Einige schlagen mit Hämmern Auto-scheiben ein und werfen Brandsätze hinein. Die Gruppe passiert einen angehaltenen Linienbus mit mehreren Fahrgästen. Einige der militanten Protestierenden winken den Menschen im Bus zu, andere ziehen einen Bauzaun auf die Straße, zerstören Scheiben und Spiegel des Busses mit Hammer und Brecheisen und zünden ein Auto an. Teilweise bewerfen sie auch filmende Anwohner*innen mit Steinen. Nach einigen hundert Metern biegen sie in die Max-Brauer-Allee ab und gehen in Richtung Bahnhof Hamburg Altona. Neben dem Bahnhof wird ein Molotowcocktail auf ein unbesetztes Polizeifahrzeug geworfen. Ein Polizist im Fahrzeug dahinter greift nach seiner Waffe und steigt aus, die Personen laufen weg. Im Bereich des Bahnhofs verlassen erste Personen in zwei Richtungen die Gruppe. Es werden Personen beim Ablegen der Vermummung gesehen. Der Rest der Gruppe biegt nach rechts in die Fußgängerzone ab und beschädigt Geschäfte und ein Molotowcocktail wird auf die IKEA-Filiale geworfen. Im Bereich des Spielplatzes an der Goethestraße zerstreut sich die Gruppe.

Nachdem die Gruppe vorbeigezogen ist, versuchen Anwohner*innen, meist vergeblich, die brennenden Autos mit Feuerlöschern oder Wassereimern zu löschen. Erst die später eintreffende Feuerwehr bringt die Brände unter Kontrolle. Die Polizei wird angegeben, dass sie nicht in der Lage war, kurzfristig auf eine so große Gruppe zu reagieren, da ihre Einsatzkräfte andernorts in Hamburg gebunden waren. Sie geht davon aus, dass diese Personen Tage zuvor im Donnerspark das nötige Material für ihre Sachbeschädigungen versteckten: unter anderem Feuerwerkskörper, schwarze Kleidung, Hämmer und Molotowcocktails. Der entstandene Sachschaden wird auf 1,5 Millionen € geschätzt.

Aktionen ist die selbstbegrenzende Herausforderung der Polizei Teil des Kalküls. Auch in Hamburg reagieren Polizist*innen immer wieder mit Zwangsmaßnahmen von zum Teil erheblicher Gewaltintensität auf Versuche der Demonstrierenden, Polizeiabsperungen zu durchbrechen beziehungsweise zu „durchfließen“, um für den Gipfelablauf wichtige Routen zu blockieren. Die Polizei geht dabei in mehr oder weniger gleicher Form gegen die Demonstrierenden vor, egal ob sich diese innerhalb, kurz vor oder hunderte Meter entfernt von den Sonderrechtszonen der Protokollstrecken befinden. Deutliche Unterschiede zeigen sich jedoch abhängig von den räumlichen Gegebenheiten, innerhalb derer die Konfrontationen ablaufen. Räumliche Engpässe, etwa in engen Straßen, durch Zäune oder unter Brücken, erleichtern es den Polizist*innen erheblich, die Demonstrierenden zu stoppen. Im Fall des roten Fingers dagegen kann die Polizei die Demonstrierenden auf einer offenen Kreuzung, wo an einigen Stellen nur

einzelne Polizist*innen mit mehreren Metern Abstand zueinander stehen, nur punktuell am Weitergehen hindern. Auch wie sich die farbigen Gruppen räumlich bewegen, beeinflusst ihre Erfolgchancen. Mehrmals ist zu beobachten, wie sich, kurz bevor die Demonstrierenden die Polizeiketten erreichen, ein schnell vorstürmender Teil der Gruppe vom Rest ablöst, bevor er auf die Polizist*innen trifft. Diese losgelösten Gruppen können nicht genügend Momentum erzeugen, um die Polizeiketten zu durchbrechen. Die Ereignisse am Rondenburg zeigen, dass die polizeiliche Einordnung der Gruppe als „gewaltbereit“ einen anderen Interaktionsrahmen setzt. Hier rennen die Polizist*innen, anders als bei den farbigen Blockadefingern, ohne vorherige Durchsagen und ohne zu stoppen auf die Demonstrierenden zu und gehen bei den dann erfolgenden Festnahmen deutlich gewaltsamer vor. Bereits vor den Sachbeschädigungen stuft die Polizei die Gruppe als gewaltbereit ein. Die danach stattfindenden Beschädigungen und der Bewurf scheinen die Gefahrenprognose der Polizei zu bestätigen. Alles deutet jedoch darauf hin, dass diese Prognose nur für einen Teil der Demonstrierenden zutrifft, und ihr Verhältnis zu militanten Protestformen keineswegs einheitlich ist.

**„Da wurden Dynamiken freigesetzt,
die niemand so richtig einschätzen konnte“⁴³ –
Das Schanzenviertel als Eskalationsraum**

Die Situation, in der es am Freitagabend zu Straßenkämpfen, Sachbeschädigungen, Brandstiftungen und Plünderungen im Schanzenviertel kommt, entwickelt sich auch aus dem Protestgeschehen am späteren Nachmittag. Räumungen, die Anziehungskraft als linkes Szeneviertel und auch die räumliche Verteilung von Polizeiabsperungen tragen dazu bei, dass sich im Bereich Neuer Pferdemarkt eine Menschenansammlung verdichtet, in der sich Teilnehmende vorangegangener Protestaktionen mit stadtteiltypischem Publikum mischen. Auch Gruppen schwarz Vermummter, die immer wieder die gewaltsame Konfrontation mit der Polizei suchen, bewegen sich in Richtung Schanzenviertel. Im Laufe des Nachmittags bringen unterschiedliche, räumlich weit verteilte Blockadeaktionen und ‚Störungen‘ die Polizei wiederholt an ihre Grenzen. Zusammen mit der Sicherung der Protokollstrecken für die Gipfelteilnehmer*innen binden sie Einsatzkräfte in erheblichem Umfang.

Dabei nehmen die verschiedenen Akteursgruppen den Verlauf der Ereignisse unterschiedlich wahr. Ungeachtet der Ereignisse des Vortages und des Vormittags sind viele Teilnehmer*innen der Blockadeaktionen nach einigen als Erfolg wahrgenommenen Eingriffen in den Gipfelablauf euphorisch. Sie treffen sich im Schanzenviertel, um zu feiern. Auch wenn am frühen Abend hier und da Barrikaden errichtet werden, ist die Stimmung insgesamt entspannt. Gleichzeitig verdichtet sich aus Sicht der Polizei,

insbesondere der operativen Polizeiführung, im Laufe des Nachmittags immer mehr das Bild einer akuten Bedrohung, die von planvoll und extrem gewaltsam agierenden Gruppen aus dem Ausland ausgehe. Am Rondenbarg beschlagnahmte Gegenstände und kurz darauf die Brandstiftungen der schwarzen Gruppe entlang der Elbchaussee und in Altona, bei denen auch Molotowcocktails zum Einsatz kamen, werden als Bestätigung der Erwartungen eingeordnet. Hinzu kommt die Erfahrung einzelner Polizeieinheiten, die von verummten Gruppen angegriffen und massiv in die Enge getrieben wurden, so etwa um 16:15 Uhr in der Seewartstraße im südlichen St. Pauli, wo eine Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaft einen Notruf absetzen musste.

Beginnende Konfrontationen

Im Bereich Schulterblatt ziehen bereits vor 19:00 Uhr einige Kleingruppen, darunter viele schwarz Vermummte, Gegenstände als Barrikaden auf die Straßen und entzünden erste Feuer. In Reaktion darauf dringen zwischen 19:10 Uhr und 19:50 Uhr mehrfach Beweissicherungs- und Festnahmeinheiten auf das Schulterblatt und in den Florapark vor, wo sie auf empörte Reaktionen von Umstehenden und zunehmend militanten Widerstand durch koordiniert vorgehende Gruppen treffen. Im selben Zeitraum kommt es am Neuen Pferdemarkt zu ersten Konfrontationen zwischen Polizeikräften und Teilen einer sich zunehmend verdichtenden Menschenmenge, in der sich Protestierende, Schaulustige und Feiernde sowie Jugendliche angrenzender Stadtteile mischen.

Ab etwa 19:55 Uhr bewerfen 20 bis 30 Personen aus der Menge heraus die Polizeikräfte mit Flaschen und Steinen, worauf diese mit punktuellen Vorstößen von BFE und Wasserwerfereinsatz reagieren.

Die Polizeiführung schätzt die Lage als „händelbar“ ein und weist den Abschnittsleiter an, die Situation „statisch“ zu halten und nicht mit umfangreicheren Kräften in das Schanzenviertel hinein zu gehen, um die Lage nicht weiter zu eskalieren.⁴⁴ Ab etwa 20:20 Uhr verlagern sich die Auseinandersetzungen nach Norden hin zur Stresemannstraße, wo ebenfalls Wasserwerfer und Einsatzkräfte stehen, und in den Kreuzungsbereich Schulterblatt/Schanzenstraße.

Eskalationen

Ab etwa 20:30 Uhr beginnt sich das Muster der Konfrontationen sichtbar zu verändern. Am Neuen Pferdemarkt beteiligen sich immer mehr Menschen an den Ausschreitungen. Vor allem aber eskaliert das Ausmaß des Widerstandes gegen vorrückende Polizeikräfte am südlichen Eingang des Schulterblatts und in der Lerchenstraße. Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede in der Zusammensetzung der Personengruppen. Die Menge am Neuen Pferdemarkt ist stark durchmischt, mit vielen Schaulustigen und nur vereinzelt Vermummten.

„Im Park findet ein Fest mit vielen Leuten statt. Auf der Straße gibt es Einzelne, die sich vor der Polizei aufbauen. Insgesamt ist die Situation aber sehr entspannt. Keiner der Umstehenden scheint die Leute auf der Straße unterstützen zu wollen; es gleicht mehr einem Zusehen. Es ertönt die Durchsage, dass der Wasserwerfer nicht eingesetzt wird, wenn es friedlich bleibt. Noch während der Ansage erfolgt eine Festnahme gegen eine der Personen auf der Straße. Nun fliegen Steine und Flaschen. Immer mehr Leute stellen sich vor dem Wasserwerfer auf die Straße.“

Beobachtungsprotokoll
(32015-FP)



Auseinandersetzungen zu Beginn der Ausschreitungen im Schanzenviertel, Am Grünen Jäger am Freitagabend

„Das war für mich zum ersten Mal so ein Gefühl von nackter Gewalt auf der Straße. Mein Hauptgefühl: Dass ich zum ersten Mal Angst hatte; sich hilflos und ausgesetzt zu sehen, gegenüber so einer Situation. Und ich erwartete, dass von der anderen Seite die Polizei genauso vorstürmen würde. Doch die haben sich zurückgezogen.“

Anwohnerin Schanzenviertel
(24003-INT)



Blick in das Schulterblatt, Neuer Pferdemarkt am Freitagabend

Im Bereich Schulterblatt/Susannenstraße dagegen sind schwarz gekleidete Gruppen, deren Vorgehen koordiniert wirkt, weit stärker präsent und prägen das Geschehen. In diesem Bereich werden zudem in großer Zahl Pflastersteine zerkleinert und als Wurfgeschosse bereitgelegt. Ab 21:10 Uhr wird die Lerchenstraße zum Hauptschauplatz der Auseinandersetzungen. Eine Einheit der Bundespolizei, unterstützt durch zwei Wasserwerfer und ein Räumfahrzeug, beseitigt mehrfach Barrikaden und rückt bis zum Schulterblatt vor, zieht sich unter intensivem Bewurf jedoch immer wieder zurück. Dabei werden mehrere Beamte*innen verletzt.

Im Kreuzungsbereich südlich vor sowie an mehreren Stellen auf dem Schulterblatt werden ab etwa 20:45 Uhr Feuer entzündet, um die sich Schaulustige versammeln.

Um 21:02 Uhr rückt die Polizei mit mehreren Wasserwerfern vor. Sie löscht eines der Feuer, zieht sich jedoch bald wieder zurück. Sie überlässt das Geschehen auf dem Schulterblatt weitgehend sich selbst.

Die Sternschanze als „Polizei-befreites Gebiet“

Nach Darstellung der Polizeiführung fällt um 21:44 Uhr die Entscheidung, das Schulterblatt zu räumen. Dass sich der Beginn der Räumung daraufhin bis um ca. 23:30 Uhr verzögert, erklärt sie rückblickend mit der besonderen Gefahrenlage, die zwischenzeitlich entstanden sei. Aufklärungskräfte melden „massivste Aufrüstung“ durch gewaltbereite Personen im Bereich Schulterblatt, insbesondere auf den Dächern der Gebäude. Aufseiten der Polizei entsteht ein Bild der Situation, das von potentiell lebensbedrohlichen Risiken für Einsatzkräfte ausgeht.⁴⁵ Nachdem verschiedene Einheiten Vorbehalte gegen ein ungeschütztes Vorgehen in das Viertel vorbringen, wird gegen 22:07 Uhr entschieden, Spezialkräfte zur Räumung der Gebäude und Dächer anzufordern. Diese müssen erst von über die ganze Stadt verteilten Einsatzorten zusammengeführt werden.

Für die Dynamik der Situation ist entscheidend, dass sich die Polizei zu diesem Zeitpunkt an die ‚Außengrenzen‘ der Ausschreitungen zurückzieht und das Geschehen auf dem Schulterblatt weitgehend sich selbst überlässt. Am südlichen Eingang in das Schulterblatt auf dem Neuen Pferdemarkt bringen sich um 21:45 Uhr Wasserwerfer und Einsatzkräfte in Stellung, rücken dann aber nicht weiter vor. Auch in der Lerchenstraße wird die Situation nach einem abermaligen Vorstoßversuch der Polizei ab ca. 22:13 Uhr statisch. Zu dieser Zeit haben die Plünderungen bereits begonnen. Die Filiale eines Drogeriemarktes wird bereits vor 21:50 Uhr, ein Supermarkt um 22:02 Uhr aufgebrochen; es folgen bis 00:00 Uhr im Schulterblatt und in der Schanzestraße mindestens sechs weitere Geschäfte. Ab 22:44 Uhr liefern sich unter der S-Bahn-Brücke am nördlichen Ende des Schulterblatts vermummte Personen und Schaulustige Straßenschlachten mit Einsatzkräften. Bis weit in den Räumungsprozess hinein (00:49 Uhr) kann die Polizei an dieser Stelle nicht in das Zentrum des Schanzenviertels vordringen.

Räumung und Zerstreuung

Nachdem der SEK-Einsatzleiter um 23:10 Uhr das Schanzenviertel erreicht hat und weitere Kräfte nach und nach eintreffen, räumt die Polizei ab 23:23 Uhr den Kreuzungsbereich und beginnt um etwa 23:43 Uhr, das Gebäude Schulterblatt 1 und das daran befindliche Baugerüst zu sichern. Die Situation im Schanzenviertel wird zu diesem Zeitpunkt nicht als Demonstrationsgeschehen gewertet. Für das Vorrücken des SEK wird der Schusswaffengebrauch daher nicht eingeschränkt, sondern im Rahmen der rechtlichen Maßgaben „niedrigschwellig freigegeben“ (SEK-Beamt*in), etwa in Reaktion auf Zwillenbeschuss. Insgesamt durchsuchen Spezialeinsatzkräfte neun Gebäude mit mehr als 110 Beamt*innen. Kurz darauf räumt die Polizei die Schanzenstraße und das Schulterblatt von Süden her. Dafür werden im weiteren Verlauf nahezu alle dem Einsatzabschnitt „Eingreifkräfte“ unterstellte Einheiten und bis zu 20 Wasserwerfer eingesetzt. Bereits mit Beginn der Räumung ziehen sich einzelne an den Ausschreitungen beteiligte Gruppen aus dem Schanzenviertel zurück; insbesondere in Richtung Norden, wo ab 00:05 Uhr im Kreuzungsbereich Weidenallee/Altonaer Straße Feuer gelegt und ein Supermarkt aufgebrochen und geplündert wird. Im Schulterblatt und Nebenstraßen kommt es im Räumungsprozess mehrfach zu Auseinandersetzungen, am heftigsten ab etwa 00:30 Uhr in der Susannenstraße.

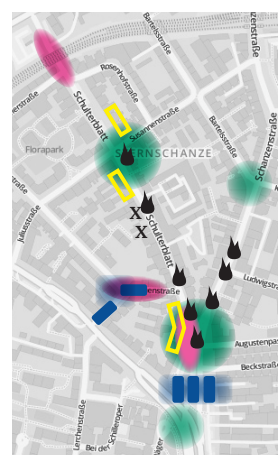
Eskalationsdynamiken

Der Verlauf der Ereignisse im Schanzenviertel wird nicht zuletzt von anscheinend koordiniert agierenden, militanten Gruppen bestimmt. Sie attackieren die Polizei und markieren mit Feuern und Barrikaden eine aus ihrer Sicht „befreite Zone“, die sie gezielt verteidigen. Die besondere Dynamik der Ausschreitungen entsteht jedoch erst durch einen Prozess personeller Ausweitung, in dem sich zunehmend „Umstehende“ oder „Schaulustige“ an Angriffen auf die Polizei, an Plünderungen oder durch Posieren, Jubel und Applaus beteiligen. Dieser Prozess involviert unterschiedliche Personengruppen. Neben denjenigen, die das Geschehen situativ mitreißt, gehören dazu auch solche, die gezielt die Konfrontation mit der Polizei suchen, ohne einen direkten Bezug zu organisierten Protestaktionen zu haben. Darüber hinaus verändert sich das lokale Akteursfeld durch mediale Rückkopplungseffekte. Die Fernsehberichterstattung über Straßenschlachten und Plünderungen zieht Neugierige ebenso an wie Personen, die sich an den Ausschreitungen beteiligen möchten. Und über Social Media verbreitete Gerüchte, wie etwa über eine angeblich bevorstehende Sturmung der „Roten Flora“ durch die Polizei, mobilisieren Sympathisierende, die sich nun ebenfalls in Richtung Schanzenviertel bewegen.

Das polizeiliche Vorgehen am Freitagabend unterliegt auch Reaktionszwängen und den Bedingungen der Gesamtlage, insbesondere einer vielfältigen Kräftebindung abseits des Schanzenviertels. Situativ beobachtbar

„Freitagabend entstand für ein paar Stunden in einigen Straßen in der Schanze eine polizeifreie Zone, Barrikaden brannten und wurden verteidigt, einige Scheiben von Läden wurden eingeworfen und einige wenige Läden enteignet. Das begreifen wir als Akte und Formen von Protest und Widerstand gegen das G20-Treffen, die Polizeigewalt, die massive Besetzung der Viertel durch die Polizei sowie gegen die kapitalistische und rassistische Realität.“

„Freude schöner Götterfunken.“
In: Autonomes Blättchen #30,
Sep-Nov 2017:, S.19



Legende:
● Menschenansammlung
🔥 Feuer
● Konfrontation
■ Polizeigruppen
▬ Wasserwerfer
X Plünderung
— Personen auf dem Dach

Abbildung: Situation im Schanzenviertel, 7.7.2017, gegen 22:00 Uhr

„Es ist eine Rebellion, ein Aufruhr, gestartet und verteidigt von jenen ‚uns‘, den klassischen Aktivist*innen die wir seit Tagen in der Stadt unterwegs sind. Doch weiter getragen wird jene Rebellion von all jenen, welche angelockt wurden vom Spektakel der Selbstbestimmung.“

Die öffentliche Verschwörung.
Der Aufruhr in Hamburg.“
In: Autonomes Blättchen #30,
Sep-Nov 2017, S.14

„Wenn einer aus einer Menge heraus die Polizei angreift, sagen von den tausend, die dort sind, siebenhundert: ‚das wollen wir nicht‘; zweihundert sagen: ‚dem Polizisten wird schon nichts passieren‘; und hundert freuen sich. Aber wenn die Polizei den einen jetzt festnimmt, dann wird auch von den siebenhundert einer getroffen. Da sagen jetzt sechshundertneundneunzig: ‚wir hauen jetzt auf die (Polizei) drauf‘. Die kippen dann.“

Polizist*in (42006-INT)

ist im Ergebnis eine Kombination aus einem insgesamt relativ zurückhaltenden Agieren der Polizei (die Lage „statisch halten“) einerseits und punktuellen, vergleichsweise aggressiven Vorstößen der Einsatzkräfte andererseits. Dieses Muster scheint die beschriebenen Ausweitungsprozesse in besonderer Weise zu verstärken, und zwar in zweifacher Hinsicht: (1) Vorstöße in die Menge treffen auch Umstehende und erzeugen immer wieder wütende Reaktionen und Solidarisierungseffekte. (2) Gleichzeitig senkt der allgemeine Eindruck, dass die Polizei „nichts tut“ oder zurückweicht, für viele Anwesende die Hemmschwelle, sich an den Kämpfen, Sachbeschädigungen, Brandstiftungen und Plünderungen zu beteiligen. Die Polizei selbst stellt dieser Ausweitungsprozess vor erhebliche Probleme. Sie hat Schwierigkeiten zu entscheiden, von welchen Gruppen Straftaten drohen, gegen die sie vorzugehen hat. Die Grenze zwischen „Störern“ und Unbeteiligten beginnt situativ zu verschwimmen, gerade auch in der Wahrnehmung der Einsatzkräfte. Die daraus entstandene Unsicherheit trägt dazu bei, dass Beamt*innen auch gegen Unbeteiligte gewaltsam vorgehen und damit die Eskalationsdynamik verstärken.

Mediale Zuspitzungen: wie sich der Blick auf Gewalt verengt

Ein Bild von Protest und (möglicher) Gewalt entsteht nur selten aus direkter Erfahrung. Das gilt vor allem für politisch Verantwortliche und eine breitere Öffentlichkeit. Aber auch für die unmittelbar Beteiligten spielen Informationen aus zweiter oder dritter Hand, die sie für wahr halten, eine zentrale Rolle. In der Debatte über die Hamburger Ereignisse wird besonders deutlich, welche Rolle die Auswahl von Informationen und deren Einordnung spielt. Da die medial vermittelte Wahrnehmung eine Grundlage ist, auf der Menschen handeln und ihre Handlungen rechtfertigen, ist der Blick auf die mediale Einordnung der Gipfelproteste ein wichtiges Puzzle-teil, um die Prozesse der Eskalation des Geschehens zu verstehen.

Zwei Ausschnitte aus dem öffentlichen Diskurs, die Berichterstattung in sieben Tageszeitungen und die Debatte im sozialen Medium Twitter, offenbaren eine mediale Verengung des Blicks, welche die Ausweitung der Gewalt begünstigt hat. Wie die empirische Untersuchung der beiden Diskursausschnitte zeigt, entfaltet sich mit fortschreitendem Protestverlauf eine Polarisierung der öffentlichen Debatte, die sich fast nur noch um die „Gewaltfrage“ dreht: Wer ist verantwortlich, wenn es zu Gewalt kommt? Und wie hängt Gewalt, die von Protestierenden ausgeht, mit der Gewalt zusammen, die von der Polizei ausgeübt wird? Während die eine Seite darauf beharrt, dass die Gewalt in Hamburg von der radikalen Linken gezielt vorbereitet und von Teilen der gemäßigten Linken gebilligt wurde, betont die andere Seite, dass die Ereignisse vor allem deshalb diesen Verlauf ge-

nommen hätten, weil Senat und Polizei mit der Kriminalisierung von Protest, der Einschränkung von Grundrechten und mit illegaler Polizeigewalt die Eskalation herbeigeführt haben.

Diese polarisierte normative Auslegung der Gewaltfrage erzeugt immer auch einen Gruppenstandpunkt, auf den sich Akteur*innen beziehen, die vor Ort tatsächlich Gewalt ausüben. Für sie ist die öffentlich erzeugte Sinnggebung eine wesentliche Voraussetzung, um das eigene Handeln zu rechtfertigen. Mit anderen Worten: Das Knäuel aus Gewalt und Gegengewalt während der Protestwoche in Hamburg ist überlagert von einer diskursiven Eskalation. Besonders auf Twitter weicht im Zeitverlauf die inhaltliche Diskussion und die Konfrontation mit abweichenden Positionen einer selbstbezüglichen Kommunikation, die fast nur noch um die Gewaltfrage kreist und dabei den jeweils eigenen normativen Standpunkt verabsolutiert.

Der Filter der Nachrichtenproduktion

Internationale Gipfeltreffen sind – auch wegen der gegen sie gerichteten Proteste – zu Medienereignissen geworden, die weltweit Aufmerksamkeit binden. 5.100 professionelle Journalist*innen sind während des Gipfels im Pressezentrum der Bundesregierung akkreditiert.⁴⁶ Über 1.000 Medienschaffende nutzen das alternative Medienzentrum FC/MC im Millerntorstadion.⁴⁷ Der Raum, den die Redaktionen für die Gipfelberichterstattung schaffen, gibt auch Protestakteur*innen die Gelegenheit, ihre Perspektive auf das Ereignis und die damit verbundene Politik sichtbar zu machen. Auch wenn sich die Muster der Mediennutzung rasant verändern, bleiben öffentlich-rechtliche und kommerzielle Massenmedien eine wichtige Arena, um eigenen Deutungen Geltung zu verschaffen. Deshalb betreiben Polizei und Protestakteur*innen großen Aufwand, um über die Berichterstattung ihre Perspektive zu verbreiten. Auch Protestakteur*innen bis in das autonome Spektrum betreiben offensive Medienarbeit von Pressekonferenzen über das Benennen von Pressesprecher*innen bis hin zu dem Angebot an Journalist*innen, bei Protestaktionen unmittelbar dabei zu sein. Die Vielfalt der Ereignisse um den Gipfel und den Gegenprotest wird durch den journalistischen Blick und die Arbeitsroutinen der Nachrichtenproduktion gefiltert. Journalistische Medien bilden keine vorgefundene Realität ab, sondern erzeugen durch diese Filter eine eigene Realität.⁴⁸ Dies bedeutet zwangsläufig, dass das Geschehen und die unterschiedlichen Perspektiven darauf nicht in der vollen Breite abgebildet werden können. In der Medienberichterstattung findet eine Verdichtung statt, die auf einen Ausschnitt des Geschehens fokussiert. Die mediale Aufmerksamkeit konzentriert sich dabei auf außergewöhnliche Ereignisse und Konfrontationen, Hintergründe zu Konflikten und Motive für Protest werden dagegen unterbelichtet. Was für die Berichterstattung über Protest allgemein

gilt, zeigt sich während des G20-Gipfels in Hamburg unter anderem daran, welche Ereignisse im Mittelpunkt der Berichterstattung stehen (siehe Abbildung). Grundlage für die abgebildete Auszählung sind 1.163 Artikel in sieben Tageszeitungen. Für den Zeitraum vom 12. Juni bis zum 5. August wurden in Zeitungs-Datenbanken Artikel mit der Zeichenfolge „G20“, „G-20“ oder „G 20“ identifiziert. In drei konservativen Tageszeitungen (Welt, Bild, Frankfurter Allgemeine Zeitung), zwei liberalen Zeitungen (Süddeutsche Zeitung und tageszeitung) sowie zwei Hamburger Zeitungen (Hamburger Abendblatt und Hamburger Morgenpost) werden in 563 Artikeln 1.038 Mal spezifische Protestereignisse erwähnt.

Der Alternativgipfel, auf dem das Treffen der G20 inhaltlich in Frage gestellt und Alternativen zur dort vertretenen Politik diskutiert werden, liegt um den Faktor zehn hinter den Ausschreitungen im Schanzenviertel. In der taz liegt der Faktor bei drei; konservative Zeitungen berichten – bei einer deutlich geringeren Gesamtzahl von Artikeln – gar nicht vom Alternativgipfel. In Bild, Welt und SZ finden sich besonders viele Bezüge zu den Ausschreitungen vom Freitag (Bild: 36,4 %, Welt: 30 %, SZ: 24,4 %), gefolgt von der „Welcome to Hell“-Demonstration (Bild: 27,3 %, Welt: 24 %, SZ: 23,3 %). Dass brennende Barrikaden, Molotowcocktails und der Einsatz von Spezialeinheiten mehr Aufmerksamkeit erhalten als eine Diskussionsveranstaltung, liegt auf der Hand. Aber die Unterschiede zwischen den Zeitungen zeigen, dass Journalist*innen Handlungsspielräume haben, wenn es darum geht, welcher Protest mit Aufmerksamkeit belohnt wird.

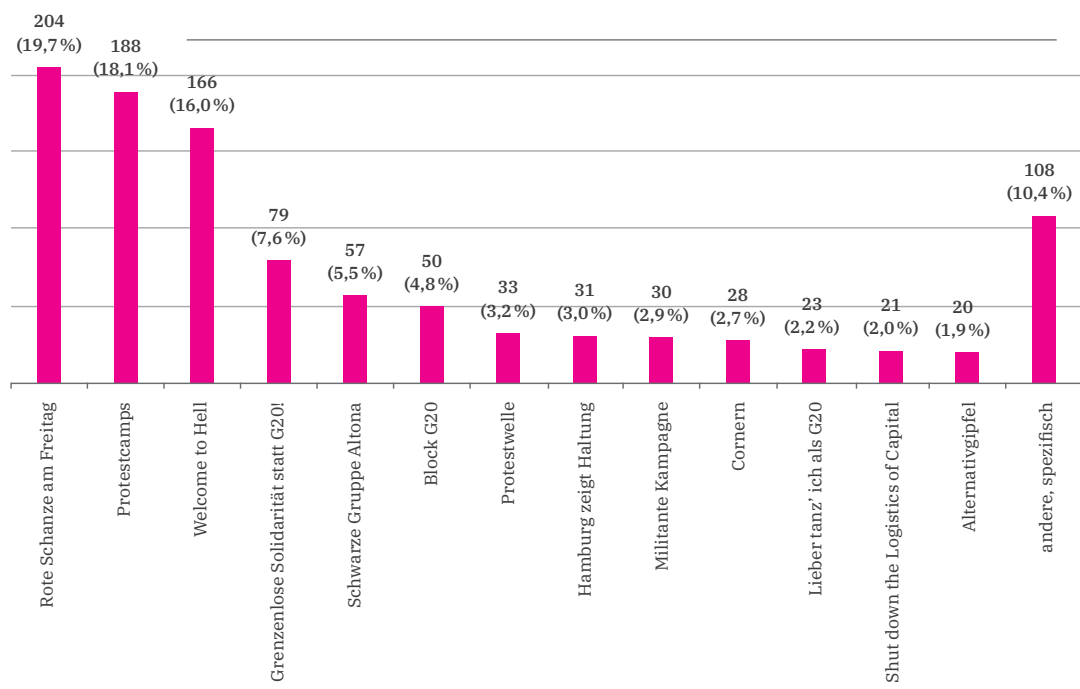


Abbildung: Erwähnung von Ereignissen in Zeitungsberichten

Gewalt im Fokus

Nicht erst die Berichterstattung über die Ereignisse von Donnerstagabend oder Freitagnacht lässt das Bild vom gewaltförmigen Protest entstehen. Schon im Vorfeld ist der Blick auf die Proteste stark an der Perspektive der Sicherheitsbehörden auf das Geschehen orientiert, die ein „extremes Gewaltpotenzial“ (Innensenator Grote in der MOPO, 17.6.2017) in den Mittelpunkt rücken. So werden etwa deren Angaben unkommentiert verbreitet, dass 4.000, 8.000 und schließlich 10.000 „Gewaltbereite“ bei den Gipfelprotesten zu erwarten seien. Die von Senat und Polizei in Umlauf gebrachten Zahlen erzeugen das Bild einer feindlichen, homogenen Masse, das sich auf die Wahrnehmung der „Welcome to Hell“-Demonstration überträgt. In der Medienberichterstattung spiegelt sich die Auffassung des Senats, es sei „die Demo, auf die sich die gewaltbereiten Linksextremisten alle gemeinsam konzentrieren. Alle, die mit dem Ziel des militanten Protests in die Stadt kommen, werden an dieser Versammlung teilnehmen.“⁴⁹ Als das Demonstrationsbündnis die erwartete Teilnehmerzahl auf 10.000 erhöht, schreibt das Abendblatt am 1. Juli: „Bis zu 10.000 gewaltbereite Demonstranten sollen am 6. Juli gegen den G20-Gipfel demonstrieren.“ Als Beleg dafür gilt die Ankündigung der Organisator*innen des Protestes, man werde in Hamburg einen der „größten schwarzen Blöcke, die es jemals gegeben hat“⁵⁰, erleben. Damit werden nicht nur die Demonstrierenden im schwarzen Block, sondern alle Teilnehmer*innen der Demonstration mit „Gewaltbereiten“ gleichgesetzt.

Erst im Nachhinein werden die tatsächlichen Dimensionen erkennbar. So erklärt Einsatzleiter Dudde die Taktik der Polizei damit, dass „1.000 Personen“ von „9.000 friedlichen Demonstranten“ getrennt werden sollten (MOPO, 10.7.2017). Durch die steigenden Zahlen und die Fokussierung der auf (potenzielle) Protestgewalt ausgerichteten Öffentlichkeitsarbeit

Öffentlichkeitsarbeit von Polizei und Verfassungsschutz

Bei einer Pressekonferenz am 4. Juli von der vier der sieben Zeitungen berichten, zeigt die Polizei nicht nur die bei einer Hausdurchsuchung in Rostock gefundenen Zwillen und Feuerwerkskörper, sondern auch Videos,⁵¹ in denen „die Gefährlichkeit einzelner Gegenstände dargestellt“ wird (Einladung zur Pressekonferenz, 3.7.2017). Dazu bemerkt Jan Hieber, der spätere Leiter der SoKo Schwarzer Block, was man hier sehe, sei ein „winziger Bruchteil von dem ..., was sich derzeit noch in Kellern und Garagen in und um Hamburg befindet“ (Hamburger Abendblatt, 5.7.2017). Am 1. Juli veröffentlicht die Hamburger Verfassungsschutzbehörde in einem außergewöhnlichen Schritt eine Analyse,⁵² in der einzelne Organisator*innen der Proteste namentlich genannt werden und die Beteiligung einzelner Gruppen an Protesten aufgeführt wird. Im Abendblatt liest man daraufhin, der Verfassungsschutz habe „vor der Teilnahme an von Linksextremen organisierten oder mit veranstalteten Anti-G20-Demonstrationen gewarnt“ (3.7.2017). Eingeschlossen ist dabei die Abschlussdemonstration am 8. Juli.

der Polizei entsteht vor den Protesten ein sich zuspitzendes Bedrohungsszenario, das zu dem von Innensenator Grote angekündigten „Festival der Demokratie“ deutlich in Kontrast steht. Die Protestangebote, auf die Grote mit der Formulierung anspielte, nämlich solche, die den Stempel „friedlich“ erhalten, werden mit deutlich weniger Aufmerksamkeit bedacht. Sie erscheinen nur noch als Kontrastfolie⁵³ zur „Gewalt“⁵⁴.

Im Rahmen der Analyse der Berichterstattung wurden jene Artikel, die vom 2. bis zum 10. Juli erschienen, nach einem Kodierschema eingeordnet. Für jeden (in taz und Abendblatt wegen der großen Zahl der Artikel jeden zweiten) Artikel erfassten wir, wer darin zu Wort kommt und wie Demonstrierende beurteilt werden. Eine Auszählung der in den Zeitungsberichten zitierten Sprecher*innen zeigt, dass die Polizei mit ihren Botschaften über die von Protesten ausgehenden Gefahren zu Beginn der Woche das Bild prägt. Am Montag stellt sie mit knapp 35 Prozent der Sprecher*innen die zweitstärkste Gruppe nach Sprecher*innen aus verschiedenen Protestspektren (39,1 %). Am Umgang mit den Zahlen, aber auch in der Darstellung einzelner Konfliktverläufe zeigt sich, dass Journalist*innen die Polizei als „privilegierte Quelle“ behandeln, die nicht, wie sonst in der journalistischen Praxis üblich, durch eine zweite Quelle bestätigt oder zumindest kritisch eingeordnet werden muss.⁵⁵ Auch ungesicherte Angaben der Polizei, wie der mutmaßlich vom Haus Schulterblatt 1 geworfene Molotowcocktail, mit dem die Gefahrenlage im Schanzenviertel im Nachhinein belegt werden sollte, werden so verbreitet und prägen das Bild des Geschehens. Für die Polizei ergibt sich die Konzentration auf Demonstrierende, die aus ihrer Sicht sicherheitsrelevant sind, aus ihrer Aufgabe, die öffentliche Ordnung zu gewährleisten. In der Medienberichterstattung wird diese Verengung des Blicks auf potenzielle und tatsächliche Gewalt wiederholt und verstärkt. Die so hergestellte Realität der journalistischen Medien prägt die Wahrnehmung aller Beteiligten. Zeitungsberichte, Radio- und Fernsehnachrichten sind für die meisten Nicht-Anwesenden die einzige Möglichkeit, sich ein Bild von den Ereignissen zu machen. Und auch für die Anwesenden prägt das über Medien vermittelte Bild die Befürchtungen und Erwartungen an bevorstehende Proteste

Mediale Deutungen der Eskalation

Die Umsetzung des journalistischen Auftrags, dem Publikum komplexe und vielfältige Vorgänge zu vermitteln, erweist sich gerade bei Konfrontationen im Kontext von Protesten als problematisch. Das zeigt sich bei der Analyse der in der Berichterstattung angebotenen Deutungsmuster. Dafür wurden aus den in der Protestwoche kodierten Zeitungsartikeln Textpassagen gefiltert, die die Entstehung und Entwicklung von Gewaltereignissen erklären oder beschreiben. Diese Passagen wurden dann auf wiederkehrende Muster hin analysiert. Dabei zeigt sich nicht nur, dass ein Bruchteil des gesamten Protestgeschehens wie brennende Autos und Angriffe auf die Polizei überbelichtet wird. Andere Formen des Protestes

werden auch in ihrer Unterschiedlichkeit nicht erkennbar. So werden die Blockaden immer wieder mit Angriffen auf die Polizei verbunden, obwohl deren Aktionskonsens genau das ausschloss. In der FAZ heißt es: „Stören oder nur blockieren? Menschenkette oder Pflasterstein? Die linksextreme Szene war sich bei diesen Fragen nie einig [...]. Das ist nun anders. Sie haben einen gemeinsamen Feind.“ (5.7.2017). Die Verkürzung ist zum Teil eine Frage des Formats: In einer langen Reportage sind verschiedene Positionen und Widersprüche darstellbar, in einem kurzen Nachrichtensstück dagegen kaum. Es zeigt sich aber auch, dass sich Journalist*innen in der Berichterstattung über Proteste an etablierten Bildern orientieren. So wird in der medialen Aufbereitung der Ereignisse in Hamburg die Entstehung von Gewaltereignissen durch die Zuschreibung von Eigenschaften – „gewaltbereite“ Demonstrant*innen, zum Teil auch „überforderte“ Polizist*innen – erklärt. Gewalt wird so als unmittelbarer und unausweichlicher Ausdruck politischer Einstellungen oder moralischer Verrohung erklärt. Die Trennung in „friedlichen Protest“ und „Gewalt“ ist die zentrale Deutungsachse der Berichterstattung. Sie schafft jedoch eine Eindeutigkeit, die der Vielschichtigkeit und der Dynamik des Geschehens nicht gerecht wird. Dass während der Protestwoche immer wieder auch Zuschauer*innen in die Gewaltdynamik einbezogen wurden, ist in den wenigsten Berichten erkennbar, genauso wenig, wie der Umstand, dass innerhalb des als „gewaltbereit“ bezeichneten Spektrums unterschiedliche strategische Positionen vorhanden sind.

Die Camps, das wird schon an der Auszählung der erwähnten Ereignisse deutlich, spielen in der Deutung des Geschehens eine zentrale Rolle. Hier zeigt sich eine Polarisierung zwischen konservativen und liberalen Medien, in denen sich idealtypisch eine law-and-order-Position und eine bürgerrechtliche Position gegenüberstehen (Della Porta 1999; Teune 2018). In der Tendenz übernehmen konservative Medien die Darstellung der Polizei. In der FAZ heißt es, „Die Erfahrungen anderer Gipfel haben gezeigt, dass gerade die Camps als Ruhe- und Rückzugsraum für militante Gegner dienen“. (4.7.2017) Die Welt schreibt, die Polizei habe „berufsbedingt keinerlei Interesse an der Errichtung ‚antikapitalistischer‘ Camps“ (4.7.2017). Das zumindest in konservativer Tradition stehende Abendblatt positioniert sich in einem Kommentar anders. Es sei „nicht so, dass ein Protestcamp Voraussetzung oder gar Grund für Gewalttaten wäre“ (4.7.2017). Wer so etwas plane, ließe sich durch Verbote nicht abhalten. Und weiter: „Mehr Gelassenheit und Souveränität stünde der geballten Staatsmacht trotz der unübersichtlichen Gesamtlage und Reizwörtern wie „Antikapitalismus“, „Repression“ und „Polizeistaat“ gut zu Gesicht.“ Diese Haltung wird mehrheitlich auch in den liberalen Zeitungen geteilt. So schreibt die taz: „Darf die Polizei in Hamburg also das Übernachten in Protestcamps verbieten? Nein, darf sie nicht. Solche Camps sind die Keimzelle politischer Bewegungen, hier entstehen der Geist und die Begeisterung, mit der Menschen die



Titelseiten der taz und der MOPO am 8. Juli 2017

Gesellschaft verändern. Das ist wichtiger als die Prävention von Gewalt einiger weniger.“ (5.7.2017) Während es in der Beurteilung von Steinewerfer*innen und Brandstifter*innen keine Meinungsverschiedenheiten gibt, unterscheidet sich die Einschätzung des Polizeieinsatzes, insbesondere bei der „Welcome to Hell“-Demonstration. Hier bildet auch die Medienberichterstattung die eingangs erwähnte Polarisierung der öffentlichen Debatte ab. Konservative Zeitungen ordnen Kritik an der Polizei als Verharmlosung ein. Polizeikritische Positionen werden zitiert, die Ablehnung aber deutlich markiert, wie in der Bild vom 8. Juli: „Unfassbar: Für die Eskalation der Krawalle macht Blechschmidt [der Anmelder der Demonstration] gestern die Polizei verantwortlich.“ Liberale Zeitungen machen sich dagegen die Kritik am Polizeieinsatz stärker zu eigen. „Es ist deutlich“, schreibt die SZ über die Auflösung der Demonstration, „dass die harte Linie der Polizeiführung maßgeblich zur Eskalation des Protestes beigetragen hat.“ (8.7.2017). Die taz titelt am selben Tag nicht mit Bildern von Flammen oder Steinewerfer*innen, sondern zeigt unter der Überschrift „Festival der Demokratie“ einen Wasserwerfer, der seinen Strahl auf zwei Menschen richtet. Zwei Tage später liest man resümierend nach der Protestwoche, „dass über Tage das Demonstrationsrecht immer wieder ausgehebelt wurde und schwere Übergriffe überforderter und übernächtyger Polizisten auch jenseits der Hotspots eher die Regel als die Ausnahme waren“.

Eskalation in Tweets: die Rolle sozialer Medien

Soziale Medien dienen Aktivist*innen, Journalist*innen, Beobachter*innen und der Polizei gleichermaßen als Informationsquelle und Kommunikationsplattform, über die eine breite Öffentlichkeit, aber auch digitale Teilöffentlichkeiten adressiert werden (z. B. Protestierende oder Anwohner*innen). Für Protestbewegungen hat die Bedeutung sozialer Medien als organisatorisches Mittel zur Mobilisierung und Kommunikation stetig zugenommen. Aber auch die Polizei bezieht soziale Medien immer stärker in ihre Arbeit ein, etwa für Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit⁵⁶ oder wie in Hamburg auch zur Erstellung digitaler Lagekarten. Dabei werden einzelne Nachrichten (Tweets und Posts) von Beobachter*innen und Protestierenden vor Ort in einen Gesamtüberblick über die Einsatzkräfte und das aktuelle Geschehen eingespeist. Die Öffentlichkeitsarbeit über soziale Medien, heißt es im Rahmenbefehl der BAO Michel, diene „insbesondere dem Ziel, Bürgernähe zu erzeugen und Transparenz zu schaffen. Sicherheits-, Versammlungs- und Verkehrslagen sowie einsatzrelevante Informationen sollen im Einsatzzeitraum zeitaktuell primär im Medium Twitter kommuniziert werden“.⁵⁷ Mit der Nutzung von Twitter bringt die Polizei ihre Perspektive in Echtzeit in die Debatte über das sich entwickelnde Protestgeschehen ein.⁵⁸ Sie vollzieht damit eine problematische Gratwanderung, sobald sie aktiv in die politische Deutung der Ereignisse eingreift, in denen sie zudem Konfliktbeteiligte ist.⁵⁹

Der Kampf um Deutungshoheit auf Twitter

In ihrer Doppelfunktion als Informationsquelle und Kommunikationsplattform kommt sozialen Medien im Zusammenhang mit Protest eine besondere Bedeutung zu. Einerseits dienen sie sowohl den Protestierenden als auch der Polizei als eine wesentliche Grundlage zur Einschätzung der Situation, die wiederum ihr Handeln prägt; andererseits sind soziale Medien zentrale Diskursarenen, in denen Kämpfe um Deutungshoheit stattfinden. Das, was als Grundlage für die Interpretation des Geschehens und der eigenen Handlungen dient, ist also zugleich umkämpft. Der dazugehörige Diskurs speist sich vor allem aus Beschreibungen, die von beobachtenden oder auch von direkt in das Protestgeschehen involvierten Akteur*innen über soziale Medien kommuniziert werden. Die Kommunikation über soziale Medien ist dabei weder als Abbild der diskursiven Prozesse vor Ort noch als unabhängige Diskursarena ohne Bezug zum realen Geschehen zu begreifen. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die verschiedenen Diskursebenen miteinander verschränkt sind und sich wechselseitig beeinflussen. Der Austausch vor Ort und die mediale Aufarbeitung lassen sich im Fall von Twitter zeitlich kaum noch voneinander trennen. Beobachtungen und Bewertungen, die zunächst von mehr oder weniger in das Geschehen involvierten Akteur*innen ausgehen, werden per Livestream oder als Tweet Bestandteil eines Diskurses, in dem um die Auslegung der Geschehnisse gerungen wird. Im Fall von Twitter fließen diese Diskurse umgehend zu den Akteur*innen vor Ort zurück und wirken ihrerseits auf deren Deutungen und Interaktionen ein. Indem einzelne Tweets innerhalb eines Twitter-Netzwerks verbreitet, kommentiert oder als Retweets geteilt werden und somit verschiedene Diskursarenen miteinander verknüpft werden, entstehen – parallel zum Protestverlauf – netzwerkartige Kommunikationsbeziehungen, die die Wahrnehmung des Geschehens beeinflussen. Einzelne Tweets können dabei eine erhebliche Strahlkraft entfalten, und zwar unabhängig von ihrem Wahrheitsgehalt. Verstärkt wird dieser Effekt durch Akteur*innen, denen viele andere Nutzer*innen folgen, und deren Aktivitäten dadurch ein großes Publikum erreichen. Auch Falschnachrichten werden so schnell und weit verbreitet (nicht zuletzt auch in den etablierten Printmedien). Richtigstellungen gehen dagegen häufig im beschleunigten Medienstrudel unter.

Die Analyse der Twitter-Kommunikation während der Gipfelproteste zeigt, dass sich parallel zur Eskalation des Protestgeschehens zwei dominante antagonistische Lager herausbilden, die jeweils durch einen verengten Blick auf das Geschehen gekennzeichnet sind. Diese Polarisierung des Diskurses begünstigt sich selbst verstärkende Spiralen aus Solidarisierung und Feindbildkonstruktion, die charakteristisch für die Eskalationsphasen der Protestwoche sind. Diese diskursive Eskalation auf Twitter, die spätestens am 7. Juli im Zusammenhang mit den abendlichen Ausschreitungen im Schanzenviertel zur Entfaltung kommt, entzündet sich in erster Linie an der „Gewaltfrage“.

Datengrundlage und Methoden

Die Datengrundlage für die Analyse der Twitter-Kommunikation während der Gipfelproteste bilden über 700.000 Tweets aus dem Untersuchungszeitraum 28.6. bis 13.7.2017, die mit einer Twitter-Streaming-API erhoben wurden. Dabei handelt es sich um ein von Twitter zur Verfügung gestelltes Programm, das die Speicherung von Twitter-Nachrichten in Echtzeit nach eigenen Parametern ermöglicht. Für die Analyse wurde nach deutschsprachigen Tweets gefiltert, die den Begriff „G20“ enthalten. Anschließend wurden die erhobenen Daten fünf Episoden der Protestwoche zugeordnet. Für jede Episode wurden jeweils Verfahren der quantitativen Netzwerkanalyse mithilfe der Analyseprogramme „R“ und „Gephi“, ein sogenanntes Topic-Modeling-Verfahren als spezifische Methode der quantitativen Textanalyse sowie eine inhaltliche Auswertung systematisch ausgewählter Tweets durchgeführt.



Mehr online unter
„Forschungsmethoden“

Durch die Verbindung der Methoden können zum einen Prozesse der strukturellen Formierung der Diskursarena Twitter im Verlauf der Gipfelproteste untersucht werden; zum anderen werden durch diese Vorgehensweise semantische Veränderungen in der diskursiven Deutung des Protestgeschehens erkennbar, die mit den strukturellen Merkmalen der Netzwerke direkt in Zusammenhang gebracht werden können. Für jede Episode wurden zunächst Netzwerke auf Grundlage von Re-Tweets, also dem Weiterleiten von Tweets anderer Absender, erstellt. Dadurch können verschiedene Netzwerke identifiziert werden, die durch die ungefilterte Verbreitung von Beschreibungen und/oder normativen Bewertungen von Ereignissen entstehen. Dadurch sind sie durch ein Mindestmaß an innerer Geschlossenheit gekennzeichnet. Außerdem können auf diese Weise Twitter-Accounts identifiziert werden, die innerhalb der Netzwerke als Knotenpunkte fungieren. Durch ihre Reichweite tragen sie besonders zur Verbreitung spezifischer Beschreibungen und Bewertungen bei. Um daneben ein weiteres Strukturmerkmal des Twitter-Diskurses abbilden zu können, wurden zudem Netzwerke auf Grundlage von Mentions, also der direkten Bezugnahme auf andere Twitter-Konten erstellt. So können relevante Akteur*innen im Diskurs identifiziert werden, auf die sich andere in ihren Beschreibungen und Bewertungen des Geschehens beziehen.

Diskursive Eskalation und Legitimation von Gewalt

Der Blick auf die Erwähnungen (siehe Abbildung) zeigt die zentrale Stellung der Polizei Hamburg auf, die besonders in Phasen der Gewalteskalation zum wichtigsten Bezugspunkt für große Medienakteur*innen wie Tagesschau, Welt, Zeit Online, Spiegel Online oder Bild wird. Aber auch für die twitternde Masse steht die Polizei Hamburg in diesem Moment im Zentrum des Diskurses. Das zeigt sich auch an dem enormen Zuwachs an Follower*innen. Vom 30. Juni bis zum 10. Juli stieg deren Zahl von rund 88.000 auf über 136.000.⁶⁰ Die Polizei ist zugleich Konfliktpartei *und* prägender

Diskursteilnehmer in der immer heftiger geführten Auseinandersetzung um die Legitimität ihres Einsatzes. Eine ausführliche Netzwerkanalyse auf der Grundlage von Retweets zeigt, dass die zunächst sehr heterogene Diskursarena Twitter im Zuge des Protestgeschehens immer stärker in zwei voneinander getrennte Netzwerke zerfällt.

In Kombination mit der quantitativen und qualitativen Textanalyse zeigt sich außerdem, dass sich beide Netzwerke in der Bewertung der Ereignisse deutlich voneinander unterscheiden und dass sie sich kaum noch aufeinander beziehen. Stattdessen richten sich die Twitternutzer*innen in einer digitalen Echokammer ein, in der jeweils eine völlig konträre Rah-

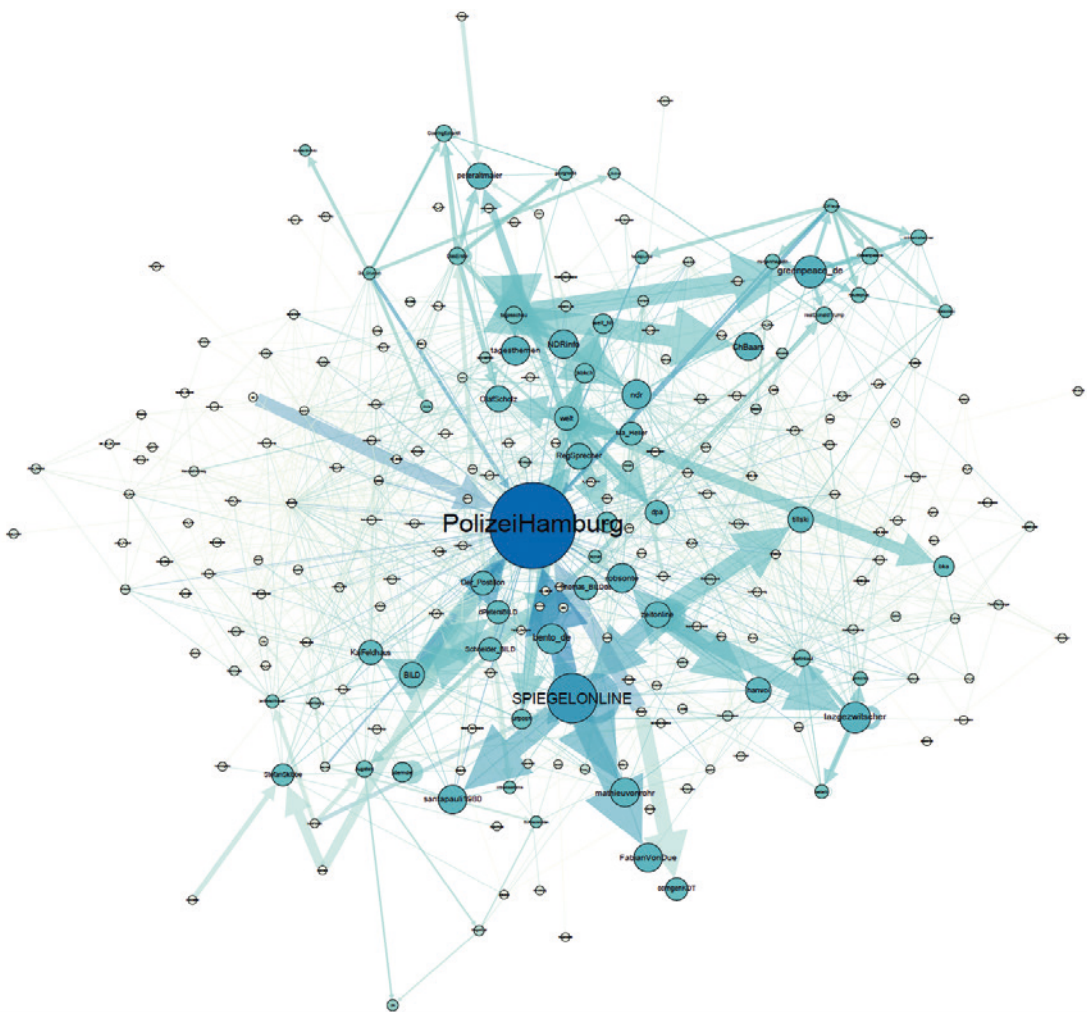


Abbildung: Zentrale Akteur*innen des Twitternetzwerks vom 7. Juli (generiert über mentions-Funktion, gewichtet nach Followerzahl), Zeitraum vom 7.7.2017, 0 Uhr bis 8.7.2017, 3 Uhr

mung der Ereignisse erzeugt wird. Beide Seiten unterscheiden sich fundamental durch ihre normative Auslegung der „Gewaltfrage“. Während das eine Lager die von der Polizei ausgeübte Gewalt als legitime Gegengewalt rahmt, zeigt sich das andere Lager diesbezüglich eher heterogen. Teilweise sind die Beiträge durchaus kritisch in den Bewertungen der Gewalt, die von Protestierenden ausgeht; gleichwohl wird in diesem Lager die Eskalation des Protestgeschehens ausnahmslos als Resultat polizeilicher Gewaltanwendung gedeutet. Innerhalb der Netzwerke wird der jeweilige Standpunkt buchstäblich geteilt, indem er per Retweet unmittelbar weitergeleitet wird.

Wie der Vergleich der Netzwerke über die verschiedenen Phasen der Protestwoche hinweg deutlich macht, bildet sich das Netzwerk in Unterstützung der Polizei erst im Zuge der Eskalation des Geschehens, während die Protestseite von Beginn an eine stabile Struktur an Kontaktbeziehungen aufweist. Dies deutet darauf hin, dass es sich hierbei um einen Prozess der Solidarisierung handelt, bei dem sich zunehmend Akteur*innen einschalten, die zuvor nicht oder kaum in den Twitter-Diskurs eingebunden waren. Sie verurteilen nicht nur die Gewalt der Protestierenden, sondern diskreditieren den Protest als solchen und stärken der Polizei den Rücken. Die Polarisierung ist zugleich einem Solidarisierungseffekt auf Seiten der Demonstrierenden geschuldet, der durch die hier zu beobachtende Formierung der Gegenseite befördert wird. Die schrittweise Einengung der Kommunikation auf die „Gewaltfrage“ hat zur Folge, dass das gesamte Protestspektrum zunehmend unter Legitimationsdruck gerät. Dabei entsteht eine diskursive Dynamik, die quasi nur noch Freund-Feind-Unterscheidungen zulässt: Eine kritische Einordnung der Gewalt auf der Protestseite ist kaum noch möglich ohne den Vorwurf, damit dem gesamten Protestspektrum in den Rücken zu fallen; ebenso wenig kann die polizeiliche Gewalt kritisiert werden, ohne zugleich zum Sympathisanten von Kriminellen erklärt zu werden. Spitzen sich Prozesse der Polarisierung und damit einhergehend der Homogenisierung von gewaltlegitimierenden Diskursen derart zu, öffnen sich Wege zur Entgrenzung von Gewalt, auch weil sich gleichzeitig die Wege zu ihrer diskursiven Einhegung verschließen.

In der Entwicklung der Twitternetzwerke zeigt sich damit unter anderem die Bedeutung von endogen verursachten Dynamiken, die erst im Zuge des Protestverlaufs selbst entstehen. Angesichts der Ausgangskonstellation, die bereits von einer Überdetermination durch Gewaltdiskurse und eine hohe Gewalterwartung auf beiden Seiten gekennzeichnet war, erscheint der hier aufgezeigte mediale Verstärkereffekt umso bedeutender.

In Kombination mit der Netzwerkanalyse macht die inhaltliche Auswertung systematisch ausgewählter Tweets deutlich, dass die Polizei selbst an der hier beschriebenen diskursiven Eskalation nicht unbeteiligt ist. Wie ein Blick auf jene Twitter-Nachrichten der Polizei Hamburg verrät, die anschließend durch andere Nutzer*innen massenhaft verbreitet werden, ist

diese bereits während der Ausschreitungen sichtlich darum bemüht, die „Gewaltfrage“ zu ihren Gunsten auszulegen. Darauf deuten etwa die von der Polizei schon während der Ausschreitungen fortwährend abgesetzten Tweets hin, in denen aktuelle Verletztenzahlen unter den Kolleg*innen gemeldet werden (inklusive darin platzierter Spendenaufrufe). Als diskursives Ereignis dürften derartige Tweets nachhaltige Solidarisierungseffekte erzeugen, da die Polizei Hamburg innerhalb der Diskursarena Twitter eine so zentrale Sprecherposition einnimmt. Von hier aus strömen insbesondere während der Eskalationsphasen Tweets in den Diskurs ein, die anschließend über einflussreiche Medienakteur*innen massenhaft verbreitet werden und so die gesamte Diskursdynamik beeinflussen (vgl. die Abbildung 6). Einen ähnlichen diskursiven Effekt dürften über Twitter verbreitete Aufrufe erzielen, man möge bitte die Polizeiarbeit unterstützen und sich deutlich von den Gewalttätern distanzieren. Auch wenn derartige Tweets zunächst vor allem einsatztaktischer Natur sein mögen, um vor Ort mögliche Gewalttäter*innen von Schaulustigen zu trennen, wird die Polarisierung der gesamten Diskursarena über Solidarisierungseffekte erzeugt.



Polizei Hamburg ✓
@PolizeiHamburg

Folgen



**Bitte unterstützt unsere Arbeit &
distanziert euch deutlich von den
Gewalttätern! #G20HAM17**

07:55 - 7. Juli 2017

1.186 Retweets **4.215** „Gefällt mir“-Angaben

Abbildung: Tweet von @PolizeiHamburg

Fazit



Die tiefen Spuren, die die Ereignisse im Juli 2017 hinterlassen haben, sind in den ersten Tagen an dem schrillen Tonfall abzulesen, mit dem politisch Verantwortliche sich äußern. Als „Mordbrenner“ bezeichnet SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz die an den Ausschreitungen Beteiligten. Kanzleramtsminister Peter Altmeier twittet: „Linksextremer Terror in Hamburg war widerwärtig und so schlimm wie Terror von Rechtsextremen und Islamisten“. Die Tonlage ist bestimmt von einseitigen Schuldzuschreibungen und dem Beharren auf einmal eingenommenen Positionen. Die anhaltende Spaltung wird bei der öffentlichen Anhörung des Sonderausschusses zu G20 am 31. Mai 2018 in der Johanniskirche deutlich. In der emotionalen Debatte bleiben die Erzählungen von Polizei und Innenverwaltung auf der einen Seite sowie Anwohner*innen und Protestbeteiligten auf der anderen unvermittelt nebeneinander stehen. Auch vor dem Hintergrund dieser Pattsituation will der vorliegende Bericht eine distanziertere Lesart der Ereignisse anbieten.

Die gewaltsame Eskalation von Hamburg musste sich nicht zwangsläufig so ereignen, aber sie ist erklärbar. Sie ist Ausdruck einer voraussetzungsvollen kollektiven Dynamik, die nicht unmittelbar auf unlautere Motive oder strategische Kalküle zurückgeführt werden kann. Gewalt steigert sich nicht zwangsläufig und ungebrochen, sondern über 'eigenläufige' soziale Prozesse, in denen immer wieder aufs Neue konfrontative Situationen entstehen. Eskalieren können diese Situationen aus unterschiedlichen Gründen, auch stark beeinflusst von medialen Deutungen. Die wichtigsten Ergebnisse unserer Studie sollen hier noch einmal rekapituliert werden und zwar entlang der drei unsere Analysen gliedernden Perspektiven *Ausgangskonstellation*, *Interaktionen im Raum* und *Mediendiskurs*.

Ausgangskonstellation

Der Gipfelprotest von Hamburg steht von Anfang an unter keinem guten Stern. Die Aufgaben der Polizei sind hoch komplex. Der Erwartungsdruck an sie ist angesichts der politisch gesetzten Fiktion, die Situation völlig kontrollieren zu können, enorm. Doch vielen Akteur*innen ist angesichts des grundsätzlichen Konfliktpotenzials eines solchen Gipfels bewusst, dass das Geschehen faktisch unberechenbar sein wird. Das gilt insbesondere in einer Stadt wie Hamburg, die auf eine lange Tradition konfrontativer Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und der linksradikalen Szene zurückblickt. Der Gipfel findet damit in einem Kontext statt, der durch vergangene Gewalterfahrungen und zugespitzte, stereotype Wahrnehmung zentraler Akteur*innen vorgeprägt ist.

Schon die Vorbereitung des Gipfels ist überlagert von Debatten über drohende Gewalt, die durch Sicherheitsbehörden genährt und über Medien verbreitet werden. Auch innerhalb des Protestspektrums strukturiert diese Debatte das Feld, so dass ein Teil sich mit einer eigenen Demonstration absetzt. Schnell verdichtet sich das Bild eines konfrontativen Gegeneinanders

von Protestierenden und Polizei. Die Polizei reagiert in diesem Zusammenhang auf eine komplexe Lage mit der kompromisslosen Hamburger Einsatzphilosophie. Sie entwirft im Vorfeld drastische Bedrohungsszenarien und überträgt die von einzelnen Gruppen ausgehenden Drohungen auf ganze Versammlungen. Der kommunikative Austausch mit Organisator*innen als konfliktträchtig bewerteter Versammlungen wird geringgeschätzt und seine Möglichkeiten schöpft die Polizei kaum aus. Der stadtpublic Raum wird konsequent nach der Maßgabe gestaltet, einen reibungslosen Gipfelablauf zu gewährleisten. Die in Teilen durchaus auch martialische Protestmobilisierung und die intern verbreiteten Gewaltszenarien steigern die Unsicherheit vor dem Einsatz.

Die Festlegung des Senats, Protestcamps zu verhindern, erweitert schon zu Beginn der Protestwoche den Konflikt und vertieft die Gräben. Aus der Auseinandersetzung um den Gipfel entsteht eine zusätzliche Auseinandersetzung um demokratische Rechte und die Versammlungsfreiheit, die einen in Hamburg virulenten Konflikt um die Verfügbarkeit öffentlicher Räume und das 'Recht auf Stadt' aufruft. Dass unklar ist, wo man schlafen, essen und sich austauschen kann, macht die Situation insbesondere für anreisende Aktivist*innen unwägbare. Spätestens im Umgang mit den Camps wird die Polizei so von einem wachsenden Teil der Protestierenden als politischer Akteur und damit als Konfliktgegner angesehen. Die später im Verlauf der Woche immer wieder auftretenden Probleme des Polizeieinsatzes (von einzelnen rüden und unfreundlichen Handlungen bis hin zu gewalttätigen Übergriffen) sehen Protestierende und liberale Beobachter*innen als Beleg für eine protestfeindliche Haltung der Polizei. An die Stelle des Konfliktgegners G20 tritt so der Konfliktgegner Polizei - ein entscheidender Faktor für die Eskalation und ein häufiges Muster der Verschiebung und Entpolitisierung von Konflikten.

Damit waren schon zu Beginn der Protestwoche drei wesentliche Faktoren gegeben, die der Gewaltforscher Friedhelm Neidhardt als förderlich für Eskalation benennt:⁶¹ Eine *Situation von Unsicherheit*, ein basaler *Wertkonflikt* und das *Fehlen dritter Parteien* – beziehungsweise im konkreten Fall der sich abzeichnenden Polarisierung deren fortschreitender Bedeutungsverlust.

Interaktionen im Raum

Auch erste physische Auseinandersetzungen entstehen aus dem Konflikt um die Camps und das Vorgehen gegen das ‚Massencornern‘, bei dem sich Anwohner*innen und Protestierende im öffentlichen Raum sammeln. Diese Auseinandersetzungen beeinflussen, wie die Beteiligten ihr Gegenüber sehen und sich in Folgesituationen verhalten, sie erweitern das Spektrum der Konfliktbeteiligten und verfestigen die räumliche Konfiguration des Konfliktes. Das Geschehen verlagert sich aufgrund der polizeilichen Gestaltung des Raumes mit Absperrungen um die Sonderrechtszone in die westliche Innenstadt. Mit dem Cornern wird das Schanzenviertel erstmals

in der Protestwoche zum Austragungsort von Kämpfen um Raum. Anwohner*innen wie Protestierende beanspruchen das Gebiet für sich; die Polizei versucht über eine Räumung die Kontrolle herzustellen. Dieser Streit prägt die Erwartungen von unterschiedlichen Akteur*innen in Bezug auf künftige Interaktionen in diesem Raum.

Die gewaltsame Auflösung der „Welcome to Hell“-Demonstration am Donnerstag ist die entscheidende Zäsur im Verlauf der Protestwoche. Anwesende erleben Angst und Panik. Demonstrierende berichten vom Verlust ihrer relativen Sicherheit, dass bei Konfrontationen mit der Polizei „niemand auf der Straße liegen bleibt“. In der Nacht nach der Demonstration und dann am Freitag kommt es an unterschiedlichen Orten zu Sachbeschädigungen und Zusammenstößen mit Polizist*innen. Von einer überschaubaren Gruppe unter den Protestierenden wird die Auseinandersetzung mit der Polizei aktiv gesucht. Dass schließlich immer mehr Menschen Gewalthandlungen als angemessene Reaktion sehen und Polizeikräfte vielerorts bereits mit dem Sprechchor „Ganz Hamburg hasst die Polizei“ begrüßt werden, geht auf die Deutung der konkreten Aufeinandertreffen zurück. In der operativen Polizeiführung, aber auch unter den Einsatzkräften selbst, verdichtet sich wiederum die Wahrnehmung, es nun ihrerseits mit einer anderen Qualität der Gewalt zu tun zu haben: mit koordiniert agierenden Gruppen, die bei Angriffen auf die Polizei vor „Verletzungen bis hin zum Tode“ nicht zurückschrecken würden – so die Sicht polizeilicher Ermittler*innen. Der gefühlte Verlust der Kalkulierbarkeit im Aufeinandertreffen ist ein wichtiger Katalysator für die Entgrenzung der Gewalt.

Der Verlauf der Protestwoche ist jedoch kein linearer Eskalationsprozess. Gewaltsame Konfrontationen sind oft unterbrochen, gefolgt oder begleitet von störungsfreien Protesten. Jede Situation, in der sich Protestteilnehmende und Polizist*innen begegnen, hat dabei jeweils ihre eigene Dynamik. Keine Situation ist durch vorherige Ereignisse vollständig auf einen bestimmten Verlauf festgelegt. Selbst wenn die Zeichen augenscheinlich auf Konfrontation stehen, hängt es maßgeblich von situativen Akteurskonstellationen, räumlichen Gegebenheiten, der Emotionalität und dem zeitlichen Ablauf konkreter Interaktionen ab, ob und in welchem Ausmaß es zu Gewalt kommt.

So laufen die Interaktionen, wie gezeigt, für jede Situation spezifisch, mit je eigenen ‘Dramaturgien’ ab. Die gewaltsame Auflösung von „Welcome to Hell“ folgt dem typischen Skript selbsterfüllender Prophezeiungen, in dem die Polizei eine auffällig offensive Rolle spielt. Im Fall der Blockadeaktionen hängt die Interaktion maßgeblich vom jeweiligen baulichen Umfeld und davon ab, wie die Polizei die jeweilige Gruppe der Protestierenden klassifiziert. Die Ereignisse im Schanzenviertel schließlich werden zwar von koordiniert agierenden, militanten Gruppen geprägt, ihre Intensität gewinnen sie jedoch erst nach und nach durch sich gegenseitig verstärkende Entwicklungen. Dazu gehört die Ausweitung des Kreises der Beteiligten, wobei sich

zunehmend „Umstehende“ oder „Schaulustige“ an Angriffen auf die Polizei, an Plünderungen, aber auch durch Posieren, Jubel und Applaus beteiligen. Dies wird verstärkt durch das Auftreten der Polizei, die zwar versucht die Situation statisch zu halten (also nicht in das Gebiet vorzudringen), zugleich aber immer wieder aggressive Zerstreungstaktiken einsetzt.

Die These, dass die Eskalation in Hamburg weder zwangsläufig ist noch linear verläuft, bedeutet also nicht, dass sie keine innere Ordnung aufweist. Sie enthält im Kern zwei Prozessmuster. *Erstens* verfestigt sich die Polarität des Akteursfelds, wobei die jeweilige ‚Gegenseite‘ zunehmend als homogen wahrgenommen und ihr Handeln als von langer Hand geplant interpretiert wird. Es entsteht ein typischer Rückkopplungseffekt: Als Angriffe bewertete Ereignisse führen dazu, dass sich die angegriffene Seite zu ebenso gewaltsamen Gegenreaktionen herausgefordert fühlt. Weniger gewaltsame Handlungswege verschließen sich aus Sicht der Beteiligten immer mehr. Die Parole „Freitag war für Donnerstag“ symbolisiert einen solchen Zusammenhang und deutet die Ausschreitungen des Freitags als ‚Rache‘ für die Auflösung der „Welcome to Hell“-Demonstration. In dieser Deutung zeigt sich jedoch zugleich die Tendenz, sowohl die eigenen als auch die gegnerischen Gestaltungs- und Kontrollmöglichkeiten zu überschätzen. Denn auch wenn einzelne Aktionen planvoll als Reaktion auf Handlungen der „Gegenseite“ durchgeführt werden - wie die Situationsanalysen zeigen, können in komplexen Konfrontationen keine gruppen- oder organisationsförmigen Akteur*innen, geschweige denn eine diffuse Personenmenge das Geschehen über längere Phasen steuern.

Das *zweite* Prozessmuster resultiert aus der Fluidität und Heterogenität des Akteursfelds, die bei aller zunehmenden Polarisierung gegeben ist. Die Rede von ‚zwei Seiten‘ darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich insbesondere aufseiten der Protestierenden um äußerst heterogene und situativ wechselnde Konfiguration von Gruppen und Aktionsspektren handelt. Im Lauf der Woche kommt es mehrfach zu Verschiebungen in der Konstellation von Akteur*innen, die in die Eskalation involviert sind oder werden. Es gibt insbesondere Solidarisierungs- und Ausweitungsprozesse als Reaktion auf erlebte Gewalt, aber auch das Auseinanderbrechen von Allianzen und den Rückzug einzelner Gruppen aus dem Protestgeschehen.

Mediendiskurs

Die mediale Darstellung des Geschehens in Hamburg wirkt stark auf die dort Handelnden, ob das reißerische Titelblatt die Einordnung der Ereignisse vom Vortag rahmt oder ob der Tweet von Molotowcocktails die Wahrnehmung der Akteur*innen noch während des Geschehens prägt. So werden die Ereignisse zu ‚festen Größen‘; spektakuläre Ausschnitte prägen den Blick auf das Ganze.

Bereits im Vorfeld hatte sich die Wahrnehmung von Protest auf die Frage verengt, wann und in welchem Ausmaß es zu Gewalt kommen würde. Dieser Tunnelblick auf zu erwartende und dann auch stattgefundene Gewalt verengt sich im Laufe der Protestwoche weiter. Es bilden sich zwei Lager, die einseitig einer Partei die Schuld zuschreiben. Dies führt zu einem doppelten Verlust von Differenzierung. Gegenüber der Außengruppe setzen sich verallgemeinernde Annahmen durch („die sind alle so“); nach innen werden Differenzen und problematische Entwicklungen kaum mehr benannt („wir müssen zusammenhalten“). Die medial vermittelten Deutungen verstärken diesen Effekt selektiver Wahrnehmung. Die sicherheitspolitische Perspektive der Polizei rückt dabei in den Zeitungen und auf Twitter immer stärker in den Mittelpunkt.

Schlussfolgerungen

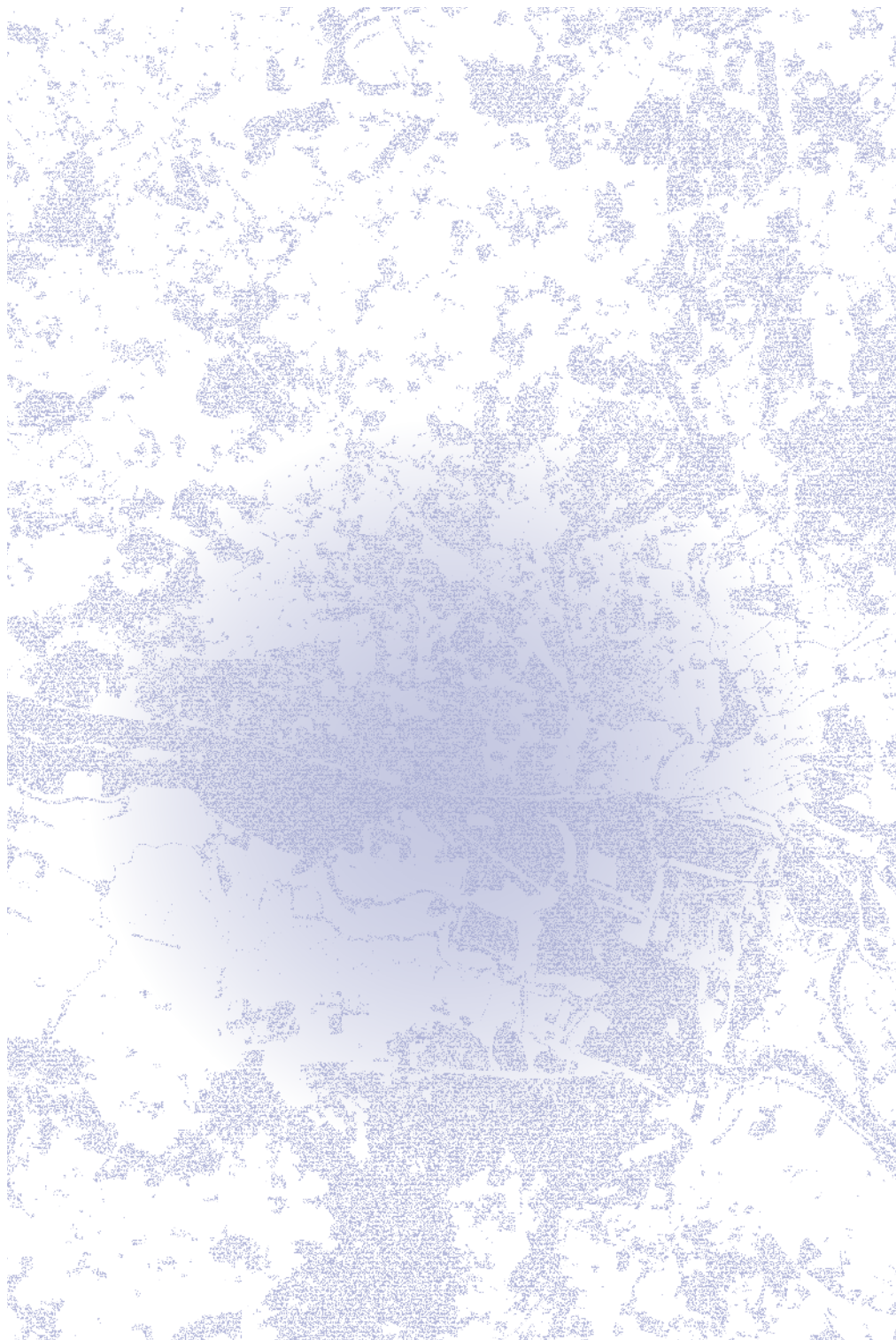
Die Gewalt von Hamburg war für die deutsche Gegenwart zwar ungewöhnlich, für einen transnationalen Gipfel aber nicht herausragend. Auch die einzelnen Vorgehensweisen der Beteiligten waren im deutschen Kontext an sich nicht neu. Aber aus ihrer Verkettung entwickelte sich eine Dramatik, die sich in die Erinnerung eingebrannt hat. Auch wenn die unmittelbaren Reaktionen vor allem aus Schuldzuweisungen an die ‘andere Seite’ bestanden, zeichnet sich noch nicht endgültig ab, welche Schlüsse aus der langen Woche im Juli gezogen werden. Auf Seiten der Behörden sind der beispiellose Aufwand, mit dem Straftaten verfolgt werden, und die glatte Darstellung der eigenen Rolle allerdings deutliche Signale für ein ‘Weiter so’. Von vielen Protestgruppen wird die Eskalation in Hamburg und damit das Verschwinden ihrer Protestinhalte als politischer Misserfolg wahrgenommen. Daneben steht die Deutung, dass die brennenden Barrikaden die Inszenierung des Gipfels gestört haben und dass mit den Krawallen und Plünderungen ein Signal der Unregierbarkeit geschaffen wurde gegenüber einem Staat, der radikalen Widerspruch im Keim erstickt. Welche Einordnung sich als plausibel erweist, wird sich auch in kommenden Aufeinandertreffen entscheiden.

Nach einer ähnlich einschneidenden Konfrontation von Polizist*innen und Demonstrierenden im Konflikt um den Bau des Atomkraftwerks in Brokdorf legte das Bundesverfassungsgericht klare Leitlinien für solche Situationen fest: die Polizei wurde zur Zusammenarbeit mit Protestorganisator*innen verpflichtet (Kooperationsgebot) und dazu, Demonstrierende differenziert zu behandeln, also nicht den gesamten Protest für Delikte einzelner oder einzelner Gruppen in Haftung zu nehmen (Differenzierungsgebot).

Wenn man Eskalationen vermeiden will - darüber besteht weitgehende Einigkeit in Forschung und gegenwärtiger polizeilicher Einsatzlehre - sind diese Gebote unhintergebar. Gerade die differenzierte Wahrnehmung des Gegenübers ist eine Voraussetzung, um vereinfachende und verallgemeinernde Sichtweisen zu verhindern, die am Beginn eskalativer Konfron-

tationen stehen. Das gilt insbesondere für die besonders komplexen und durch unterschiedliche internationale Erfahrungen geprägten Gipfelproteste. Einen weiteren wichtigen Ansatzpunkt für den möglichen Ausstieg aus Eskalationsspiralen bietet die Anerkennung und Reflexion der eigenen Rolle im Prozess der Eskalation und vor allem die Bereitschaft, vorhandene Handlungsspielräume zu nutzen. Ein Hebel dafür ist das bewusste Heraus-treten aus der sich selbst verstärkenden Konfliktdynamik. Diese reflexive Haltung ist auch die Bedingung, um politische Gestaltungsmöglichkeiten sehen und ausschöpfen zu können.

Die Gewaltprognosen im Vorfeld haben sich in der Juliwoche nicht einfach bestätigt. Ein solcher Kurzschluss verstellt den Blick auf die Dynamik der Entwicklungen und er beschneidet den Raum für die politische Auseinandersetzung. Die gebotene Alternative wäre die Anerkennung des *politischen Inhalts der Ereignisse* und damit des gesellschaftlichen Konflikts, der sich in Hamburg entlud. Diese Perspektive wurde immer wieder auch von Kommissionen eingenommen, die im angelsächsischen Raum nach Unruhen eingesetzt wurden.⁶² Eine solche Auseinandersetzung ist in der bisherigen politischen Aufarbeitung zu kurz gekommen.



Anhang

Literatur und Materialien zu den G20-Protesten



In den Satelliten-
Texten auf
unserer Webseite
<http://g20.protestinstitut.eu>
finden sich weitere
Analysen aus dem
Forschungsprojekt.

- attac (Hrsg.), 2017:** Die Gipfelproteste in Hamburg. Global gerecht statt G20! Frankfurt am Main: Attac Trägerverein e.V.
- Broschürengruppe:** NO G20. Dokumentation. Hamburg: Broschur (inkl. zwei CDs).
- Dellwo, K.-H., A. Szepanski & P.J. Weiler (Hrsg.), 2018:** Riot. Was war da los in Hamburg? Theorie und Praxis der kollektiven Aktion. Hamburg: Laika-Verlag.
- Grimm, M., O. Leistert & S. Keil, 2018:** Die Formatfrage stellen. Das alternative Medienzentrum FC/MC zum G20-Gipfel (im Gespräch mit Ulrike Bergermann). Zeitschrift für Medienwissenschaft: 111–129.
- Haunss, S., P. Daphi, L. Gauditz, P. Knopp, M. Micus, P. Scharf, S. Schmidt, M. Sommer, S. Teune, R. Thurn, P. Ullrich & S. Zajak, 2017:** „#NoG20. Ergebnisse der Befragung der Demonstrierenden und der Beobachtung des Polizeieinsatzes“. ipb working papers. Berlin: Institut für Protest- und Bewegungsforschung.
- Hunold, D., P. Knopp, S. Schmidt, R. Thurn & P. Ullrich, 2018:** „Policing der G20-Proteste in Hamburg im Juli 2017. Ergebnisse einer strukturierten Demonstrationsbeobachtung“. Kriminologisches Journal 50 (1): 34–47.
- Jones, A. 2018 (im Druck) „Militantz“ and Moralised Violence:** Hamburg’s „Rote Flora“ and the 2017 G20 Riot. German Life and Letters 71: 1–40.
- Kirsch, M., 2017:** Spezialeinheiten gegen Menschenmengen. G20 und die Militarisierung staatlicher Unruhebekämpfung. Tübingen: Informationsstelle Militarisierung.
- Komitee 17:** G20. Verkehrsprobleme in einer Geisterstadt. Hamburg: Nautilus.
- Komitee für Grundrechte und Demokratie, 2017:** Geschichte der Eskalation eines einwöchigen Protestgeschehens. Demonstrationsbeobachtung des Komitees für Grundrechte und Demokratie vom 2. bis 8. Juli 2017 in Hamburg zum G20. Köln: Komitee für Grundrechte und Demokratie.
- Mullis, D., 2018:** G20 in Hamburg. Politik, Unvernehmen, Ausnahmezustand und das Ende der Postdemokratie. s u b \ u r b a n. zeitschrift für kritische stadtforschung 6: 29–50.
- RAV-Informationsbrief #114, 2017:** „G20-Gipfel in Hamburg“
- Rucht, D., 2017:** Die Gewalt der Empörten: Die Riots von Hamburg. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 11: 94–103.
- Schlichte, K., 2017:** „Kriminelle oder politische Gewalt? G20 in Hamburg und die Diskussion darüber.“ Gewaltordnungen. AK Gewaltordnungen der DVPW (blog). 17. Juli 2017.
- Tatura, T., M. Dröge, J.R. Heinicke, D. Nide, L. Küchler, H.L. Manhartsberger & Tage im Juli GbR, 2018:** Tage im Juli G20 in Hamburg – Eindrücke einer Protestwoche. Hamburg: Gudberg Nerger.
- Teune, S., 2017:** „Das Scheitern der ‚Hamburger Linie‘“. Blätter für deutsche und internationale Politik, 8: 9–12.
- van Hüllen, R., 2018:** In Hamburg nichts Neues? „Antikapitalistischer“ Krawall und seine gesellschaftliche Wahrnehmung. (Konrad-Adenauer-Stiftung, Hrsg.).

von Lucke, A., 2017: Die neue Linke und die alte Gewaltfrage. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8: 5–8.

Zajak, S., S. Haunss, P. Daphi, L. Gauditz, M. Micus, M. Sommer & S. Teune, 2017: Zwischen Reform und Revolution. Ergebnisse der Befragung von G20-Demonstrierenden am 2. und 8. Juli 2017 in Hamburg: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 30: 20–29.

Endnoten

- 1 Haunss, S., P. Daphi, L. Gauditz, P. Knopp, M. Micus, P. Scharf, S. Schmidt, S. Teune, R. Thurn, P. Ullrich & S. Zajak, 2017: #NoG20. Ergebnisse der Befragung der Demonstrierenden und der Beobachtung des Polizeieinsatzes. ipb Working Papers, Berlin.
- 2 Bei 85 verletzten Beamt*innen aus Berlin gibt der Senat an, nicht zu wissen, ob sie durch Reizgas oder Feuerlöschpulver verletzt wurden.
- 3 Es liegen nicht von allen Landespolizeien Daten vor. Unsere Daten bezüglich der Urheberschaft von Verletzungen beziehen sich auf Bayern, Berlin, Schleswig-Holstein und die Bundespolizei.
- 4 Bündnis „Grenzenlose Solidarität statt G20!“, 2017.
- 5 Eberhardt-Köster, T. & W. Rätz, 2017: Gemeinsam! S. 38 in: Attac (Hrsg.), Die Gipfelproteste in Hamburg. Global gerecht statt G20! Frankfurt am Main.
- 6 Rätz, W., 2017, zitiert nach SB: G20-Resümee – Schranken bis zum Kessel ... In: Schattenblick, Bericht/286: 19.9.2017.
- 7 Leach, D. K. & S. Haunss, 2010: „Wichtig ist der Widerstand“: Rituals of Taming and Tolerance in Movement Responses to the Violence Question, S. 73–98 in: F. Heßdörfer, A. Pabst & P. Ullrich (Hrsg.), Prevent and tame. Protest under (Self) Control. Berlin: Dietz.
- 8 G20? We'll come together!, 9.6.2017.
- 9 Anarchistischer Aufruf gegen das G20 Treffen in Hamburg, April 2017.
- 10 Das Ruder rumreißen. Aufruf zu einer militanten Kampagne, 3.3.2017.
- 11 Popitz, H., 1992: Phänomene der Macht. 2. Aufl. Tübingen, S. 94.
- 12 Offener Brief von G20-Aktivist_innen aus aller Welt an die Bürger_innen der Hansestadt, 17.5.2017.
- 13 Shutdown Hamburg: Liebe Kolleg*innen & Genoss*innen, die ihr im Hamburger Hafen arbeitet oder in irgendeiner Weise in euren Leben mit ihm zu tun haben müsst, 1.6.2017.
- 14 Exemplarisch: Bündnis „Grenzenlose Solidarität statt G20“, 2017.
- 15 ... Ums Ganze!/Grow, 2016: Don't fight the players, fight the game: Zum G20 die Logistik des Kapitals lahmlegen! 26.11.2016.
- 16 Bündnis „Grenzenlose Solidarität statt G20“, 2017.

- 17 Haunss, S., P. Daphi, L. Gauditz, P. Knopp, M. Micus, P. Scharf, S. Schmidt, M. Sommer, S. Teune, R. Thurn, P. Ullrich & S. Zajak, 2017: #NoG20. Ergebnisse der Befragung der Demonstrierenden und der Beobachtung des Polizeieinsatzes. IPB Working Papers, Berlin.
- 18 Polizeispiegel Ausgabe Juli/August 2016: 4.
- 19 Hartmut Dudde auf Abendblatt.de, 1.6.2018.
- 20 Rahmenbefehl G20-Gipfeltreffen 7. bis 8. Juli 2017, 9.6.2017.
- 21 Siehe beispielsweise die Allgemeinverfügung der Polizei Hamburg, 1.6.2017, S. 27 ff..
- 22 www.grundrechte-kampagne.de
- 23 Rahmenbefehl G20-Gipfeltreffen 7. bis 8. Juli 2017, 9.6.2017, S. 16.
- 24 Fink.hamburg, 8.6.2017.
- 25 wuv.de, 5.7.2017.
- 26 Hartmut Dudde, Europäischer Polizeikongress Berlin 2018 (22014-FP).
- 27 Vgl. Drucksache 21/10016 (Bürgerschaft Hamburg).
- 28 Drucksache 18/13535 (Bundestag) & Beobachtungsprotokoll 22014-FP.
- 29 Dießelmann, A.-L., 2015: Ausnahmezustand im Sicherheits- und Krisendiskurs. Eine diskurstheoretische Studie mit Fallanalysen. Siegen: Universitätsverlag.
- 30 Herrnkind, M. & S. Scheerer (Hrsg.), 2003: Die Polizei als Organisation mit Gewaltlizenz. Möglichkeiten und Grenzen der Kontrolle. Münster: LIT.
- 31 Winter, M., 1998: Politikum Polizei. Macht und Funktion der Polizei in der Bundesrepublik Deutschland. Münster: Lit-Verlag.
- 32 Die Anmelder*innen können die leitenden Polizist*innen in Gesprächen vor Ort erfolgreich dazu bewegen, die Vermummung und Helme abzulegen, um die Teilnehmer*innen, die größtenteils aus Jugendlichen und teils Minderjährigen besteht, nicht einzuschüchtern.
- 33 Welcome to the hell of Nachbereitung: G20-Vorabend-Demo, 8.12.2017.
- 34 Autonome aus dem Irgendwo, 2017: Freude schöner Götterfunken. In: Autonome Gruppen (Hrsg.), Rauchzeichen. Worte und Taten gegen die Welt der G20: 16–27.
- 35 Freundeskreis Videoclips, 2. Juli 2017.
- 36 Statement der ehemaligen Vorbereitungsgruppe des Antikapitalistischen Camps, 5.7.2017.
- 37 Siehe Ausarbeitung „Einsatz nichtuniformierter Polizisten bei Versammlungen“ des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags, 12.6.2018, S. 3. Nach dieser be- gehen Polizeikräfte keine Straftat, wenn sie zu Aufklärungszwecken vermummt an einer Versammlung teilnehmen. Davon zu unterscheiden ist der soziologische Sachverhalt dieser polizeilichen Vermummung, weil er für Beobachter den Ein- druck verstärkt, dass Straftaten aus der Demonstration heraus begangen werden.
- 38 Merton, R. K., 2010: Die Self-Fulfilling Prophecy. S. 88–107 in: S. Neckel, A. Mijic, C. von Scheve & M. Titton (Hrsg.), Sternstunden der Soziologie. Frankfurt am Main: Campus.
- 39 Hamburger Morgenpost, 4.7.2018.
- 40 Collins, R., 2011: Dynamik der Gewalt. Hamburg: Hamburger Edition, S. 544–557.
- 41 Freundeskreis Videoclips, Min. 31:24.
- 42 Protokoll G20-Sonderausschuss, 8.2.2017.
- 43 Protestierende (00001-INT)(sinngemäß zitiert).

- 44 [Protokoll Innenausschuss, 19.7.2017](#), S. 43, 62.
- 45 [Drucksache 21/10896](#) (Bürgerschaft Hamburg), S. 4.
- 46 [Welt.de](#), 11.7.2017.
- 47 FC/MC, [Presseerklärung #3](#), 15.7.2017.
- 48 Luhmann, N., 2017: Die Realität der Massenmedien. Wiesbaden: Springer VS.
- 49 Andy Grote, Innensenator, MOPO, 6.7.2017.
- 50 Andreas Beuth, Sprecher „Welcome to Hell“-Bündnis, Pressekonferenz 17.7.2017.
- 51 Auf der [Facebook-Seite der Polizei Hamburg](#) verzeichnet das Video rund 200.000 Aufrufe (Stand 6.6.2018).
- 52 [G20: Linksextremistische Versammlungen, Gruppierungen und Akteure](#), hamburg.de, 1.7.2017.
- 53 Dießelmann, A.-L., 2015: Ausnahmezustand. Diskursanalyse des G8-Gipfels in Heiligendamm. Diss-Journal 29: 23–27.
- 54 „Gewalt“ steht hier in Anführungszeichen, um hervorzuheben, dass das, was als Gewalt bezeichnet wird, nicht explizit bestimmt wird, sondern als Ergebnis von Deutungskämpfen vage bleibt.
- 55 [medium.com](#), 3.7.2017.
- 56 Ingold, A., 2017: „Polizei 2.0“: Grenzen der behördlichen Öffentlichkeitsarbeit in sozialen Netzwerken. Verwaltungsarchiv, S. 240–265; Bayer, P. S., & T.-G. Rüdiger, 2017: Die polizeiliche Nutzung sozialer Medien in Deutschland: Die Polizei im digitalen Neuland. S. 919–943. In J. Stierle, D. Wehe & H. Siller (Hrsg.), Handbuch Polizeimanagement. Wiesbaden: Springer.
- 57 [Rahmenbefehl G20-Gipfeltreffen 7. bis 8. Juli 2017](#), 9.6.2017, S. 31.
- 58 In einem Resümee der polizeilichen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit heißt es: [„Regelmäßig waren unsere Twitter-Meldungen, teilweise mit nur kurzer, zeitlicher Verzögerung, in die Live-Moderation \[der TV-Nachrichtensender\] mit eingebunden.“](#) Hamburger Polizei-Journal, 7/2017: 22.
- 59 Ingold, A., „Polizei 2.0“; Krischok, H., 2018: Das Internet in der polizeilichen Gefahrenabwehr. S. 237–257. In T.-G. Rüdiger & P. S. Bayerl (Hrsg.), Digitale Polizeiarbeit. Herausforderungen und Chancen. Wiesbaden: Springer VS.
- 60 [Hamburger Polizei-Journal](#), 7/2017: 22.
- 61 Neidhardt, F., 1981: Über Zufall, Eigendynamik und Institutionalisierbarkeit absurder Prozesse. S. 243–257 in: H. von Alemann & H. P. Thurn (Hrsg.), Soziologie in weltbürgerlicher Absicht. Opladen: Westdeutscher Verlag, hier: S. 245.
- 62 u.a. Assembly Special Committee, 1992: To Rebuild is Not Enough: Final Report and Recommendations of the Assembly Special Committee on the Los Angeles Crisis. Sacramento: Sacramento: Assembly Publications Office; Scarman, L. & Great Britain Home Office, 1982: The Scarman Report: The Brixton Disorders 10–12 April 1981: Report of an Inquiry. Penguin Books; United States. National Advisory Commission on Civil Disorders, 1968: Report of the National Advisory Commission on Civil Disorders. Washington D.C.: U.S. Gov. Print. Off.

Projektbeteiligte

Projektleitung

Dr. Stefan Malthaner, Hamburger Institut für Sozialforschung (HIS)

Dr. Simon Teune, Zentrum Technik und Gesellschaft (TU Berlin) & Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb)

Dr. Dr. Peter Ullrich, Zentrum Technik und Gesellschaft (TU Berlin) & Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb)

Projektbeirat

Prof. Dr. Rafael Behr, Akademie der Polizei Hamburg

Prof. in Dr. Dr. h.c. mult. Donatella della Porta, Centre of Social Movement Studies, Scuola Normale Superiore (SNS) Florenz & Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb)

Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung Bielefeld (IKG)

Prof. Dr. Wolfgang Knöbl, Hamburger Institut für Sozialforschung (HIS)

Prof. Dr. Dieter Rucht, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) & Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb)

Mitarbeiter*innen in den Modulen:

Bewegungsdebatten

Dr. Nils Schuhmacher, Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb); in Kooperation mit Universität Hamburg, Fachbereich Kriminologische Sozialforschung

Robert Matthies, Freier Sozialwissenschaftler

Demonstrationsbefragungen

PD Dr. Sebastian Haunss, Universität Bremen, Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik (SOCIUM) & Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb)

Moritz Sommer, Freie Universität Berlin & Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb)

Gesamtrekonstruktion

Dr. Dr. Peter Ullrich, Zentrum Technik und Gesellschaft (TU Berlin) & Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb)

Philipp Knopp, Zentrum Technik und Gesellschaft (TU Berlin) & Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb)

Maren Heise, Technische Universität Berlin, Zentrum Technik und Gesellschaft (TU Berlin)

Medienanalyse

Moritz Sommer, Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb) & Freie Universität Berlin

Dr. Simon Teune, Zentrum Technik und Gesellschaft (TU Berlin) & Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb)

Corinna Harsch, Technische Universität Berlin, Zentrum Technik und Gesellschaft (TU Berlin)

Polizei

Stephanie Schmidt, Friedrich Schiller Universität Jena & Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb)

Philipp Knopp, Zentrum Technik und Gesellschaft (TU Berlin) & Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb)

Roman Thurn, Ludwig-Maximilians-Universität München

Dr. Dr. Peter Ullrich, Zentrum Technik und Gesellschaft (TU Berlin) & Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb)

Recht

Michael Plöse, Humboldt-Universität zu Berlin & Hochschule für Wissenschaft und Recht (HWR) Berlin

Situationsanalysen

Dr. Stefan Malthaner, Hamburger Institut für Sozialforschung (HIS)

Thomas Hoebel, Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover

Dr. Julia Hörath (Teilprojekt Erfahrungsberichte), Hamburger Institut für Sozialforschung (HIS)

Chris Schattka, Universität Bielefeld

Philipp Brendel, Hamburger Institut für Sozialforschung (HIS)

Madeleine Gebhardt, Hamburger Institut für Sozialforschung (HIS)

Meta Cramer, Hamburger Institut für Sozialforschung (HIS)

Fabian de Hair, Hamburger Institut für Sozialforschung (HIS)

Social Media

Dr. Eddie Hartmann, Universität Potsdam, Centre for Citizenship, Social Pluralism and Religious Diversity

Felix Lang, Universität Potsdam

Sabrina Arneth, Universität Potsdam

Umkämpfte Camps

Ass.-Prof. Dr. Fabian Frenzel, University of Leicester & Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb)

Kooperation: **Nina Fraeser**, HafenCity Universität Hamburg

In Kooperation mit

Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung (HIS, Leiter: **Reinhart Schwarz**)

Dr. Daniela Hunold, Deutsche Hochschule der Polizei (DHPol) Münster & Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb)

Prof. a.d. PA Dr. Astrid Jacobsen, Polizeiakademie Niedersachsen

„Eskalation. Dynamiken der Gewalt im Kontext der G20-Proteste in Hamburg 2017“
steht unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung-Nicht kommerziell 4.0 International.
Um eine Kopie dieser Lizenz zu sehen, besuchen Sie
<http://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/>



Impressum

V.i.S.d.P.: Dr. phil. Dr. rer. med. Peter Ullrich, Technische Universität Berlin,
Zentrum Technik und Gesellschaft, HBS-1, Hardenbergstr. 16–18, 10623 Berlin,
ullrich@ztg.tu-berlin.de

Redaktion: Simon Teune, Peter Ullrich, Philipp Knopp

Grafikdesign & Satz: Tanja Schnurpfeil (www.zebraluchs.de)

Webseite & interaktive Karte: Steffen Schmidt/BEAK Consultants, Philipp Knopp, Maren Heise

Beratung UI/UX: Ekkehard Petzold (www.ekkehardpetzold.de)

Bildnachweis: S. 44 & 64 Sören Kohlhuber; S. 55 Max Bryan

